



Thüringer Zustände

**RECHTSEXTREMISMUS
UND GRUPPENBEZOGENE
MENSCHENFEINDLICHKEIT
IM FREISTAAT
THÜRINGEN**

ezra
MOBIT
KomRex
IDZ
(Hrsg.)

Fakten und Analysen | 2022

Thüringer Zustände

**RECHTSEXTREMISMUS
UND GRUPPENBEZOGENE
MENSCHENFEINDLICHKEIT
IM FREISTAAT THÜRINGEN**



INHALT

Executive Summary — 6
Grußwort des Thüringer
Ministers für Bildung, Jugend
und Sport — 8
Vorwort — 10

FRANZ ZOBEL
Höchststand rechter
und rassistischer Gewalt
in Thüringen 2022 — 12

CHRISTOPH LAMMERT (MOBIT)
Die extrem Rechte in Thüringen
2022: Bedeutungsverlust
der Neonaziszene und
erstarkende »Reichsbürger«-
Strukturen — 19

**ROMY ARNOLD
UND AXEL SALHEISER**
Die Thüringer AfD als
»Friedenspartei« im Kriegs-
und Krisenjahr 2022 — 27

**CYNTHIA FREUND-MÖLLER
UND FREDERIKE WISTUBA**
Wem gehört der Montag?
Eine Studie zu Teilnehmenden
der Montagsdemonstrationen
in Thüringen im Herbst 2022 — 37

**DANIEL GESCHKE
UND AXEL SALHEISER**
Polizeilich erfasste Hass-
kriminalität in Thüringen — 46

**VIKTORIA KAMUF, MARC
BLÜML, JANINE DIECKMANN
UND AXEL SALHEISER**
Anfeindungen gegen
kommunalpolitische Amtsträger*
innen und Beschäftigte
in der Kommunalverwaltung
in Thüringen — 51

TONI RACHHOLZ
Die Situation von Sintizze*
und Romnja* in Thüringen — 58

JULIANE KEMNITZ
Was auf einmal alles möglich ist:
die Aufnahme von Geflüchteten
aus der Ukraine und die
Möglichkeiten der dezentralen
Unterbringung für *alle*
Schutzsuchenden — 64

**SUSANNE ZIELINSKI
UND LISA JOHANNE JACOBS**
Post-Shoah-Antisemitismus:
Schlaglicht auf ein Thüringer
Spezifikum — 69

**JANINE DIECKMANN
UND JACQUELINE MUTHUMBI**
Demokratiearbeit in Thüringen
durch Antidiskriminierungsarbeit
und -beratung stärken — 75

JOHANNES STREITBERGER
»Da, wenn's brennt«: Selbst-
verständnis und Herausforde-
rungen von zivilgesellschaftlichen
Organisationen in Thüringen — 81

Autor*inneninformationen — 90
Impressum — 99

EXECUTIVE SUMMARY

DIE THÜRINGER BETROFFENENBERATUNGSSTELLE EZRA hat im vergangenen Jahr einen Höchststand rechter und rassistischer Gewalt im Freistaat registriert. Alarmierend ist vor allem der Anstieg bei Kindern und Jugendlichen, die von diesen Angriffen betroffen waren. Rassistische Stimmungsmache und die Mobilisierungen der extremen Rechten sind verantwortlich für eine erneute Eskalation.

WÄHREND DIE EXTREME RECHTE IN THÜRINGEN seit dem Aufkommen der AfD einen Bedeutungsverlust erlitt und parteipolitisch nicht mehr anschlussfähig ist, sucht sie sich Rekrutierungsfelder in neuen Bereichen wie Kampfsport und RechtsRock. Die »Reichsbürger«-Szene hingegen konnte seit 2020 einen Zuwachs verzeichnen und radikalisierte sich sichtbar.

DIE THÜRINGER AfD ließ auch 2022 keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie ihrer Scharnierfunktion zwischen rechtspopulistisch ideologierter Bevölkerung und organisierter rechter Szene im Parlament und auf den Straßen gerecht wird: durch rassistische, antidemokratische Agitation und durch den immer offeneren Schulterschluss mit Verschwörungsideolog*innen und Neonazis.

EINE VOM KOMREX durchgeführte Befragung unter Teilnehmenden der Montagsdemonstrationen im Herbst 2022 ergab: Die Teilnehmenden trieb vor allem Unzufriedenheit mit der Corona-Politik, der Energiepolitik, der Migrationspolitik und der deutschen Sanktionspolitik gegenüber Russland an. Das Vertrauen der Demonstrationsteilnehmenden in die demokratischen Institutionen und Verantwortungstragenden ist zutiefst gestört. Die Demonstrationen machen rechte Agitationsthemen anschlussfähig. Eine weitere Verschärfung der Inflation, gestiegene Energiekosten sowie Migration bieten Potenzial zur Solidarisierung von bürgerlichen und rechts-extremen Versammlungsteilnehmenden.

DIE POLIZEILICHE KRIMINALITÄTS-STATISTIK für das Jahr 2021 dokumentiert erneut einen leichten Anstieg der vorurteilsmotivierten Straftaten in Thüringen auf insgesamt 831 Vorfälle. Wie in den Vorjahren machten fremdenfeindliche (385) und »ausländerfeindliche« (189) Straftaten zusammen über zwei Drittel (69 %) der Vorfälle aus, gefolgt von antisemitischen (132) und rassistischen Straftaten (52). Dabei bleibt die Unterscheidung zwischen den Kategorien »ausländerfeindlich« und »rassistisch« problematisch.

EINE BEFRAGUNG DES IDZ ergab, dass Anfeindungen und Angriffe auf Kommunalpolitiker*innen und Angestellte der Kommunalverwaltungen auch in Thüringen stattfinden. Sie sind eine reale Herausforderung und Gefahr für Personen in diesen Ämtern. Anfeindungen finden überwiegend in Form von verbalen und schriftlichen Beleidigungen statt, doch auch gewaltvolle körperliche Angriffe und andere Straftaten wurden berichtet.

ROMNOKHER THÜRINGEN E.V. berichtet über antiziganistische Ausdrucksformen und Vorfälle in Thüringen. Der *Landesverband der Sinti & Roma* stützt sich dabei auf Erfahrungen aus der eigenen Arbeit mit migrierten Romnja* aus EU-Mitgliedsstaaten und geflüchteten Romnja* aus der Ukraine. Er zeigt, dass sich Antiziganismus keinesfalls auf Einzelfälle beschränkt und in allen Lebensbereichen zu verorten ist: im Privatleben, in der Erwerbsarbeit und im Parlament sowie bei der Versorgung von Geflüchteten.

2022 KAMEN MEHR als eine Million Schutzsuchende nach Deutschland, über 30000 Schutzsuchende erreichten Thüringen, vor allem aufgrund des Krieges in der Ukraine. Die Bundesländer sind in der Verantwortung, den schutzsuchenden Menschen eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Das Bundesamt für Migration ist für die Klärung der asylrechtlichen Fragen zuständig. Im Februar/

März 2022 erfolgte ein grundlegender Paradigmenwechsel.

DIE RECHERCHE- UND INFORMATIONSTELLE ANTISEMITISMUS (RIAS) registrierte auch im Jahr 2022 eine breit gefächerte Präsenz von Post-Shoah-Antisemitismus in Thüringen. Fälle dieser Art finden sich im ganzen Bundesland und lassen sich vermehrt im rechtsextremen Milieu verorten. Gedenkstätten und -orte sind dabei besonders häufig Angriffsziele.

DIE ARBEIT GEGEN Rechtsextremismus stellt einen unerlässlichen und wichtigen Fokus der zivilgesellschaftlichen und politischen Demokratiewerkarbeit in Thüringen dar. Neben diesem Teil der Demokratiewerkarbeit gilt es jedoch, gleichzeitig die Antidiskriminierungsarbeit als demokratieverstärkend zu verstehen und zu fördern. Dabei stellt gerade für Thüringen vor allem der Ausbau der Strukturen für Antidiskriminierungsberatung eine Herausforderung dar, so das Ergebnis einer bundeslandvergleichenden Studie.

DAS SELBSTVERSTÄNDNIS und das Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen in Thüringen sind vielfältig und von großer Bedeutung für die Demokratie. Jedoch ist der Handlungsraum der Organisationen umkämpft, ihr Bestand ist bedroht und ihnen mangelt es an Anerkennung.

Grußwort des Thüringer Ministers für Bildung, Jugend und Sport

Liebe Leser*innen, in einer Zeit, in der wir mit vielen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert sind, ist es wichtiger denn je, unsere gemeinsamen Werte

zu verteidigen und für Toleranz und Welt-offenheit einzustehen. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Gesellschaft für alle Menschen ein Ort der Freiheit und Gerechtigkeit bleibt

oder es dort wird, wo Freiheit und Grundrechte heute noch eingeschränkt werden.

Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Welt-offenheit verschreibt



sich dem Ziel, Engagierte der Zivilgesellschaft zu unterstützen, aber auch die Felder notwendigen staatlichen Handelns zu beschreiben und in einer Gesamtstrategie zusammenführen. Es ist eine Antwort auf die eingangs beschriebenen Herausforderungen.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung liegt auf einer Strategie gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und will den damit verbundenen Ungleichwertigkeitsvorstellungen begegnen. Dabei wird in den Blick genommen, dass diskriminierende, menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen ein gesamtgesellschaftliches Problem und nicht nur am Rand der Gesellschaft zu finden sind.

Für die Umsetzung des Landesprogramms sind im Landshaushalt 2023 6,1 Millionen Euro veranschlagt. Seit Bestehen des Landesprogramms haben sich die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mehr als vervierfacht, genauso wie die aus Bundesprogrammen nach Thüringen fließenden Mittel. Wichtige Maßnahmen der

Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, aber auch Strukturprojekte des Landesprogramms können damit gefördert werden.

Für die Beschreibung der »Thüringer Zustände« haben sich vier Strukturprojekte des Landesprogramms zusammengefunden. Sie bringen ihre jeweils unterschiedlichen Spezialkenntnisse und ihren jeweiligen Blick auf die Verhältnisse in Thüringen ein. Dadurch entsteht ein vielschichtiges Bild der Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Thüringen sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus zivilgesellschaftlicher Sicht. Die »Thüringer Zustände« sind neben dem Thüringen-Monitor und den regelmäßigen Gefährdungsanalysen der Universität Jena ein weiterer Baustein, um die Thüringer Verhältnisse zu verstehen. All diese Informationen unterstützen Politik und Zivilgesellschaft, Gebietskörperschaften, Träger und Institutionen dabei, wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Kultur und zur Stärkung der Demo-

kratie in Thüringen zu unternehmen.

Es ist ermutigend zu sehen, wie viele Menschen bereits in Thüringen aktiv sind und sich für die Gemeinschaft einsetzen. Ich bin überzeugt davon, dass wir durch gemeinsames Handeln, durch den Dialog und individuelles wie kollektives Engagement noch viel erreichen können. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft eine starke und lebendige Demokratie bleibt.

Daher möchte ich an dieser Stelle allen danken, die sich um das zivilgesellschaftliche Leben in Thüringen verdient machen und sich in besonderer Weise für unsere gemeinsamen Werte und unsere Demokratie einsetzen.



HELMUT HOLTER

Thüringer Minister für
Bildung, Jugend und Sport



VORWORT

Dies ist bereits die dritte Ausgabe der »Thüringer Zustände«, die ezra, MOBIT, KomRex und IDZ gemeinsam herausgeben. Wie bereits in den beiden Vorjahren fokussieren wir darin Phänomene der Demokratiegefährdung, des Rechtsextremismus und der Diskriminierung in Thüringen.

Wir blicken dabei insbesondere auf das Jahr 2022 zurück. Viele der dargelegten Probleme sind allerdings schon lange zu beobachten. Ihre Darstellung und Einordnung bleibt deshalb aktuell. Dies betrifft die Strukturen und Aktivitäten der radikal rechten Akteur*innen, die antidemokratische Protestmobilisierung in Krisenzeiten sowie Formen von Abwertung, Diskriminierung und Gewalt. Wir blicken außerdem auf die Situation von Geflüchteten in Thüringen sowie die Herausforderungen, denen sich Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft in ihren Handlungsfeldern (u. a. in der dem Engagement gegen Rechtsaußen und in der Antidiskriminierungsarbeit) in Thüringen stellen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen und der Landtagswahlen 2024 ist es uns

ein besonderes Anliegen, auf die besorgniserregende Situation im Freistaat hinzuweisen, die vor allem der AfD als erstarkter parlamentarischer Arm der extremen Rechten geschuldet ist. Diese Publikation klärt über diese unterschiedlichen Phänomene auf und mahnt den Handlungsdruck an, der sich daraus für die Thüringer Politik und Zivilgesellschaft ergibt. Den vielfältigen Perspektiven, individuellen Selbstverständnissen, kollektiven Leitbildern und professionellen Handlungsaufträgen der Autor*innen ist geschuldet, dass die Einzelbeiträge kritische Bewertungen beinhalten. Das ist beabsichtigt: Es gilt, Rassismus, Antisemitismus und die Umtriebe radikal bzw. extrem rechter Akteur*innen nicht nur aufzuzeigen, sondern diese deutlich zu

verurteilen und sich *konsequent, empathisch und solidarisch mit Betroffenen* zu positionieren. Diesen Grundsätzen fühlen sich die Autor*innen der »Thüringer Zustände« verpflichtet.

Ziele der »Thüringer Zustände« sind

1) FAKTENBASIERTE DARSTELLUNG und kritische Einordnung der aktuellen Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen

2) KOMPAKTE ANALYSEN und Überblicke aus den Perspektiven der herausgebenden Institutionen unter Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Perspektiven bzw. Betroffenenperspektiven sowie gegebenenfalls relevanter regionaler und lokaler Schwerpunktsetzungen

3) BEREITSTELLUNG einer soliden Informations- und Dokumentationsgrundlage für landesweite, regio-

nale und kommunale politische Verantwortliche, Mitarbeiter*innen in Behörden, Bildungsinstitutionen, Akteur*innen der Zivilgesellschaft sowie Journalist*innen

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Welt-offenheit (DenkBunt) finanziert.

Die vier herausgebenden Institutionen werden als Strukturprojekte des Landesprogramms vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) gefördert.

Wir danken allen Autor*innen und Beteiligten. Besonderer Dank gilt Susanne Haldrich für das Lektorat und Uwe Adler (Weimar) für den Satz und das Layout.

Für die Herausgeber*innen

Romy Arnold — MOBIT
 Franz Zobel — ezra
 Cynthia Freund-Möller — KomRex
 Axel Salheiser — IDZ

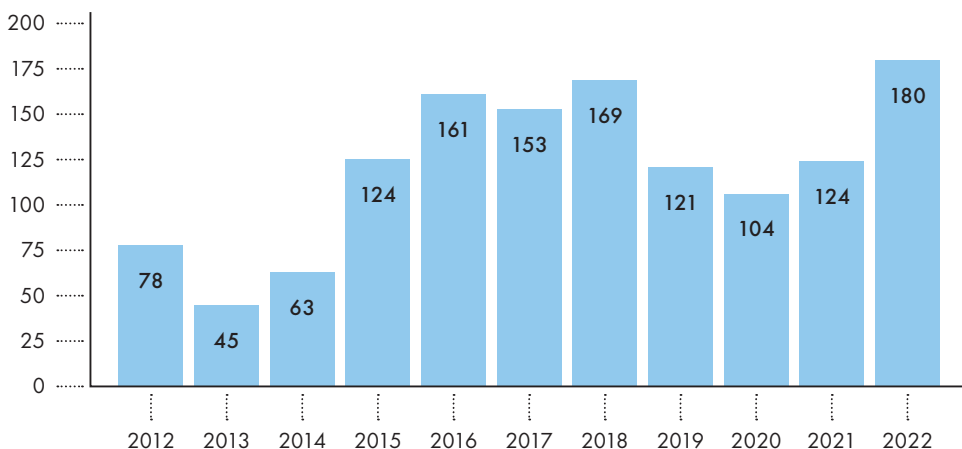
HÖCHSTSTAND RECHTER UND RASSISTISCHER GEWALT IN THÜRINGEN 2022

Franz Zobel

Für das vergangene Jahr registrierte *ezra* – die fachspezifische Betroffenenberatungsstelle – einen neuen Höchststand rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen. Insgesamt wurden 180 Angriffe gezählt, von denen mindestens 374 Menschen direkt betroffen oder mitangegriffen waren. Durchschnittlich waren das drei Angriffe pro Woche mit mindestens sieben Betroffenen (*ezra* 2023a). Die höchste Zahl an Angriffen im unabhängigen Monitoring von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt wurde bisher im Jahr 2018 mit 169 Fällen registriert. Erneut hat sich 2022 eine enorme Brutalität gezeigt. In fast dreiviertel der Fälle handelt es sich um Körperverletzungsdelikte. Gefährliche Körperverletzungen haben sogar zugenommen.

ABBILDUNG 1: Anzahl der Angriffe von 2012 bis 2022

(Quelle: ezra)



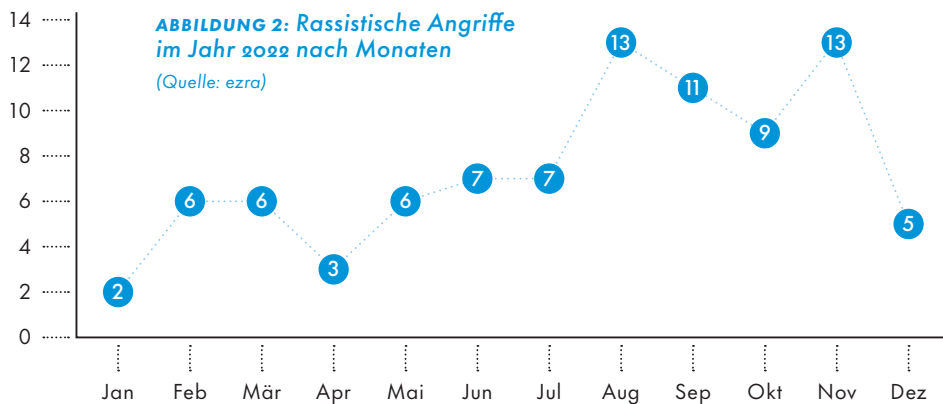
Von einer hohen Dunkelziffer, insbesondere im ländlichen Thüringen, muss weiterhin ausgegangen werden. Schwerpunkt rechter und rassistischer Gewalt bleibt Erfurt. Im Vergleich zu 2021 hat sich die Zahl mit 53 Angriffen fast verdoppelt. Im Durchschnitt gab es jede Woche einen rechten oder rassistischen Angriff in der Landeshauptstadt. Nach Erfurt folgen Jena und Gera mit jeweils 21 Angriffen, wobei sich die Angriffe in Gera mehr als verdoppelt haben. Insbesondere im Ilm-Kreis gab es mit 15 Fällen einen massiven Anstieg. In Weimar liegt die Zahl auf Vorjahresniveau (*ezra* 2023 b).

Kinder und Jugendliche über 100 Mal betroffen

Alarmierend ist vor allem der massive Anstieg bei Kindern und Jugendlichen: Mindestens 103 Mal waren diese insbesondere von rassistischer Gewalt betroffen. Im Vergleich zu 2021 hat sich die Zahl nahezu verdoppelt. Auch dies markiert einen Höchststand im unabhängigen Monitoring der Betroffenenberatungsstelle. In einem Fall wurde ein achtjähriger Junge beim Schwimmunterricht in Mühlhausen von einem 71-Jährigen an den Schultern gepackt, herangezogen, mit dem Knie in die Magengegend getreten und dabei rassistisch beleidigt. In einem anderen Fall wurden spielende Kinder und deren Familien im Erfurter Nordpark von zwei Männern rassistisch beleidigt. Ein Täter warf eine Glasflasche in Richtung eines siebenjährigen Kindes und verletzte es schwer (Wiemann 2023). Diese Fälle zeigen beispielhaft, wie sich gewalttätiger Rassismus immer wieder auch gegen Kinder entlädt und wie die Bekämpfung von Rassismus nicht zuletzt auch als Herausforderung für den Kinder- und Jugendschutz verstanden werden sollte.

Gefährliche rassistische Stimmungsmache gegen Geflüchtete

Wie in den Jahren zuvor bleibt Rassismus mit 88 Angriffen das häufigste Tatmotiv. Darunter fallen spezifische Fälle von Antischwarzem Rassismus, Antimuslimischen Rassismus und Rassismus gegen Sinti*^ze und Rom*ⁿja. Vor allem zum Ende des Jahres nahm rassistische Gewalt zu. In diesem Zeitraum wurde in einigen Monaten nahezu jeden zweiten Tag ein rassistischer Angriff registriert. In der statistischen Auswertung von *ezra* ist ein Zusammenhang mit der rassistischen Stimmungsmache durch AfD, aber auch Politiker*innen demokratischer Parteien offensichtlich.



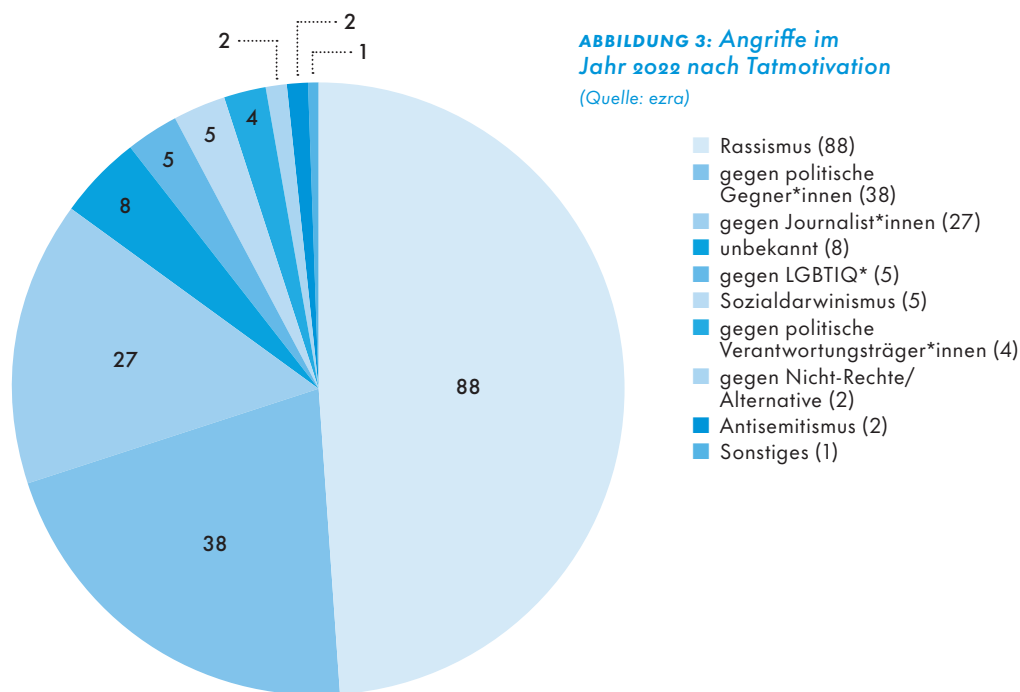
Beispielhaft für die rassistische Stimmungsmache sind die Aussagen des CDU-Landtagsabgeordneten Andreas Bühl im Juli 2022, der Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja reproduzierte und mit der Forderung nach der Abschaffung von Bargeldauszahlungen für alle Geflüchteten verband. Ein anderes Beispiel ist der SPD-Landrat Matthias Jendricke, der im Oktober 2022 offen das rassistische Narrativ vom »Sozialmissbrauch« durch Geflüchtete verbreitete und die Pässe von ukrainischen Geflüchteten einbehalten wollte (Illner 2022). Solche Aussagen haben eine Mitverantwortung für eine öffentliche Debatte, in der eine Feindmarkierung gegenüber Geflüchteten stattfindet und sich letztendlich immer wieder in rassistischer Gewalt entlädt.

Die Situation für migrantisierte Menschen hat sich 2022 durch diese rassistische Stimmungsmache, aber auch durch offensichtlichen institutionellen Rassismus verschärft. Insbesondere der behördliche Umgang mit Rom*nja hat das deutlich gemacht (vgl. den Beitrag von Rachholz in diesem Band). Zu der Gewalterfahrung kommt eine alltägliche Konfrontation mit Rassismus. In der Beratung wurde ezra-Mitarbeitenden von Eltern erzählt, dass ihre Kinder nach der Ankunft in Thüringen als erste deutsche Worte »Ausländer raus« durch andere Kinder in der Schule gelernt haben.

Eskalation durch extrem rechte Mobilisierung

Die neue Welle rechter und rassistischer Gewalt im Jahr 2022 ist vor allem auf den enormen Anstieg bei Angriffen auf Journalist*innen und vermeintlich politische Gegner*innen zurückzuführen. Angriffe auf Journalist*innen haben sich mit 27 Fällen mehr als verdreifacht. Die Fälle, in denen vermeintliche politische Gegner*innen betroffen

waren, haben sich mit 38 Angriffen verdoppelt. Einer der häufigsten Angriffsorte waren Demonstrationen bzw. das Umfeld von Demonstrationen, hinter denen extrem rechte Einzelpersonen und Netzwerke aus sogenannten Querdenkern, Reichsbürgern, AfD und Neonazis standen. Ein Viertel aller Angriffe wurde im vergangenen Jahr dort registriert.



Wie schon in den Jahren 2015/2016 hat sich gezeigt, dass extrem rechte Mobilisierungen für eine Eskalation rechter und rassistischer Gewalt verantwortlich sind. Fast jeden Montag waren diese Ausgangspunkt für rechte Hetze, Beschimpfungen, Bedrohungen und Gewalt. Beispielhaft sei der 24. Januar 2022 in Jena genannt, als mehrere Teilnehmende des Gegenprotests von rechten Coronaleugner*innen brutal angegriffen wurden. Eine Person trug u.a. Verletzungen im Kopfbereich davon (Michel 2022). Aber auch bei einer Demonstration der AfD und anderen extrem rechten Akteur*innen am 12. November 2022 in Erfurt kam es zu rechter Gewalt.

Besorgniserregend ist vor allem der starke Anstieg bei rechten Angriffen auf Journalist*innen. Insbesondere freie Medienschaffende, die über die extrem rechten Mobilisierungen berichteten, standen im

Fokus der Angriffe. Sie wurden beschimpft, bedroht, getreten und gejagt. In einem Fall wurde einem*r Journalist*in die Maske aus dem Gesicht gerissen und in den Mund gespuckt (Lehnert 2022). Teilweise mussten Journalist*innen ihre Berichterstattung, etwa im Februar 2022 in Erfurt, abbrechen. Viele von ihnen kritisieren, dass sie von der Polizei nicht ausreichend geschützt wurden. Auch die Pressefreiheit wurde in Thüringen im Jahr 2022 weiter eingeschränkt. Das Skandal-Urteil im sogenannten Fretterode-Prozess, welches für die Täter eines der brutalsten Angriffe auf Journalist*innen in Deutschland der letzten Jahre lediglich eine Bewährungsstrafe und gemeinnützige Arbeit zur Folge hatte, ist nicht nur in diesem Zusammenhang ein fatales Signal (Lauß et al. 2022; Pietrzyk/Kahlen 2022).

Kaltland

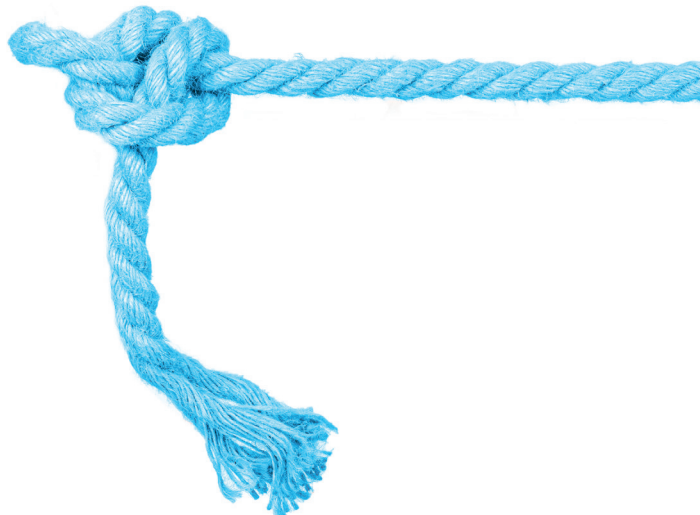
Auch wenn die extreme Rechte mit ihren Erwartungen an einen »Heißen Herbst« bzw. »Wutwinter« im vergangenen Jahr gescheitert ist, lautet das Fazit mit Blick auf die jüngere Vergangenheit: Demokratie und Menschenrechte stehen durch die extreme Rechte unter massivem Druck. Seit 2015 werden fast jeden Montag viele öffentliche Straßen und Plätze in Ostdeutschland durch die extrem rechten und rassistischen Mobilisierungen für viele Menschen zu Angsträumen und No-go-Areas. In Gera hat im Jahr 2022 am »Tag der Deutschen Einheit« einer der größten extrem rechten Aufmärsche in Thüringen stattgefunden (ezra 2022). Rassistische Mobilisierungen gegen die Unterbringung von Geflüchteten nahmen Anfang 2023 in Ostdeutschland wieder zu und werden durch Forderungen nach einer Verschärfung des Asylrechts verstärkt. Auch Ideologien wie Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und ein Feindbild Links/Antifaschismus gewinnen an Relevanz und drücken sich nicht nur in der Verdoppelung der rechten Angriffe auf politische Gegner*innen aus, sondern auch in konkreten massiven Kürzungsvorhaben im Bereich Demokratie und Menschenrechte des Thüringer Landeshaushalts, wie Ende 2022 von der Thüringer CDU beabsichtigt (Litschko 2022).

Für viele Menschen ist es »kalt« in Thüringen. »Kalt« im Sinne einer täglich erlebten Erfahrung, in der rechte, rassistische und antisemitische Hetze, Beschimpfungen, Bedrohungen und Gewalt zunehmen. Für viele Betroffene ist klar, gerade auch im Blick auf die Landtagswahlen 2024, dass die Lage jederzeit weiter eskalieren kann. In den Umfragen liegt die extrem rechte AfD zum Teil an erster Stelle. Aus Thüringen wegziehen ist für viele Menschen eine Überlegung bzw. schon zur Realität geworden. Das hängt sicherlich auch damit zusam-

men, dass die Anstrengungen gegen rechte, rassistische und antisemitische Hetze, Beschimpfungen, Bedrohungen und Gewalt viel zu oft nur Lippenbekenntnisse sind.

Glaubhafter Paradigmenwechsel

Im Fall des Achtjährigen in Mühlhausen, der von einem 71-Jährigen rassistisch angegriffen worden war, kam der Täter faktisch straffrei davon, weil die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen eine geringe Geldauflage – trotz eindeutiger Zeug*innenaussagen – eingestellt hat. Darin zeigt sich beispielhaft das massive Problem in der Strafverfolgung rechter Gewalt, wie es in Ostdeutschland Kontinuität hat. Zusammen mit dem *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* (VBRG e.V.) fordert ezra einen glaubhaften Paradigmenwechsel, der durch die Umsetzung von acht Maßnahmen, die Ende letzten Jahres bei einer Pressekonferenz vorgestellt wurden, eingeläutet werden soll (VBRG e.V. 2022). Bei einer Tagung der ostdeutschen Innenminister*innen in Erfurt im November 2022 wurde eine gemeinsame Strategie versprochen. Ezra hat die Thüringer Landesregierung, und insbesondere Innenminister Georg Meier, dazu aufgefordert, endlich einen Vorschlag dafür zu machen. Für die Thüringer Betroffenenberatungsstelle ist klar, dass dabei die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft »Hasskriminalität«, die Überarbeitung des Definitionssystems zu »Politisch motivierter Kriminalität« und die Bündelung von Opferschutz Priorität haben müssen (Haak 2023).



LITERATUR

- ezra (2022):** Aggressiver rechter Zusammenschluss führt zu Angriffen auf die freie Presse in Gera und Heiligenstadt: »Die Situation kann jederzeit weiter eskalieren«. Online: www.ezra.de/aggressiver-rechter-zusammenschluss-fuehrt-zu-angriffen-auf-freie-presse-in-gera-und-heiligenstadtsituation-kann-jederzeit-weiter-eskalieren%ef%bf%bc/ [13.04.2023].
- ezra (2023 a):** Betroffenenberatungsstelle ezra veröffentlicht Jahresstatistik 2022: Höchststand bei rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen – Kinder und Jugendliche über 100 Mal betroffen. Online: www.ezra.de/jahresstatistik2022/ [13.04.2023].
- ezra (2023 b):** ezra-Jahresstatistik 2022. Pressemappe. Online: www.ezra.de/wp-content/uploads/2023/04/Pressemappe-Jahresstatisti-2022.pdf [13.04.2023].
- Haak, Sebastian (2023):** Anstieg rechtsmotivierter Angriffe in Thüringen. Viele Kinder und Jugendliche sind betroffen. Online: www.nd-aktuell.de/artikel/1172253-rechte-attacken-in-thueringen-anstieg-rechtsmotivierter-angriffe-in-thueringen.html [13.04.2023].
- Illner, Marie (2022):** Experte warnt: »Wenn nichts passiert, eskaliert die rassistische Gewalt weiter«. Online: www.web.de/magazine/politik/experte-warnt-passiert-eskaliert-rassistische-gewalt-37430580 [13.04.2023].
- Lauß, Theresa/Schestak-Haase, Franziska/Zobel, Franz (2022):** Angriff auf die Pressefreiheit: Medienschaffende im Fokus rechter Hetze, Bedrohungen und Gewalt. Online: www.idz-jena.de/wsddet/wsd12-09 [13.04.2023].
- Lehnert, Jens (2022):** Spuck-Attacke auf Social-Media-Blogger bei Montagsdemo in Weimar. Online: www.thueringer-allgemeine.de/regionen/weimar/polizei-ahndet-spuck-attacke-in-weimar-id236748871.html [13.04.2023].
- Litschko, Konrad (2022):** CDU in Thüringen. Erneutes Spiel mit dem Dammbrech. Online: www.taz.de/CDU-in-Thueringen/!5896825/ [13.04.2023].
- Michel, Martin (2022):** Hinter fehlenden Masken: Gewalttaten und Verleumdungen bei Querdenken in Jena. Online: www.libertad-media.de/2022/hinter-fehlenden-masken-gewalttaten-und-verleumdungen-bei-querdenkenden-in-jena/ [13.04.2023].
- Pietrzyk, Kristin/Kahlen, Rasmus (2022):** Ballstädt – Eine Tragödie in zwei Akten. In: ezra/MOBIT/KomRex/IDZ [Hrsg.]: Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2021, S. 64–75.
- VBRG e.V. (2022):** Presseerklärung: Paradigmenwechsel im Kampf gegen neue Welle rassistischer Gewalt. Online: www.verband-brg.de/presseerklaerung-des-vbrg-paradigmenwechsel-im-kampf-gegen-neue-welle-rassistischer-gewalt/ [13.04.2023].
- Wiemann, Rieke (2023):** Rechtsmotivierte Straftaten in Thüringen. Höchststand bei rechter Gewalt. Online: www.taz.de/Rechtsmotivierte-Straftaten-in-Thueringen/!5926638/ [13.04.2023].

DIĚ EXTREM RECHTE IN THÜRINGEN 2022: BEDEUTUNGS- VERLUST DER NEONAZISZENE UND ERSTÄRKENDE »REICHSBÜRGER«-STRUKTUREN

Christoph Lammert (MOBIT)

Die extreme Rechte in Thüringen hat sich in den letzten Jahren sichtbar verändert. Hier lassen sich für 2022 verschiedene Entwicklungen beobachten: der Bedeutungsverlust neonazistischer Strukturen und der damit verbundenen Rückzug in subkulturelle Aktionsfelder auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Erstarken eines verschwörungsideologischen Milieus, welches sich zwischen Pandemie-Leugner*innen und »Reichsbürgern« entwickelt hat. Dabei haben die verschwörungsideologisch geprägten Proteste rund um die Corona-Pandemie und im Anschluss die selbst ernannten »Friedensdemonstrationen« vor allem das »Reichsbürger«-Milieu gestärkt (vgl. zur Mobilisierung auf der Straße und der Rolle der AfD den Beitrag von Arnold und Salheiser). Im folgenden Beitrag soll vor allem die Entwicklung der neonazistischen Szene mit ihrer Hinwendung zu subkulturellen Aktionsfeldern und das Erstarken der »Reichsbürger«-Szene beleuchtet werden.

Bedeutungsverlust der Neonazi-Szene

Neonazistische Parteien und Akteur*innen in Thüringen verzeichnen in den vergangenen Jahren – spätestens nach den Mobilisierungserfolgen im Kontext der »Thügida«-Proteste – einen enormen Wirkkraftverlust. Diese Entwicklung schließt an den deutschlandweiten Trend an: Selbst zu den über Jahre hinweg zentralen bundesweiten Demonstrationen der Szene, etwa am 1. Mai oder zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, gelingt es inzwischen nur noch, wenige Hundert Neonazis zu mobilisieren.

Vertreter*innen der neonazistischen Szene sind dafür weiterhin bei einem Großteil der extrem rechten Protestereignisse in Thüringen präsent und teilweise an der Organisation beteiligt, schaffen es jedoch nur in Einzelfällen, diese zu dominieren. Auch die in Thüringen verbleibenden Partei-Strukturen der Szene sind allenfalls noch lokal von Bedeutung.

In Thüringen war es zuletzt die *Neue Stärke Partei* (NSP), die am 1. Mai 2022 auf die Straße mobilisierte. Die Partei entstand 2021 aus vorgelagerten Vereinsstrukturen als Abspaltung der Kleinstpartei *Der Dritte Weg*. Nach Gründung diverser bundesweiter Lokal-Ableger und einem kurzen Mobilisierungshoch im Jahr 2021 ging die Mobilisierungskraft stetig zurück. Am 1. Mai 2022 in Erfurt konnte die NSP nur noch rund 130 Neonazis auf die Straße bringen. Nach internen Streitigkeiten und den Rück- und Austritten zahlreicher Funktionär*innen befindet sich die Partei seit Mitte 2022 im Zerfall und ist kaum noch wahrzunehmen.

ABBILDUNG 4: Zur Demonstration der extrem rechten Neue Stärke Partei am 1. Mai 2022 in Erfurt gelang es nur noch, knapp 130 Neonazis zu mobilisieren.

(Quelle: MOBIT)



Die Kleinstpartei *Der Dritte Weg* eröffnete nach dem Wegfall ihrer Immobilie in Erfurt (vgl. MOBIT 2021) im Februar 2022 ein neues Bürgerbüro in Ohrdruf, welches seither Ausgangspunkt verschiedener Aktivitäten ist. Dazu gehören »Bürgersprechstunden« ebenso wie ein »Skat- und Dartabend« oder die kostenlose Verteilung von Schulmaterial an »Deutsche«. Die personelle Schwäche der Partei ist möglicherweise ein Grund dafür, dass sie im Freistaat inzwischen kaum Aktionen durchführt, die überregional wahrzunehmen sind. Das dürfte sich auch in näherer Zukunft kaum ändern, da Max-Joseph Matthieß, die zentrale Figur des lokalen Parteiablegers, sich seit Anfang 2023 offensichtlich der Jugendorganisation der NPD, den *Jungen Nationalisten* (JN), zugewandt hat.

Auch die NPD spielt allenfalls noch lokal eine Rolle. Ihr Aktivitätsschwerpunkt liegt in Eisenach, wo die Partei nicht nur eine ihrer Hochburgen hat (10,2 % bei der Stadtratswahl 2019), sondern seit 2014 auch über eine Landesgeschäftsstelle verfügt. Das Haus ist in den letzten Jahren ein zentraler Dreh- und Angelpunkt der regionalen und überregionalen Neonaziszene geworden. Hier fanden Konzerte, Vortragsabende, Discopartys und Kampfsporttrainings der *Knockout 51* statt. Die Immobilie ist laut MOBIT-Zählung einer der meistgenutzten Räume der extrem rechten Szene im Freistaat. Die NPD versucht, aufgrund ihrer politischen Bedeutungslosigkeit ein neues Konzept zu entwickeln. Strategisch wolle man nun »als Netzwerker, Dienstleister, punktueller Bündnispartner und regionaler Motor von Bürgerprotesten und regierungskritischen Initiativen« (NPD 2022) agieren. Mit Thorsten Heise, Patrick Wieschke und Sebastian Schmidtke finden sich seit Mai 2022 mehrere Thüringer Neonazis im neu gewählten Bundesvorstand und belegen damit die weiterhin zentrale Rolle der Thüringer Szene auf Bundesebene. Im Juli 2022 gab die Partei bekannt, dass der Eisenacher Patrick Wieschke wieder zum Landesvorsitzenden gewählt wurde. Am 10. September 2022 fand dann in Eisenach eine Netzwerktagung der *Deutschen Stimme*, der Parteizeitung der NPD, statt. Diese Zusammenkunft kann als Folge der beabsichtigten Neuaufstellung gewertet werden. Unter den rund 100 Teilnehmenden befanden sich zahlreiche NPD-Funktionär*innen, Aktivist*innen aus dem Umfeld der Neonazi-Kleinstpartei *Der Dritte Weg*, Vertreter*innen der *Thüringer Heimatpartei*, des extrem rechten Netzwerkes *Freies Thüringen* und anderer teils bundesweit aktiver extrem rechter Gruppen bzw. Organisationen.

Hinwendung zu Subkultur: RechtsRock in Thüringen

Schon seit Jahren ist zu beobachten, dass die Neonaziszene ihren Schwerpunkt auf subkulturelle Aktionsfelder verlagert hat. Für Thüringen ist hier der Bereich RechtsRock zentral. Zunehmend professionalisierte Veranstalter sorgten dafür, dass der Freistaat sich über Jahre zur bundesweiten Hochburg extrem rechter Musik entwickelte (MOBIT 2022). Mit Beginn der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen brach dieses Aktionsfeld für die Szene weitgehend weg und die Konzertzahlen fielen deutlich. Im Jahr 2022 nahmen sie wieder deutlich zu: Nach MOBIT-Zählung fanden 31 Veranstaltungen in Thüringen statt (MOBIT 2023). Die steigenden Zahlen belegen den Versuch, dieses Aktionsfeld stärker wiederzubeleben, zeigen aber zugleich eine Veränderung der RechtsRock-Szene. Zum einen wurden die Konzerte in Bezug auf die Teilnehmendenzahl eher in kleinerem Rahmen und zum anderen – jenseits der Partei-Immobilien wie in Eisenach – öfter unangemeldet durchgeführt. Dementsprechend wurden in Sonneberg, Gera, Schmölln und Großbreitenbach RechtsRock-Konzerte bzw. -Liederabende von den Sicherheitsbehörden verhindert. Insgesamt dürfte dies mit dem Rückzug von umtriebigen Akteuren aus der Konzertorganisation sowie der Inhaftierung der »Turonen« zusammenhängen.¹ Gleichzeitig fanden extrem rechte Musiker*innen bei Veranstaltungen der Pandemie-Leugner*innen-Szene Zugang zu einem neuen Publikum.

Neonazi-Kampfsportstrukturen in Thüringen

Auch im Bereich Kampfsport versuchten Neonazis in den vergangenen Jahren, eigene Strukturen zu etablieren (MOBIT 2019). Hier ist vor allem der Verein *Barbaria Sportgemeinschaft e.V.* zu nennen, der inzwischen seit zehn Jahren in Schmölln aktiv ist. 2022 erwarb der Verein eine mehrere Hundert Quadratmeter große ehemalige Industrie-Immobilie und richtete dort seine neuen Trainingsräume ein (Ayyadi 2023). Damit betreibt »Barbaria« aktuell das bundesweit wohl größte neonazistische Kampfsport-Gym. Das bereits erwähnte aufgelöste RechtsRock-Konzert in Schmölln fand in den Räumen der *Barbaria Sportgemeinschaft* statt (MDR Thüringen 2022a) und zeigt die Vernetzung der verschiedenen Aktionsfelder.

¹ Die »Turonen« sind eine militante neonazistische Gruppierung, die in den vergangenen Jahren maßgeblich in die Organisation von (Groß-)Konzerten in Thüringen involviert war. Mitglieder der Gruppen stehen wegen Delikten im Bereich der organisierten Kriminalität vor Gericht (Rietzschel 2021).



ABBILDUNG 5: Im Dezember 2022 eröffnete der langjährig aktive Neonazi-Kader David Köckert ein eigenes Tattoostudio in Eisenberg.

(Quelle: MOBIT)

Die militante Gruppe *Knockout 51*, die sich vor allem aus jüngeren Neonazis rekrutiert, ist seit Jahren in Eisenach aktiv. Für ihre Kampfsport-Trainings nutzte die Gruppe teilweise die lokale NPD-Immobilie. Mitglieder der Gruppe traten als Kämpfer beim neonazistischen »Kampf der Nibelungen« an, sind in die Hooligan-Szene vernetzt und fielen immer wieder durch schwere Gewalttaten – u. a. im Kontext der Corona-Proteste – auf. Nach bundesweiten Razzien im April 2022 stehen Mitglieder der Gruppe im Fokus von Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft. Ihnen wird u. a. die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen, »die unter dem Deckmantel des gemeinsamen körperlichen Trainings junge, nationalistisch gesinnte Männer anlockt, diese bewusst mit rechtsextremem Gedankengut indoktriniert und für Straßenkämpfe ausbilde« (Generalbundesanwaltschaft 2022). Den Beschuldigten werden diverse Angriffe gegen »politische Gegner*innen« und Polizist*innen zur Last gelegt. Unter anderem das Agieren der Gruppe hat in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass Eisenach ein Hotspot extrem rechter Gewalt und Hegemoniebestrebungen im öffentlichen Raum ist. Seit April 2022 sitzen vier Neonazis in Untersuchungshaft. Im Laufe des Jahres 2023 soll der Prozess beginnen (Janz und Mueller-Töwe 2022).

Extrem rechte Alltagskultur

Neben den Aktionsfeldern RechtsRock und Kampfsport konnte sich in Thüringen seit Jahren auch eine extrem rechte Alltagskultur etablieren, zu der inzwischen auch diverse Tattoostudios gehören. Sie werden von Neonazis betrieben und tragen teilweise offen, teilweise eher unterschwellig ihre ideologische Ausrichtung nach außen. Sie dienen

als Treffpunkte der Szene, aber auch der Ansprache von Personen außerhalb der Szene und nicht zuletzt als Einnahmequelle für neonazistische Aktivist*innen. Im Dezember 2022 eröffnete beispielsweise der langjährig aktive Neonazi und ehemalige *Thügida*-Organisator David Köckert ein Tattoostudio in Eisenberg. In einem Online-Interview mit dem »Kampf der Nibelungen«-Organisator Alexander Deptolla aus dem März 2023 beschreibt Köckert die Strategie, mithilfe der Studios eine Normalisierung extrem rechter Ideologie voranzutreiben: »Da kommen sie ja alle. [...] Und wenn man dann mal an die Basis geht und mit den Menschen allgemein mal Kontakte pflegt, da kommst du ja ganz anders rüber.« (*Wie gesagt* 2023)

Erstarken der »Reichsbürger«

Die »Reichsbürger«-Szene hat in den letzten Jahren großen Zulauf und einen Radikalisierungsschub erfahren. Insbesondere im Umfeld der Pandemie-Leugner*innen entwickelten sich diverse ideologische Anschlussmöglichkeiten und sorgten für eine verstärkte Sichtbarkeit dieser Szene, die (in Thüringen) keineswegs neu ist. Erste Treffen fanden im Freistaat bereits Anfang der 1990er-Jahre statt.

Zentrale Akteure waren bereits 2020 auf den Protestveranstaltungen der Pandemie-Leugner*innen und der AfD zu sehen. In den Jahren 2021 und 2022 entstanden mehrere Gruppierungen, die verschiedene »Wahlkommissionen« gründeten und vor allem durch verschiedene Homepages und Telegram-Kanäle präsent sind. Daneben veranstalteten die Gruppen mehrere Vortragsabende, sogenannte Wahlhelferschulungen oder Konzerte mit einschlägigen Musiker*innen.

Im Oktober 2022 fand in Pffiffelbach im Weimarer Land der »Zukunftskongress Deutschland« statt, bei dem sich auch die »Wahlkommissionen« dem Publikum vorstellen sollten. Zu der mehrtägigen Veranstaltung, die zu den größten »Reichsbürger«-Vernetzungstreffen der letzten Jahre zählt, reisten bundesweite Gäste an. Neben Referenten aus dem »Reichsbürger«-Milieu und Verschwörungsideologen waren auch Auftritte der extrem rechten Liedermacher*innen Axel Schlimper und »Eine deutsche Frau« angekündigt. Die Veranstaltung und die Mobilisierung im Vorfeld sind ein Beleg der engen Verzahnung von Pandemie-Leugner*innen, Neonazis und »Reichsbürgern« in Thüringen. Gleichzeitig belegt die Veranstaltung den starken Zulauf, den die Szene aktuell verzeichnet. »Reichsbürger«-Veranstaltungen mit dreistelligen Teilnehmendenzahlen bildeten in der Vergangenheit die Ausnahme.

Im Dezember 2022 kam es zu bundesweiten Razzien gegen ein »Reichsbürger«-Netzwerk, das Umsturzpläne gegen die Bundesrepublik gehabt haben soll. Von den Durchsuchungen waren mehrere Objekte in Thüringen betroffen – u. a. das Jagdschloss des lange als »Reichsbürger« bekannten Heinrich XIII. »Prinz« Reuß im Saale-Orla-Kreis. In der Immobilie sollen u. a. konspirative Treffen der Gruppe stattgefunden haben (MDR Thüringen 2022 b). Bei den Durchsuchungen wurden auch scharfe Waffen und Munition gefunden. Schon 2021 war in der Region eine »Wahlkommission Reuß« mit Aushängen in Erscheinung getreten (Hagen 2021).

Die »Reichsbürger«-Szene ist fester Bestandteil der extrem rechten Straßenmobilisierung. Dies zeigte sich auch im beginnenden Jahr 2023 deutlich, als *Freies Thüringen* über ihren Telegram-Kanal Werbeflyer für die »Wahlkommissionen« verbreitete. Die Netzwerke bestehen seit Jahren und die Ideologie der Szene ist längst Bestandteil der seit 2020 stattfindenden Proteste.

Fazit

Die veränderte politische Lage hat auch die extrem rechte Szene in Thüringen deutlich verändert: So wie das Auftreten der AfD die Neonazi-Parteien elektoral bedeutungslos hat werden lassen, haben Verschwörungserzählungen rund um die sogenannte Flüchtlingskrise und die Corona-Pandemie vor allem die »Reichsbürger«-Szene gestärkt.

Schon seit den Anti-Asyl-Protesten 2015/16 ist eine zunehmende Ausdifferenzierung der extremen Rechten zu beobachten. Insbesondere die neonazistischen (Partei-)Strukturen haben dabei an Einfluss verloren. Entsprechend haben sich deren zentrale Akteur*innen auf sub- und alltagskulturelle – und nicht zuletzt kommerzialisierbare – Aktionsfelder verlegt.

Bei den Protesten der Pandemie-Leugner*innen fungieren die Ablehnung demokratischer Institutionen und Verschwörungsmymen, die meist mit antisemitischen Narrativen einhergehen, als ideologische Klammer. Insbesondere die in den vergangenen Jahren eher im geschlossen agierenden »Reichsbürger«-Gruppierungen versuchen aktuell, diese Stimmung für sich nutzbar zu machen und neue Mitglieder zu rekrutieren. Anders als in den vergangenen Jahren agiert die Szene dabei deutlich öffentlicher – beispielsweise in Form von Redebeiträgen bei diversen Kundgebungen und Demonstrationen.

QUELLEN

- Ayyadi, Kira (2023):** Rechtsextremes Kampfsportangebot für die Jugend im Altenburger Land. Online: www.belltower.news/barbaria-schmoelln-rechtsextremes-kampfsportangebot-fuer-die-jugend-im-altenburger-land-146417/ [20.03.2023].
- Generalbundesanwalt (2022):** Festnahmen von vier mutmaßlichen Mitgliedern einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 50 Beschuldigten wegen des Verdachts rechts-extremistischer Straftaten. Online: www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/Pressemitteilung-vom-06-04-2022.html [20.03.2023].
- Hagen, Peter (2022):** »Verweser«-Wahl in Saaldorf angekündigt. Online: www.otz.de/regionen/bad-lobenstein/verweser-wahl-in-saaldorf-angekuendigt-id232183371.html [20.03.2023].
- Janz, C./Mueller-Töwe, J. (2022):** »Dringender Tatverdacht erhärtet« – Neonazi-Schlägertruppe soll angeklagt werden. Online: www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100139746/neonazi-kampfsporttruppe-bundesanwaltschaft-will-knockout-51-anklagen.html [20.03.2023].
- MDR Thüringen (2022 a):** Polizei löst illegales Rechtsrock-Konzert in Schmölln auf. Online: www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/altenburg/rechtsrock-konzert-polizei-illegal-schmoelln-100.html [20.03.2023].
- MDR Thüringen (2022 b):** Verdächtige nach Reichsbürger-Razzia in Bad Lobenstein weiter in Haft. Online: www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-omla/reichsbuerger-badlobenstein-razzia-verdaechtige-untersuchungshaft-100.html [20.03.2023].
- MOBIT (2019):** Im Kampf für die »völkische Wiedergeburt«: Extrem rechte Kampfsportstrukturen in Thüringen. Online: www.mobit.org/im-kampf-fuer-die-voelkische-wiedergeburt-extrem-rechte-kampfsportstrukturen-in-thueringen/ [20.03.2023].
- MOBIT (2021):** Die extrem Rechte in Thüringen. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hrsg.): Thüringer Zustände – Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen – Fakten und Analysen 2021. Erfurt/Jena, S. 35–44.
- MOBIT (2022):** Hass und Kommerz – Die neonazistische Musikszene in Thüringen. Online: www.mobit.org/Material/2022_MOBIT_RechtsRock-Hass%20ound%20Kommerz.pdf [20.03.2023].
- MOBIT (2023):** Extrem rechte Musikveranstaltungen in Thüringen 2022 – Zahlen steigen deutlich. Online: www.mobit.org/rechtsrock-2022/ [20.03.2023].
- Rietzschel, Antonia (2021):** Polizei geht gegen Neonazigruppe vor. Online: www.sueddeutsche.de/politik/tuonen-rechtsextremismus-thueringen-1.5218515 [20.03.2023].

EXTREM RECHTE PRIMÄRQUELLEN

- NPD (2022):** Pressemitteilung »Der Zukunft eine Heimat geben«.
Online: www.npd.de/2022/05/der-heimat-eine-zukunft-geben-2/ [20.03.2023].
- Wie gesagt (2023):** Folge 013 – Im Gespräch mit David Köckert.
Online: www.youtube.com/watch?v=BKTFtHV93WQ [20.03.2023].

DIE THÜRINGER AFD ALS »FRIEDENSPARTEI« IM PROTEST- UND KRISENJAHR 2022

Romy Arnold und Axel Salheiser

Es ist ein zentraler Wesenszug der extremen Rechten, politische und gesellschaftliche Krisendynamiken für antidemokratische Mobilisierungsversuche zu instrumentalisieren. Die AfD in Thüringen folgt diesem Muster seit ihrem Erscheinen auf der politischen Bildfläche. Mit der Lockerung der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie trat Corona als Mobilisierungsthema 2022 in den Hintergrund und wurde durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und die Energiekrise abgelöst. Diese Ablösung fand allerdings nur oberflächlich statt, da die Protestszene die neuen inhaltlichen Schwerpunkte einfach in ihre Erzählungen integrierte – bei den ideologischen Deutungen, der Rhetorik und den dahinterliegenden Motiven war hingegen eine hohe Kontinuität festzustellen. Die Thüringer AfD ließ auch 2022 keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie ihrer Scharnierfunktion zwischen rechtspopulistisch ideologischer Bevölkerung und organisierter rechter Szene im Parlament und auf den Straßen gerecht wird: durch rassistische, antidemokratische Agitation und den immer offeneren Schulterschluss mit Verschwörungs-ideolog*innen und Neonazis.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die Positionierung der Thüringer AfD

In der ersten Parlamentssitzung nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verurteilte Torben Braga, der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion, diesen deutlich: »Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, der auch als solcher bezeichnet und in aller Schärfe verurteilt werden muss.« Gleichwohl verteidigte Braga jedoch den Einsatz der AfD für die deutsche Annäherung an Russland (Braga 2022). Auf diese Lesart des Krieges – die Verurteilung des russischen

Angriffskriegs bei gleichzeitiger Ablehnung der Waffenlieferungen an die Ukraine und der Sanktionen gegen Russland – hatte sich die AfD-Bundestagsfraktion bei einer Klausur im März 2022 in Oberhof geeinigt, um die erkennbaren innerparteilichen Spannungen zu diesem Thema zu befrieden (*Der rechte Rand* 2022). Bezüglich der deutlichen Benennung Russlands als schuldige Kriegspartei verließ die AfD Thüringen – ähnlich wie schon während der Corona-Pandemie – jedoch den politischen Konsens wenige Wochen später. Während Braga noch im März 2022 sagte, dass einst die Zeit komme, nach »Verursachern« des Konflikts zu suchen, schlug der Fraktions- und Parteivorsitzende Björn Höcke knapp drei Monate später in einer eigens eingereichten Aktuellen Stunde zu den »Äußerungen von Mitgliedern der Thüringer Landesregierung zum Krieg« andere Töne an: Zwar verurteilt Höcke den »russischen Angriff auf die Ukraine«, hielt aber fest, dass »die USA die Beziehung Deutschlands und der EU zu Russland so einseitig und eindeutig dominiere wie gegenüber keinem anderen Land der Welt« und somit »die notleidenden Ukrainer genauso wie wir gutmütigen Deutschen und die gutmütigen Europäer Bauern auf dem eurasischen Schachbrett sind, an denen die USA und Russland Partie spielen« (Höcke 2022a). Die eigentlich Schuldigen am Krieg in der Ukraine seien nach Logik der AfD die USA bzw. die deutsche Regierung, die sich von der USA als »fremder Macht abhängig« (Möller 2022) gemacht habe oder gar als »fremdbestimmter Pol« (Höcke 2022a) agiere. Mit der Bewertung der deutschen Politik als »Vasallentreue«, die sich in Bezug auf die USA »mit den Globalisten arrangiert« (Möller 2022) habe, bespielt die AfD ein Narrativ, das in Ostdeutschland auf einen anderen zeitgeschichtlichen Resonanzraum trifft als in Westdeutschland. Wenige Wochen nach Kriegsbeginn zeigt sich hier die Umdeutung der Ereignisse hin zu einer antiamerikanischen Ideologie, gekoppelt mit antisemitischen Verschwörungsmaythmen. In der Thüringer AfD hat sich die Pro-Putin-Position klar durchgesetzt.

Das Mobilisierungsthema Energiekrise

Nicht erst mit Beginn des Krieges und der damit drohenden knappen Versorgungslage auf dem Energiemarkt betreibt die AfD Kampagnen, bei der ein vermeintlicher Blackout prophezeit wird und die Hauptursache dafür an »linksgrüner« Energie- und Klimapolitik festgemacht wird. Bereits im Dezember 2019 widmete die rechte Wochenzeitschrift *Junge Freiheit* den drohenden großflächigen Stromausfällen angesichts einer »kopflösen Energiewende« eine gesamte Ausgabe. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag gab im Dezember 2021 einen Flyer mit dem Titel »Die unterschätzte Gefahr Blackout« (mit

›Praxistipps‹) heraus. Begleitet wurde diese Kampagne durch ein gemeinsames Positionspapier mit der bayerischen AfD-Fraktion (AfD 2021), zahlreiche Kleine Anfragen vor und nach Kriegsbeginn² sowie Anträge im Landtag,³ die den angeblichen Zusammenhang zwischen dem Einsatz erneuerbarer Energien und drohenden Versorgungsengpässen bzw. Blackouts verdeutlichen sollten.⁴ Hintergrund dieser Umtrieblichkeit zum Thema Energieversorgung war weniger die Sorge der Partei vor einer tatsächlichen Versorgungsschiefelage, sondern das strategische Schüren von Angst in der Bevölkerung angesichts bereits 2021 gestiegener Energiepreise und der Energiewende, welche die Berliner Ampel-Regierung seit ihrem Regierungsantritt 2019 forciert. Auch zu Beginn des Jahres 2023 bewarb die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag mehrere Termine für eine »Energiekollapstour«, bei der regelmäßig stattfindende Infostände im ländlichen Raum durch »Mahnwachen gegen das Regierungsversagen in der Energiepolitik« ergänzt werden.

Rassistische Stimmungsmache

Im Kontext des Ukrainekriegs wurde 2022 einmal mehr deutlich, wie die AfD versucht, von rassistischer Mobilisierung zu profitieren, und wie sie diese selbst vorantreibt. Nur wenige Tage nach Kriegsbeginn etwa fragte der AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Rudy auf seiner Facebookseite nach der »jüdischen Komponente im Ukraine Konflikt« (Wierzioch 2022) und spricht somit als einer der ersten den antisemitischen Verschwörungsmythos der vermeintlichen Kräfte hinter dem »Konflikt« (nicht etwa »Krieg«) aus. Zahlreiche Sharepics, u. a. in Björn Höckes Telegram-Kanal, wurden in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn in Umlauf gebracht. Darin wurde nicht-weißen Geflüchteten unterstellt, sich als »tatsächliche Kriegsflüchtlinge« zu tarnen. Auch Bragas Bekenntnis zur Aufnahmereitschaft von Geflüchteten, sofern es sich um »tatsächliche Kriegsflüchtlinge [...] ukrainische[r] Staatsbürgerschaft handelt«, war eine unverhohlene Bekräftigung der AfD-Position, Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern und -regionen, z. B. aus Syrien, Afghanistan oder den Ländern Nordafrikas, den Flüchtlingsstatus abzuerkennen. In eine ähnliche Kerbe schlug der AfD-Landtagsabgeordnete Denny Jankowski in einer Aktuellen Stunde, als die Integration von ukrainischen Kindern in Schulen thematisiert wurde. Er warnte davor, die »Fehler« von 2015/16 zu wiederholen.

² KA 7/2586 vom 26.10.2021; KA 7/2588 vom 04.11.2021.

³ Antrag AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, DS 7/4735 vom 27.04.2022; Antrag der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, DS 7/6804.

⁴ KA 7/3752 vom 02.09.2022; KA 7/3841 vom 23.09.2022; KA 7/3970.

Insofern lehne die AfD-Fraktion die Integration von Geflüchteten aus der Ukraine ab – in der »Hoffnung«, dass »die übergroße Mehrheit nach Kriegsende ohnehin zurückkehren« werde. Man müsse »bei aller Euphorie« den folgenden Grundsatz bedenken: »Helfen ja, aber unsere Kinder sind auch wichtig.« (Jankowski 2022)

Diese Strategie der Stimmungsmache richtet sich vor allem gegen Geflüchtete, die einer rassistischen Zuschreibung unterliegen, sowie gegen Sint*ezze und Rom*nja. Hier knüpft die AfD an das Narrativ einer »gescheiterten Asylpolitik 2015« an, wobei Ängste vor einer »Migrationskrise 2022« bzw. bezüglich angeblicher Auswirkungen (wie Wohnraummangel, Schulplatzmangel, Überlastung des Sozialsystems, Diebstahl und Betrug durch Geflüchtete) geschürt werden. Neben einer Kampagne in den Sozialen Medien fanden dazu auch »Bürgerabende« (z.B. am 30. August 2022 in Sömmerda) statt, bei denen die rassistische Stimmung vor Ort angestachelt wurde (Mudra 2022).

»Heißer Herbst«: die Rolle der Thüringer AfD bei der Protestmobilisierung

Die Thüringer AfD wurde von Höcke schon früh auf seine Vorstellungen von einer fundamentaloppositionellen Bewegungspartei ausgerichtet. Seine Strategie sieht vor, dass sich die Partei nicht auf die Parlamentsarbeit beschränkt, sondern die Nähe zu rechten Bewegungen und Bündnissen sucht, sich mit ihnen vernetzt und diese Einheit auch auf den Straßen demonstriert. Dies sei nach Aussage von Höcke auch der Grund für die hohen Umfragewerte der AfD in Thüringen. Deutlich wird dieser Kurs am Schulterschluss zwischen der AfD und dem aktuell mobilisierungstärksten, extrem rechten Protestnetzwerk *Freies Thüringen*. Bereits im Dezember 2021 wurde *Freies Thüringen* als Demonstrationsbündnis nach dem Vorbild der Partei *Freie Sachsen* gegründet. Es versammelt Personen aus dem gesamten Spektrum der radikalen Rechten. Die Kooperation zwischen *Freies Thüringen* und der AfD wurde am 21. September 2022 durch das Verlesen von zehn gemeinsamen Forderungen unterstrichen. Zuerst wurden diese auf den Kanälen von *Freies Thüringen* gestreut und auf den Montagskundgebungen verlesen, danach trug Björn Höcke sie im Thüringer Landtag vor. Unmittelbar im Anschluss an die Sitzung fand eine gemeinsame Demonstration von AfD und *Freies Thüringen* vor dem Thüringer Landtag statt.

Die zehn Forderungen wirken wie eine Kurzfassung der AfD-Parteiprogramme der letzten Jahre: Neben der Forderung nach einem Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine und einem Ende der Russland-Sanktionen ist von »politisch motivierter Verknappung« die Rede, von einer »strafrechtlichen Aufarbeitung der Coronapolitik«, vom Wunsch nach »echte[r] Gewaltenteilung« und der »Herstellung von Meinungsfreiheit« sowie vom alten Kernthema der AfD, der Ablehnung der »Massenzuwanderung in das Sozialsystem zulasten unserer Kinder, Familien und Hilfsbedürftigen« (Höcke 2022b). In einem im Oktober 2022 veröffentlichten Strategiepapier von *Freies Thüringen* wird die AfD als eine von »5 Säulen des Widerstands« bezeichnet.

Mit der Auftaktveranstaltung am 21. September 2022 wollte die AfD den »Heißen Herbst« eröffnen (MOBIT 2022). Bereits am 26. August 2022 mobilisierte die AfD mit weiteren extrem rechten Gruppen zu einem »Familienfest« in Gera – darunter *Freies Thüringen*, die *Freien Sachsen* sowie die fragwürdige regionale Mittelstandsvereinigung »Unternehmer mit Herz«. Der Geraer Neonazi Christian Klar und der Reichsbürger-Ideologe Frank Haußner sind zwei der Hauptakteure der Veranstaltung. Auch ein Überraschungsgast trat auf: Der als »Barde« der Neonaziszene deutschlandweit bekannte Liedermacher Frank Rennicke. War die AfD an diesem Tag eher Zaungast, zeigte die



ABBILDUNG 6:
AfD-Stand auf dem »Familienfest der Miteinander-Stadt Gera« am 26. August 2022

(Quelle: MOBIT)

Partei am 3. Oktober 2022 deutlich, dass sie fest in die extrem rechten Netzwerke eingebunden ist. An einer Demonstration des rechtsoffenen Bündnisses *Miteinander-Stadt Gera* nahmen ca. 8000 Menschen teil – an der Spitze des Protests stand die AfD. Weitere extrem rechte Gruppen wie die *Freien Sachsen* waren ebenso vor Ort wie prominente Vertreter des extrem rechten *Compact-Magazins*. Nach diesem Mobilisierungserfolg ließ der Protest auf der Straße jedoch deutlich nach. Am 12. November veranstaltete ein Netzwerk eine »Großdemonstration« in Erfurt unter dem Titel »Deutschland zuerst!«. Auf der Bühne traten als Redner neben Martin Kohlmann (*Freie Sachsen*), Jürgen Elsässer (*Compact-Magazin*) und Lutz Bachmann (*Pegida*) auch Höcke und die Thüringer AfD-Landtagsabgeordneten Corinna Herold und Stefan Möller auf. Trotz dieses »Großaufgebots« folgten dem Aufruf gerade einmal 2000 Menschen. Summarisch lässt sich festhalten: Die Hoffnungen der AfD und ihrer rechten Sammlungsbewegung auf eine massive Mobilisierung und einen viel beschworenen (und medial rezipierten) »Heißen Herbst« oder gar einen »Wutwinter« haben sich nicht erfüllt. Seit Anfang 2023 beschränken sich die Aktivitäten der Protestszene auf lokale Hochburgen in Ostthüringen.

Björn Höckes Rede am 3. Oktober 2022 in Gera

Die Rede, die Höcke am 3. Oktober 2022 in Gera hielt, bedarf einer vertiefenden Betrachtung, da sie über die bisher von ihm mittlerweile bekannte Rhetorik hinausging. Sie bot einen Blick auf den derzeitigen Stand von Höckes Ideologie und ließ in ihrer Deutlichkeit keinen Zweifel am demokratiefeindlichen, faschistoiden und modernefeindlichen Charakter der Rechtsaußenpartei AfD aufkommen. Höcke begann mit den Worten »Liebe Freunde der Freiheit!« und hob an, über »ehrliche Vaterlandsliebe« und »ein Zeichen für die neue deutsche Freiheit« zu sprechen. Unter Bezugnahme auf den Ukrainekrieg und die Klima- und Energiepolitik der Bundesregierung malte er einmal mehr das Bild eines am Rande des Abgrunds stehenden Deutschlands. Dessen letzte Rettung bestünde in einer Abkehr von den USA und in einer Hinwendung zu Russland: »Erst gehen Industrie und Mittelstand in die Knie, dann folgt der Sozialstaat, und am Ende kollabiert die staatliche Ordnung mit den Folgen Hunger und Chaos.«

Dass Höckes Antiamerikanismus erkennbar antisemitische Züge trägt, wurde in einer der nachfolgenden Passagen der Rede klar: »Liebe Freunde, ich weiß zwischen den USA und den US-Amerikanern zu unterscheiden. Die USA sind es auf eine andere Art als wir, aber sie sind auch ein fremdbestimmtes Land.« Die Figur von der USA als »fremd-

bestimmtes Land« ist nichts anderes als eine sprachliche Chiffrierung der »Zionist Occupied Government« (ZOG), einer im internationalen Rechtsextremismus geteilten Verschwörungserzählung von der vermeintlichen Herrschaft einer jüdischen Elite.

Laut Höcke gehe es beim »Kampf zwischen den USA und Russland nicht nur um Rohstoffe. Es geht auch um ein anderes Menschenbild, einen anderen Weg in die Zukunft«. Russland und auch Viktor Orbáns Ungarn stünden für Gemeinsinn, für Tradition, für »die Ehe zwischen Mann und Frau und die kinderreiche Familie« als »Grundstein des Volkes und der Nation«. Auch in weiteren rhetorischen Fragen suggerierte er, dass es eigentlich der Westen sei, von dem eine allumfassende Bedrohung ausgehe: »Liegt es daran, dass Russland und Serbien den Glauben für etwas ansehen, das fundamental zur inneren Gesundheit des Volkes dazu gehört? Oder liegt es vielleicht daran, dass sich diese Länder und ihre Staatslenker gegen die Verfallberung der Tradition und Geschichte entschieden haben, gegen die ungebremste Einwanderung, gegen die Transformation ihrer Völker in eine gesichtslose Masse von perfekt durchmaterialisierten Konsumfaschisten? Ist es dieser Widerstand, der den »neuen Westen«, den alten klassisch-liberalen gibt es zu meinem Leidwesen nicht mehr, so provoziert?« Der »globalistische« Westen sei der Aggressor, der die Völker und Nationen bedrohe: »Dieses Regenbogen-Imperium mit den USA als Kernland und der BRD als wichtigstem Brückenkopf in Europa ist es, das die Zerstörung der Nation durch Masseneinwanderung forciert, das Mann und Frau den Kampf angesagt hat, dem nichts mehr heilig ist: nicht der gute Geschmack, nicht der Fleiß, nicht unser grandioses historisches Erbe, ja, noch nicht einmal unsere Kinder.«

Höcke resümierte: »[W]enn ich mich jetzt für das deutsche Volk entscheiden müsste zwischen dem Regenbogen-Imperium, dem globalistischen Westen, dem »neuen Westen« oder dem traditionellen Osten, ich wähle den Osten!« Mit Blick auf die kommenden Wahlen schlussfolgerte Höcke: »Noch haben wir keine Macht, aber die AfD ist als parlamentarischer Arm der Volksoption die stärkste Kraft in Thüringen und wir werden 2024 die Machtfrage stellen!« Abschließend rief er zu Protesten gegen die Regierung auf: »Vergesst niemals, was man Euch und Euren Kindern antut – und haltet durch, damit einmal wieder die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint!«

Höcke und seine Anhänger*innen sind im Kampfmodus – auf der Straße beschwören sie den Aufstand gegen die liberale, demokratische Gesellschaft, im Erfurter Parlament attackieren sie mit ihren Debattenbeiträgen, Anträgen und Kleinen Anfragen.

Rechte Brücken in die »Mitte«? Die AfD im Thüringer Landtag

Ein ›Coup‹ der besonderen Art gelang der Thüringer AfD Anfang November 2022 – oder vielmehr wurde ihr eine fragwürdige Steilvorlage bereitet. Die CDU-Landtagsfraktion hatte einen Antrag zum Verbot geschlechtergerechter Sprache im öffentlichen Dienst des Freistaats (»Gendern? – Nein Danke!«) (CDU 2022) eingebracht, bei dem sie sich sicher sein musste, auf Widerstand der R2G-Fraktionen zu stoßen und auf begeisterte Unterstützung durch die AfD (*Süddeutsche Zeitung* 2022). Das Abstimmungsergebnis war – auch infolge der Nichtteilnahme der FDP an der Abstimmung – mit 38 von 74 abgegebenen Stimmen knapp, der parlamentarische Vorstoß im Sinne eines rechtspopulistischen Kulturkampfes damit allerdings erfolgreich. Mit der Übernahme der Inhalte und der Rhetorik der rechten »Sprachschutz«- und »Anti-Gender«-Agitation, die im Thüringer Parlament schon vor Jahren mit Stephan Brandner (damals noch MdL der AfD) Einzug gehalten hatte, schloss die Thüringer CDU an ihre eigene diversitätsfeindliche Tradition an: Schließlich war sie es, die als Regierungspartei einst im Bundesrat gegen die Eingetragene Lebenspartnerschaft (ELP) für gleichgeschlechtliche Paare opponierte und 2002 zusammen mit Bayern und Sachsen dagegen vors Bundesverfassungsgericht zog (BVG 2002).

Beim Antrag zum »Gender-Verbot« zeigte sich exemplarisch, wie fragil die momentane politische Situation in Thüringen ist und wie wichtig es ist, um den demokratischen Konsens einer konsequenten Abgrenzung von rechtspopulistischen Inhalten und Ideen zu ringen. Höckes Reaktion auf das Geschehen im Landtag fiel erwartbar freudig aus: Bei seiner Rede in Erfurt am 9. November 2022 im Rahmen der Kundgebung des rechtsradikalen *Vereinten Widerstands*, bei der auch Jürgen Elsässer wieder redete, beglückwünschte Höcke die CDU dazu, dass sie sich »ein Herz gefasst [...] und Mut bewiesen« habe.

Angesichts der Sachlage wirkten die erneuten Beteuerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mario Voigt, es gebe prinzipiell keine Absprachen mit der AfD (*Welt* 2022), wenig überzeugend. Der Landtagsabgeordnete und ehemalige Thüringer CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring, um den es in den letzten Jahren ruhig geworden ist, erzielte einen zweifelhaften Aufmerksamkeitserfolg, als er noch einen Schritt weiterging als Voigt und vorschlug, »den Umgang mit der AfD auf den Prüfstand zu stellen und die Partei in politische Verantwortung zu nehmen« (MDR 2022). Aus seiner eigenen Fraktion gab es dazu keinen Widerspruch. Vonseiten der Regierungsparteien und der FDP hagelte es scharfe Kritik. Die Thüringer CDU muss sich inhaltlich und strate-

gisch, aber auch im politischen Alltagsgeschäft konsequenter von den Rechtsradikalen abgrenzen. Anstatt inhaltlich immer mehr nach rechts abzubiegen, muss sie stärker den Kompromiss mit den anderen demokratischen Parteien suchen. Das erkennbare Bemühen einer konservativen Profilschärfung im Vorfeld der Landtagswahl 2024 darf nicht dazu führen, dass die CDU selbst rechtsradikale Positionen adaptiert, in der Opposition mit Rechtsradikalen gemeinsame Sache macht oder ihnen durch das eigene Abstimmungsverhalten immer mehr Handlungsspielraum zubilligt. Mit der AfD – ob nun mit oder ohne Höcke – darf es auf keiner Ebene irgendeine Zusammenarbeit geben. Denn diese schadet der Demokratie – und Thüringen.

QUELLEN

AfD (2021): Für eine zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Energieversorgung. Thüringisch-bayerisches Positionspapier zur Energiepolitik. Online: www.afd-thl.de/download/21390/ [19.04.2023].

Ayyadi, Kira (2022): Höckes Rede zum Tag der Deutschen Einheit. Online: www.belltower.news/hoecke-rede-rechtsextreme-allianz-in-gera-und-andere-demos-zum-3-oktober-139775/ [19.04.2023].

Braga, Torben (2022): Für Freiheit und Frieden: Thüringer Solidarität mit der Ukraine und Unterstützung für bundesweit gemeinsame Maßnahmen gegen Putins Angriffskrieg. Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU, 74. Sitzung Thüringer Landtag, 16.03.2022. Online: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/86016/74_plenarsitzung_arbeitsfassung.pdf [19.04.2023].

BVG (2002): Informationen zur mündlichen Verhandlung zum Lebenspartnerschaftsgesetz, Pressemitteilung Nr. 38/2002 vom 26.03.2002. Online: www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2002/bvg02-038.html [19.04.2023].

CDU (2022): Gendern? Nein Danke! Regeln der deutschen Sprache einhalten – keine politisch motivierte Verfremdung der Sprache! Antrag der Fraktion der CDU, Thüringer Landtag, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/6571, 02.11.2022. Online: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/89342/gendern_nein_danke_regeln_der_deutschen_sprache_einhalten_keine_politisch_motivierte_verfremdung_der_sprache.pdf [19.04.2023].

Der reche Rand (2022): Die AfD und der Russland-Krieg. Online: www.der-reche-rand.de/archive/8364/die-afd-und-der-russland-ukraine-krieg/ [19.04.2023].

Höcke, Björn (2022 a): Sind die Äußerungen von Mitgliedern der Thüringer Landesregierung zum Krieg in der Ukraine im Interesse Thüringens? Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD, 82. Sitzung Thüringer Landtag, 08.06.2022. Online: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/87203/82_plenarsitzung_arbeitsfassung.pdf [19.04.2023].

Höcke, Björn (2022 b): 89. Sitzung des Thüringer Landtags, Heißer Herbst in Thüringen – die Forderungen der Bürger auf den Straßen und Plätzen des Freistaats ernst

nehmen, Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD, 21.09.2022. Online: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/88774/89_plenarsitzung_arbeitsfassung.pdf [19.04.2023].

Jankowski, Denny (2022): Integration von Kindern aus der Ukraine in Thüringer Kindergärten und Schulen gestalten – eine Herausforderung auf allen staatlichen Ebenen sowie für die Zivilgesellschaft, Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE, 74. Sitzung Thüringer Landtag, 16.03.2022. Online: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/86016/74_plenarsitzung_arbeitsfassung.pdf [19.04.2023].

MOBIT (2022): Die extreme Rechte: Aufstandsphantasien und die Frage nach der Deutungshoheit. Online: www.mobit.org/die-extreme-rechte-aufstandsphantasien-und-die-frage-nach-der-deutungshoheit/ [19.04.2023].

Möller, Stefan (2022): Energiepreisexplosion in Thüringen stoppen – Menschen entlasten – Armut verhindern, Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE, 85. Sitzung des Thüringer Landtags, 13.07.2022. Online: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/87825/85_plenarsitzung_arbeitsfassung.pdf [19.04.2023].

Mudra, Kai (2022): Frust und wütende Zwischenrufe beim Bürgerabend der AfD in Sömmerda. Online: www.tlz.de/politik/frust-und-wuetende-zwischenrufe-beim-buergerabend-der-afd-in-soemmerda-id236302753.html [19.04.2023].

Süddeutsche Zeitung (2022): Umstrittener Antrag: Thüringer CDU und AfD stoppen gendergerechte Kommunikation. Online: www.sueddeutsche.de/politik/landtag-thueringen-gendern-cdu-afd-1.5693979 [19.04.2023].

Welt (2022): Thüringen: CDU-Fraktionschef verteidigt Appell gegen Gendern mithilfe der AfD. Online: www.welt.de/politik/deutschland/article242088045/Thueringen-CDU-verteidigt-Appell-gegen-Gendern-mithilfe-der-AfD.html [19.04.2023].

Wierziach, Bastian (2022): Verfassungsschutz-Chef bezeichnet AfD als »Multiplikator russischer Propaganda«. Online: www.mdr.de/nachrichten/thueringen/verfassungsschutz-falschmeldung-ukraine-afd-100.html [19.04.2023].



WEM GEHÖRT DER MONTAG? STUDIE ZU TEILNEHMENDEN DER MONTAGSDEMONSTRATIONEN IN THÜRINGEN IM HERBST 2022

Cynthia Freund-Möller
und Frederike Wistuba⁵

Warum eigentlich Montag? – von »Wir sind das Volk« zu »Schwarz-Rot-Gold: Wir sind das Volk«

Die Montagsdemonstrationen 1989 in der DDR mobilisierten einen Großteil der Bürger*innen mit dem Ziel, das System für mehr Freiheit und Menschenrechte zu verändern. Fällt heute der Begriff »Montagsdemonstration«, stehen Bilder vom Mauerfall neben jenen von Menschen, die sich als »Rote Linie« bezeichnen. Dieser Beitrag fasst die wichtigsten Erkenntnisse der Herbstumfrage 2022 des *KomRex* auf Montagsdemonstrationen in Thüringen zusammen.

Mit Bezug auf die Montagsdemonstrationen von 1989 wird ein positiver Erinnerungsort geschaffen, der suggeriert, dass Ereignisse, die unter diesem Label laufen, erfolgversprechend den Willen des Volkes darstellen und dass die formulierten Ziele auch umgesetzt werden (Beier 2020). Karl-Dieter Opp und Peter Voss sprechen bei den Leipziger Montagsdemonstrationen von einer »politischen Institution« (1993: 44), die sich über längere Zeit tradierte und ein Ausdruck der Solidarität verschiedener Akteur*innen wurde. Die Losungen der Montagsdemonstrationen 1989 begannen im November mit »Wir sind das Volk«. Dabei besetzte das Volk als Souverän den öffentlichen Raum. Nach dem Mauerfall galt die Losung »Wir sind ein Volk«, die die Einheitsbewegung markierte. Ab Januar 1990 galt die Losung »Schwarz-Rot-Gold: Wir sind das Volk«, wobei der Bezug auf eine gemeinsame Sprache und Kultur gefährlich nah am Völkischen entlang gedacht

⁵ An dieser Stelle danken wir unseren Kolleg*innen Johannes Streitberger, Annika Kleinschmitt, Matthias Koch, Marie Mohrmüller, Marius Miehle und Carolin Lorenz für die Zusarbeiten.

wurde und all jene ausgrenzte, die nicht zum »deutschen Volk« gehörten (Beier 2020). Diese »politischen Massendemonstrationen« (Opp/Voss 1993: 41) waren medial wirksam und zeigten ein ganzes Volk auf der Straße. Die Forderungen waren dynamisch: So wurde nach jeder erfüllten Forderung eine neue gestellt (ebd.: 40f.). Das Besondere an den Montagsdemonstrationen war die Heterogenität der Teilnehmenden: Von Arbeiter*innen über Funktionär*innen hinzu Vertreter*innen der Staatsgewalt und Neonazis waren alle vertreten. Das minderte zum einen die Gefahr eines Bürgerkrieges und machte zum anderen die Oppositionsgruppe zum Staat größer als die Staatsmacht selbst (ebd.: 52f.).

Fortsetzung nach 1990

Die Montagsdemonstrationen gingen in Ostdeutschland auch nach 1990 weiter: Im Frühjahr 1991 wurde in Leipzig gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau demonstriert; von Januar bis April 2003 gegen den 3. Golfkrieg im Irak; und im Sommer 2004 gingen die »Hartz-IV-Demos« gegen die *Agenda 2010* unter dem Motto »Wir hier unten und die da oben« auf die Straße (Beier 2020). Im Jahr 2014 riefen die Initiatoren Lutz Bachmann und Siegfried Däbritz in Dresden zu »Montagsspaziergängen« im Rahmen ihrer Initiative *Pegida* (»Patrioten Europas gegen die Islamisierung des Abendlandes«) auf, welche gegen das diffuse Thema der »Islamisierung« bzw. vermeintlichen »Glaubenskriege« auf europäischem Boden agitierte. In Thüringen wurde unter dem Ableger *Sügida* und später *Thügida*, – organisiert von Thüringer Rechtsextremen, ebenfalls montags demonstriert. Eine häufig bediente Parole auf den Demonstrationen lautete »Wir sind das Volk«. Dies war ein Rückbezug auf die Demonstrationen 1989 und eine Botschaft der Gegenwart, all jene auszuschließen, die nicht zur Gruppe der weißen, christlichen, cis-heterosexuellen Mitteleuropäer*innen dazugehören (Pfahl-Traughber 2015). Ein erneutes Aufleben bzw. die rechte Instrumentalisierung des Montagabends fand mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Schutzmaßnahmen in Deutschland ab Frühjahr 2020 statt. Diese Demonstrationen wurden in Thüringen zum Teil von Beginn an, zum Teil nach ihrer Entstehung durch rechte Strukturen unterstützt und organisiert (Rechercheportal Jena-SHK 2023). Der Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 markierte eine inhaltliche Erweiterung der Demonstrationen (siehe hierzu Arnold und Salheiser in diesem Band). Die Auswirkungen der Montagsdemonstrationen nach 1990 sind nicht zu unterschätzen. Nach den »Hartz-IV-Demos« hatte die SPD empfindliche Verluste zu verzeichnen und DIE LINKE bekam Auftrieb, ebenso wie



ABBILDUNG 7: Protestzug beim rechten »Familienfest« von Miteinander-Stadt Gera
(Quelle: MOBIT)

die NPD. Die *Pegida*-Bewegung machte die AfD und ihr offen völkisches, rassistisches und antisemitisches Denken massentauglich. Die Corona-Demonstrationen führten zu einer größeren Anschlussfähigkeit konservativer und rechter Narrative.

Fallstudie: »Heißer Herbst 2022« in Thüringen

Mitte 2022 wuchsen die Befürchtungen, dass sich unter der Überschrift »Heißer Herbst« eine Querfront zwischen Linken und Rechten bilden würde. vielerorts wurden Bedenken geäußert, dass das Demonstrationsgeschehen im Herbst 2022 großes Gewalt- und Konfliktpotenzial hervorbringen könnte. Insgesamt verlief der »Heiße Herbst« nicht so konfliktreich wie erwartet – die befürchteten bürgerkriegsähnlichen Zustände blieben aus. Was bleibt, ist der feste Kern der nicht-linken Montagsdemonstrationen. Die Mobilisierungsthemen (gegen Infektionsschutzmaßnahmen, gegen Inflation, gegen Migration) sind dabei abhängig von den Themen, von denen sich die AfD

und Gruppierungen wie die *Freien Sachsen* den größten Zuspruch versprechen (Böckmann/Grothe 2022). Der Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen, die einen Hauptgrund der Versammlungsmotivation in den Jahren 2020 und 2021 darstellten, bedeutete keineswegs den Wegfall der Demonstrationen. Vielmehr wandelten sich die Mobilisierungsgründe von einer Kritik an den Maßnahmen zu einem allgemeinen Protest gegen die Regierung.

Das Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (*KomRex*) der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat im Herbst 2022 eine Befragung unter Teilnehmenden der sogenannten Montagsdemonstrationen in Thüringen durchgeführt. Vorrangiges Ziel der Befragung war es, herauszufinden, was die Menschen zur regelmäßigen Teilnahme motiviert, welche Muster und Motive sich dabei abzeichnen und welche Erkenntnisse über vorherrschende Narrative gewonnen werden können. Außerdem sollten die erhobenen Daten mit repräsentativen Befragungen zu politischen Einstellungen im Freistaat und in Deutschland verglichen werden, um feststellen zu können, inwieweit sich die Einstellungen und Antworten der Teilnehmenden der Montagsdemonstrationen von denen der Gesamtbevölkerung unterscheiden bzw. ähneln. Neben Fragen der »Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)-Langzeitstudie« wurden Skalen zum Medienvertrauen der »Mainzer Langzeitstudie« und – in Bezug auf Einstellungen zur Demokratie und Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen – Fragen aus dem *Thüringen-Monitor* mit einbezogen. Ziel war es, die Debatte und Berichterstattung zum Thema »Montagsdemonstrationen« mit empirischen Daten zu untermauern und die Anliegen der Demonstrierenden darzustellen – ein wichtiger Forschungsgegenstand, da die Montagsdemonstrationen gezeigt haben, welches Mobilisierungspotenzial sie besitzen und welche gesellschaftlichen und politischen Folgen sie haben können.

Vorgehen

Für die Befragung verteilten *KomRex*-Mitarbeiter*innen von Oktober bis Dezember 2022 ca. 1100 Flyer unter den Teilnehmenden der Montagsdemonstrationen in sieben Thüringer Städten. Welche Demonstrationen davon angemeldet und nicht angemeldet waren, kann nicht eingeordnet werden, da zum Redaktionsschluss die Kleine Anfrage 7/4418⁶ an die Landesregierung noch nicht beantwortet wurde. Die

⁶ Siehe hierzu Fragen 2 und 5 https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/90988/versammlungen_lagen_im_zusammenhang_mit_dem_sogenannten_heissen_herbst_in_thueringen.pdf

Flyer waren mit einer Kurzbeschreibung des Projektes (Befragung der Teilnehmer*innen nach ihrer Motivation zur Teilnahme etc.) und einem Link bzw. QR-Code zur Online-Befragung versehen. Der Fragebogen⁷ bestand aus einem Teil, in dem soziodemografische Daten der Teilnehmer*innen erhoben wurden, sowie aus offenen und geschlossenen Fragen, bei denen Zustimmung oder Ablehnung angegeben werden konnte. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit für allgemeine Anmerkungen.

Um einer Selektionsverzerrung der Teilnehmer*innen entgegenzuwirken, wurde versucht, die Flyer möglichst gleichmäßig unter den Demonstrierenden zu verteilen. Auch wenn es das Ziel war, die gesamte Demonstration zu erfassen, ist es in dynamischen Protestsituationen nicht möglich, allen Protestierenden ein entsprechendes Teilnahmeangebot zu machen. Es war nicht der Anspruch der Studie, eine repräsentative Befragung der Demonstrierenden zu erheben. Es ging bei diesem Vorgehen darum, ob überhaupt eine Teilnahmewilligkeit besteht. Der Prozess wurde offen gestaltet und keinerlei Rückmeldungen hätten ebenfalls eine Erkenntnis dargestellt. Entgegen den Erwartungen stieß die Umfrage jedoch auf eine rege Beteiligung. Dies spiegelt sich in der unerwartet hohen Rücklaufquote wider: Von den ca. 1100 verteilten Fragebögen wurden ca. 100 Fragebögen vollständig ausgefüllt. Außerdem zeichnete sich in dem Fragebogen ein zum Teil hoher Redebedarf der Teilnehmer*innen ab, denn viele nutzten die offenen Felder, um ihre Ansichten zum Teil sehr detailliert darzustellen.

Erkenntnisse

WER SIND DIE MONTAGSDEMONSTRANT*INNEN? Die Befragungsteilnehmer*innen waren überwiegend männlich (66 %), im Durchschnitt 55 Jahre alt und hauptsächlich berufstätig (64 %) oder pensioniert (31 %). Fast drei Viertel der Befragten geben an, über einen hohen Bildungsabschluss (Abitur oder Hochschulabschluss) und eine berufliche Qualifikation zu verfügen (74 %). Die Mehrheit der Befragten scheint in relativ guten sozioökonomischen Verhältnissen zu leben (bezogen auf die Angaben zum eigenen Nettoeinkommen, zur Wohnsituation und zum beruflichen Status). Mehr als die Hälfte der Befragten wohnt in einem Eigentum, nur 38 Prozent wohnen zur Miete. Insgesamt schätzen drei Viertel der Befragungsteilnehmer*innen ihre finanzielle Situation als »gut« ein, d. h. als »eher gut« (66 %) und »sehr

⁷ Um den vollständigen Fragebogen einzusehen, siehe <https://www.komrex.uni-jena.de/herbstumfrage22>

gut« (9 %). Etwas weniger als ein Viertel bewertet die eigene Situation als »eher schlecht«.

WAS BEWEGT DIE MONTAGSDEMONSTRANT*INNEN UND WAS ZEICHNET DIESE GRUPPE AUS? Hinsichtlich der Frage, was die Teilnehmer*innen der Montagsdemonstrationen zur (regelmäßigen) Teilnahme an den Demonstrationen bewegt, zeigte sich eine hohe allgemeine Unzufriedenheit mit der aktuellen Bundesregierung. Durchschnittlich gaben die Teilnehmer*innen sieben von zehn Teilnahmegründen an. Das deutet auf ein umfassendes Gefühl der Unzufriedenheit mit der derzeitigen politischen Lage hin. Insbesondere die Auswirkungen der Corona-Pandemie scheinen nach wie vor für viele Demonstrationsteilnehmer*innen ausschlaggebend zu sein und zu Protesten zu mobilisieren: 94,3 Prozent der Teilnehmer*innen nannten die Unzufriedenheit mit der Corona-Politik der Bundesregierung als Grund für ihre Teilnahme. Ebenfalls mit 94,3 Prozent wurde die Unzufriedenheit mit der Energiepolitik der Bundesregierung angegeben. Auch die Kritik an der Migrationspolitik der Bundesregierung (87,5 %) und die deutsche Sanktionspolitik gegenüber Russland (86,4 %) veranlasste viele zur Teilnahme.

Darüber hinaus zeigt sich generell, dass die Demonstrationsteilnehmer*innen von einer Vielzahl unterschiedlicher Sorgen bewegt werden und die Gruppe hinsichtlich der wahrgenommenen Belange recht heterogen ist. Es lassen sich zwar gemeinsame Anliegen identifizieren, aber das Spektrum der geäußerten Sorgen ist breit. Eine sichtbare Gemeinsamkeit ist insbesondere, dass sich die Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer*innen große Sorgen um die Zukunft macht. Im Vordergrund scheinen dabei Sorgen zu stehen, die mit der Zukunft Deutschlands und der nationalen bzw. gesellschaftlichen Zusammengehörigkeit in Bezug stehen. Dabei stehen die Sorge um den Frieden in Europa, die Zuwanderung nach Deutschland und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft im Vordergrund. Umgekehrt bereiten die Folgen des Klimawandels, »Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit«⁸ sowie der technische Fortschritt und die Digitalisierung den Befragten kaum Sorgen. Hinsichtlich der Hauptsorgenbereiche unterscheiden sie sich damit deutlich von repräsentativen Vergleichswerten der deutschen Bevölkerung, wie sie durch SOEP-Studie ermittelt wurden. Die Untersuchung der Daten zeigt: Der sozioökonomische Hintergrund hat innerhalb der Gruppe der Befragten kaum einen Einfluss auf Art und Ausmaß der Zukunftssorgen. Insbe-

⁸ Begriffspaar in Anlehnung an die SOEP-Core-Studie 2020. Online: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.825407.de/diw_ssp1056.pdf.

sondere im Hinblick auf die Zukunftssorgen bezüglich der eigenen wirtschaftlichen Situation und der Altersvorsorge ist dies ein interessanter Befund, der darauf hindeutet, dass die Sorgen der Befragten nicht unmittelbar aus prekären Situationen resultieren, sondern sich vor allem auf einen möglichen zukünftigen sozialen Abstieg beziehen. Lediglich die Sorgen um die Folgen des Klimawandels, die Zuwanderung nach Deutschland sowie »Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit« zeigen eine teilweise Abhängigkeit von sozioökonomischen Voraussetzungen. Die Einflussmuster deuten darauf hin, dass diese Sorgen bildungsabhängig sind. Bei den Sorgen um die Zuwanderung sowie bei der »Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit« ist zudem denkbar, dass sie durch Ängste vor einer möglichen Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im Bereich der Geringqualifizierten, motiviert sind.

Die fundamentale Kritik der Umfrageteilnehmer*innen an der aktuellen Bundesregierung, am politischen Status quo und am gesamten politischen System in Deutschland macht einen Großteil der in der Befragung artikulierten Sorgen aus. Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, dass sich die Demonstrationsteilnehmer*innen in einer Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland befinden. Die beobachtete Vertrauenskrise ist umfassend und vielschichtig und betrifft verschiedene Aspekte des politischen Systems. Politisches Vertrauen wird im Allgemeinen als das Vertrauen der Bürger*innen in das politische System verstanden. Es ist eng verbunden mit dem Glauben an politische Legitimität, d. h. dem Vertrauen in die Rechtschaffenheit politischer Institutionen und des politischen Systems, zu dem sie gehören. Politisches Vertrauen drückt sich u. a. im Glauben der Bürger*innen an freie und faire Wahlen, an eine wohlgesinnte und repräsentative Volksvertretung, an eine angemessene Machtausübung bei wichtigen politischen Entscheidungen und an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Rechenschaftspflicht aus. Politische Legitimität sowie politisches Vertrauen werden als notwendige Voraussetzungen für das Überleben von Demokratien angesehen (siehe Decker et al. 2021). Dieses Vertrauen scheint bei einem großen Teil bzw. bei einer Mehrheit der Befragten erschüttert zu sein.

Das verlorene Vertrauen und die ausgeübte Kritik am politischen System der Bundesrepublik Deutschland ist umfassend und bezieht sich bei einigen Umfrageteilnehmer*innen bereits auf die Grundsätze der parlamentarischen Ordnung der Parteiendemokratie. Die Mehrheit der Befragten wittert im derzeitigen System Machtmissbrauch von durch Selbstinteresse geleiteten politischen Eliten, Manipulation

von Wahlen bzw. Wahlergebnissen (insbesondere die »Nicht-Wahl« Kemmerichs zum MP bringt bei einigen Befragten großes Misstrauen zum Ausdruck). Die Umfrageteilnehmer*innen sehen sich und ihre Interessen von der Volksvertretung (politische Institutionen, Parteien, Bundesregierung) nicht angemessen repräsentiert und wahrgenommen. Außerdem sehen viele der Befragten regierende Politiker*innen als unqualifizierte Repräsentant*innen des Volkes, ihnen werden mangelnde Bildung und fehlende berufliche Qualifikation vorgeworfen. Darüber hinaus schlägt sich die Vertrauenskrise in einer grundlegenden Kritik der (inhaltlichen) Politik der Bundesregierung nieder. Hier wurden insbesondere die Corona-Politik, Energiepolitik und die deutsche Außenpolitik genannt. Auch die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Rechenschaftspflicht wird von vielen Befragten als unzureichend oder nicht vorhanden wahrgenommen.

(Aus-)Wirkungen

Die offenen Antwortmöglichkeiten zeigten: Bei den Teilnehmenden schwingt die Angst mit, als »Nazi« oder »rechts« stigmatisiert zu werden. Diese Assoziationen kommen nicht von ungefähr, da es immer wieder Demonstrationen in Thüringen waren, die für zweifelhaftes Aufsehen sorgten: Die Proteste gegen die Bundes- und Landesregierung in Thüringen wurden von Rechtsextremist*innen, »Reichsbürger*innen« und Selbstverwalter*innen genutzt, um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen (siehe hierzu Beitrag *MOBIT* in diesem Band). Daraus entstand wiederum eine Bewegung, die verschwörungsgläubig und staatsablehnend war und noch immer ist (siehe hierzu auch *MOBIT* 2021 und 2022).

Die Montagsdemonstrationen sind zu einem gesellschaftlichen Ereignis geworden, bei dem überregionale Vernetzung stattfindet und Meinungen abseits des »Mainstreams« nicht nur toleriert, sondern geteilt und bekräftigt werden. Was von den Montagsdemonstrationen 1989 bleibt, ist das Label und das damit verbundene Versprechen nach Erfolg und dass das Volk als Souverän Gehör findet. Von den heutigen Montagsdemonstrationen geht eine realistische Bedrohung der demokratischen Kultur aus. Sie sind nicht mehr Ausdruck von demokratischer Teilhabe und Forderung nach Freiheit und Menschenrechten, sondern rassistisch, antisemitisch und ausgrenzend. Die Teilnehmenden nutzen einen Erinnerungsort, um eine politische Institution daraus zu machen und die Legitimation ihrer Handlungen und Überzeugungen künstlich in einen historisch tradierten Widerstandskampf einzubetten. Die rechtsextremen Kräfte nutzen das Mobilisierungs-

potenzial und die Sorgen der Menschen aus, um ihre Ideologie zu streuen und um nachhaltig Netzwerke zu etablieren, die auch über die Demonstrationen hinaus bestehen und wachsen.



LITERATUR

Beier, Achim (2020): Mythos Montagsdemonstration. Online: www.bpb.de/324912 [06.03.2023].

Böckmann, Nina/Grothe, Lucas (2022): Ausbleibende Massenproteste: War es das mit dem »heißen Herbst«? Online: www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/heisser-herbst-vorbei-wenig-teilnehmer-100.html [06.03.2023].

Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2019): Vertrauen in Demokratie: wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Online: <https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf> [06.03.2023].

MOBIT (2021): Die Neonaziszene in Thüringen. Strukturen, Pandemieleugnung und Immobilien. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hrsg.): Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2020. Erfurt/Jena, S. 66–78.

MOBIT (2022): Die extreme Rechte in Thüringen. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hrsg.): Thüringer Zustände. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2021. Erfurt/Jena, S. 35–44.

Opp, Karl-Dieter/Voß, Peter/Gern, Christiane (1993): Die volkseigene Revolution. Klett-Cotta: Stuttgart.

Pfahl-Traughber, Armin (2015): Pegida – eine Protestbewegung zwischen Ängsten und Ressentiments. Online: www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/200901/pegida-eine-protestbewegung-zwischen-aengsten-und-ressentiments/ [06.03.2023].

Rechercheportal Jena-SHK (2023): Im rechten Trott – Die Montagsdemos von Jena bis Saalfeld. Online: <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2023/03/01/im-rechten-trott-die-montagsdemos-von-jena-bis-saalfeld/> [06.03.2023].

POLIZEILICH ERFAßTE HASSKRIMINALITÄT IN THÜRINGEN

Daniel Geschke und Axel Salheiser

Polizeiliche Statistiken zu vorurteilsgeleiteten Straftaten (Hasskriminalität) werden bundesweit von den Landeskriminalämtern erfasst und zentral für die Bundesebene veröffentlicht (Bundeskriminalamt 2022: 9; im zeitlichen Verlauf: BMI 2022). Entsprechend der etablierten behördlichen Praxis ergänzen sie das Klassifikationssystem der politisch motivierten Kriminalität (PMK). Das Bundeskriminalamt definiert PMK als Straftaten, die in Würdigung der Tatumstände und/oder der Einstellung der Täter*innen Anhaltspunkte dafür bieten, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. gegen die Bundesrepublik Deutschland, ihre Institutionen und Repräsentant*innen gerichtet sind – oder gegen Menschen aufgrund von Vorurteilen bezüglich ihrer (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, ihres sozialen Status, einer physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, dem Geschlecht bzw. der sexuellen Identität, der sexuellen Orientierung oder dem äußeren Erscheinungsbild (Bundeskriminalamt o. J.). Letzteres beschreibt also die vorurteilsmotivierte Hasskriminalität.

Die Art der staatlichen Dokumentation dieser Straftaten ist höchst problematisch (Lang 2014; *European Commission against Racism and Intolerance* 2017; Feldmann et al. 2016), sodass die vorhandenen Zahlen eine geringe Aussagekraft haben, weil sie immer nur einen kleinen Teil des tatsächlichen Problems abbilden und es ein sehr großes Dunkelfeld gibt (Groß et al. 2018). Das LKA Thüringen hat uns freundlicherweise erneut – wie bereits in den Vorjahren – die offiziellen Zahlen für das Jahr 2021 bereitgestellt (siehe zusammenfassend *Abbildung 8*), wofür wir uns bedanken. Leider waren zum Redaktionsschluss die Thüringer Daten für 2022 noch nicht verfügbar. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigte sich im Jahr 2021 erneut ein Anstieg der vorurteilsmotivierten Straftaten in Thüringen auf insgesamt 831 staatlich doku-

mentierte Vorfälle. Das ist im Vergleich zum Vorjahr 2020 mit 782 Vorfällen ein Anstieg um sechs Prozent und im Vergleich zu 2018 (405 Vorfälle) mehr als eine Verdopplung. Von den 831 Vorfällen waren 14 Prozent Gewalttaten (116 Vorfälle). Auch hier findet sich ein Anstieg um 21 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2020 (mit 96 Gewalttaten) und mehr als eine Verdopplung im Vergleich zu 2018 (49 Gewalttaten). Wie in den Vorjahren machten fremdenfeindliche (385) und »ausländerfeindliche« (189) Straftaten zusammen über zwei Drittel (69 %) der Vorfälle aus, gefolgt von antisemitischen (132) und rassistischen Straftaten (52). Ähnlich ist es bei den Gewalttaten, von denen der Großteil (92 %) fremdenfeindlich (54 Vorfälle; 2020: 47), »ausländerfeindlich« (41 Vorfälle; 2020: ebenfalls 41) bzw. rassistisch (12 Vorfälle; 2020: 3) motiviert war. Unter den 132 antisemitischen Vorfällen waren fünf Gewalttaten (2020: 2). Nächsthäufige Kategorie sind islamfeindliche Vorfälle, von denen es 37 gab: Im Vergleich zu 2020 (26 Vorfälle) bedeutet dies einen Anstieg um 42 Prozent, davon wurde keiner als Gewalttat eingestuft.

»Gegen sexuelle Orientierung« dokumentierte die Polizei im Jahr 2021 insgesamt elf Vorfälle (2020: 2), darunter eine Gewalttat (2020: 2). Seit Januar 2020 wird Hasskriminalität zusätzlich in der neuen Kategorie »gegen das Geschlecht/sexuelle Identität« erfasst, für das Jahr 2021 wurden hier drei Vorfälle dokumentiert, von denen einer gewalttätig war (Vergleichsdaten aus den Vorjahren liegen nicht vor).

Die PMK wird staatlich nach der Ideologie der Täter*innen als »rechts«, »links«, »ausländische Ideologie«, »religiöse Ideologie« bzw. »nicht zuzuordnen« klassifiziert. Bei aller sehr berechtigten Kritik an diesem Schema (siehe Lang 2014) wird deutlich: Die weit überwiegende Mehrheit der Täter*innen steht politisch rechts. Täter*innen mit einer »rechten Ideologie« sind für 95 Prozent aller Vorfälle (792 von 831 Straftaten) und für 93 Prozent aller Gewalttaten (108 von 116 Gewalttaten) im Jahr 2021 verantwortlich.

Im Vergleich dazu sind im Jahr 2021 für Thüringen keine aus »linker Ideologie« oder »ausländischer Ideologie« motivierten Vorfälle dokumentiert (0 Vorfälle). In der Kategorie »religiöse Ideologie« wurden 2021 zwölf Vorfälle (1,4 % der 831 Gesamtvorfälle) und keine Gewalttaten dokumentiert. Auf die Restkategorie »nicht zuzuordnen« entfielen 21 Vorfälle (2,5 % der 831 Gesamtvorfälle), darunter acht Gewalttaten (7 % aller dokumentierten Gewalttaten 2021).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten: Die dokumentierten vorurteilsmotivierten Straftaten sind auch im Jahr 2021 erneut leicht

PMK	gesamt					rechts					links					ausländische Ideologie					religiöse Ideologie					nicht zuzuordnen				
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021		
Hasskriminalität gesamt	405	666	782	831	371	642	753	792	3	7	6	0	5	2	2	2	0	2	8	8	12	24	7	13	21					
davon Gewalttaten	49	74	96	116	45	71	94	108	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	3	0	0	1	0	2	8					
fremdenfeindl. Straftaten	264	325	368	385	246	313	354	371	1	3	3	0	2	1	1	1	0	2	5	4	6	13	3	6	8					
davon Gewalttaten	39	35	47	54	37	34	46	51	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	3					
antisemitische Straftaten	67	93	116	132	65	90	113	129	1	2	1	0	1	0	0	0	0	0	1	2	2	0	0	1	3					
davon Gewalttaten	4	1	2	5	4	1	2	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				
rassistische Straftaten	34	39	61	52	32	37	60	51	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	0				
davon Gewalttaten	5	9	3	12	4	9	3	12	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				
islamfeindliche Straftaten	28	27	26	27	27	26	26	37	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0				
davon Gewalttaten	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				
christenfeindl. Straftaten	9	4	4	2	0	0	1	0	1	1	2	0	0	0	0	0	0	0	2	1	2	8	1	0	0	0				
davon Gewalttaten	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0				
gg. sexuelle Orientierung gerichtete Straftaten	1	5	2	11	1	4	20	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	5					
davon Gewalttaten	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				
gg. das Geschlecht/ die sexuelle Identität				3				2																						
davon Gewalttaten				1				0																						
gg. sonst. ethn. Zugehörigkeit gerichtete Straftaten	2	0	1	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	0					
davon Gewalttaten	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0					
ausländerfeindl. Straftaten*	-	169	189	-	169	188	188	-	0	0	0	0	-	0	1	0	-	0	0	0	-	0	0	0	0	0				
davon Gewalttaten	-	26	41	41	-	26	41	40	-	0	0	0	-	0	0	0	-	0	0	0	-	0	0	0	0	0				
deutscheindl. Straftaten*	-	2	6	5	-	1	0	0	-	0	0	0	-	0	0	0	-	0	0	0	-	0	0	1	5	0				
davon Gewalttaten	-	0	1	2	-	0	0	0	-	0	0	0	-	0	0	0	-	0	0	0	-	0	0	1	0	0				
antiziganistische Straftaten	0	1	6	6	0	1	6	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				
davon Gewalttaten	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				
gg. Behinderung gerichtete Straftaten	0	1	3	1	0	1	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				
davon Gewalttaten	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0				

angestiegen. Dabei sind »fremden- und ausländerfeindliche«, anti-semitische, rassistische sowie gegen sexuelle Orientierung bzw. Identität gerichtete Motive für fast alle Vorfälle verantwortlich. Auch die Gewalttaten werden häufiger und sind im Gros den gleichen Vorurteilsmotiven zuzuordnen. Die Täter*innen handelten in über 90 Prozent der Fälle aus einer rechten Ideologie, dies betrifft auch die Gewalttaten.

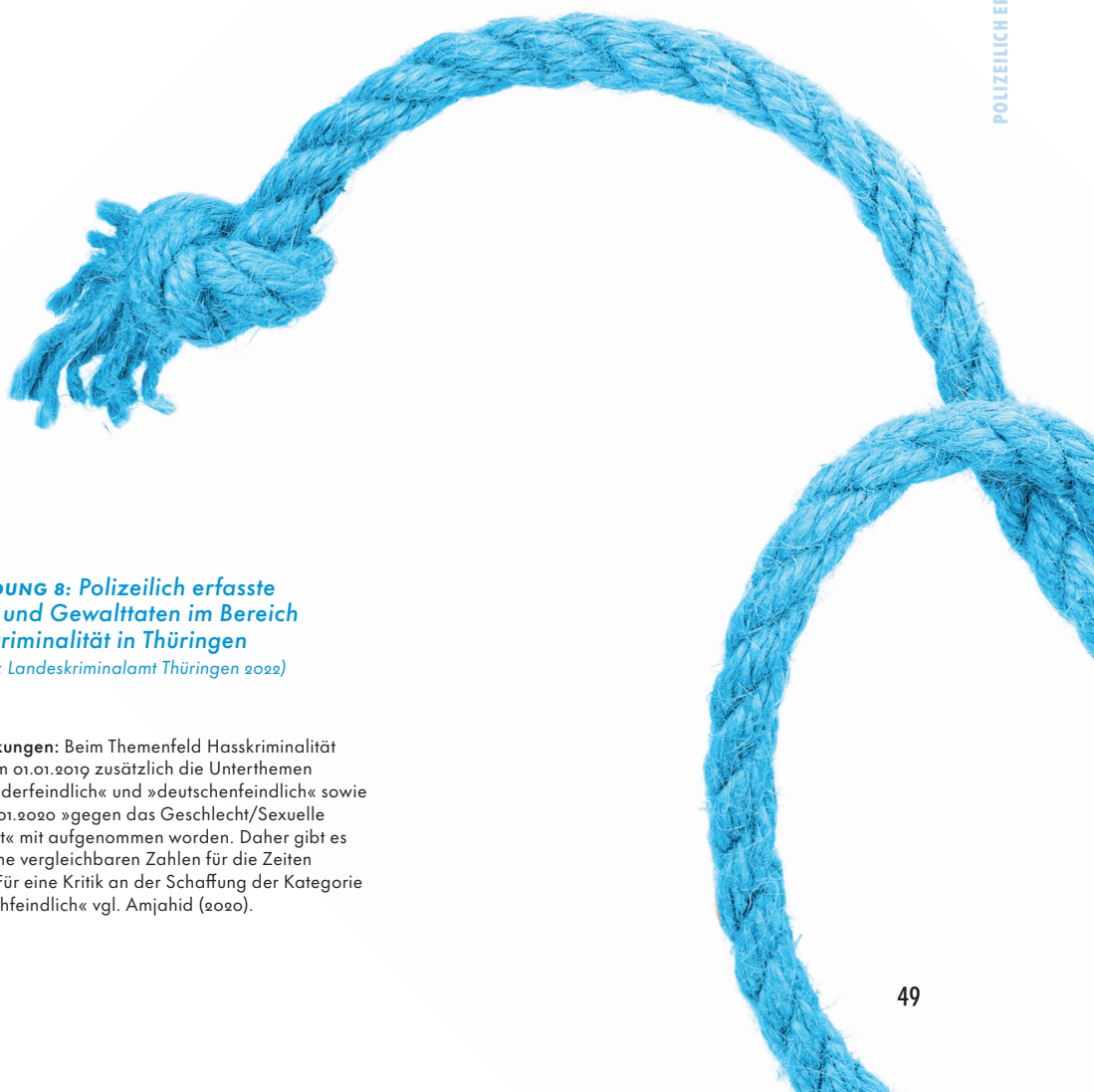


ABBILDUNG 8: Polizeilich erfasste Straf- und Gewalttaten im Bereich Hasskriminalität in Thüringen

(Quelle: Landeskriminalamt Thüringen 2022)

Anmerkungen: Beim Themenfeld Hasskriminalität sind zum 01.01.2019 zusätzlich die Unterthemen »ausländerfeindlich« und »deutschenfeindlich« sowie zum 01.01.2020 »gegen das Geschlecht/Sexuelle Identität« mit aufgenommen worden. Daher gibt es hier keine vergleichbaren Zahlen für die Zeiten davor. Für eine Kritik an der Schaffung der Kategorie »deutschfeindlich« vgl. Amjahid (2020).

LITERATUR

- Amjahid, Mohamed (2020):** Kriminalitätsstatistik: Die neue »Deutschfeindlichkeit«.
Online: www.spiegel.de/politik/deutschland/kriminalitaet-deutschfeindliche-straf-taten-was-steckt-dahinter-a-541ae885-7724-4df6-b128-c03a5e37e069 [13.03.2023].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (2022):** Übersicht »Hasskriminalität« Entwicklung der Fallzahlen 2001–2021. Online: www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/pmk2021-fallzahlen-hasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [13.03.2023].
- Bundeskriminalamt (o. J.):** Politisch motivierte Kriminalität. Online: www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/pmk_node.html [11.03.2023].
- Bundeskriminalamt (2022):** PMK 2021 – Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021. Online: www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2021PMKFallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [13.03.2023].
- European Commission against Racism and Intolerance (2017):** Ecri conclusions on the implementation of the recommendations in respect of Germany subject to interim follow-up. Online: www.refworld.org/docid/58c67b3a4.html [13.03.2023].
- Feldmann, Dorina/Kopke, Christoph/Schultz, Gebhard (2016):** Todesopfer rechts-extremer und rassistischer Gewalt in Brandenburg (1990–2008). Zur Problematik der statistischen Erfassung politisch motivierter Kriminalität. In: Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußbecker, Nicole/Schmidtke, Franziska [Hrsg]: Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Springer VS: Wiesbaden, S. 341–358.
- Groß, Eva/Dreißigacker, Arne/Riesner, Lars (2018):** Viktimisierung durch Hasskriminalität: Eine erste repräsentative Erfassung des Dunkelfeldes in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein. Online: www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD4/Text_Gro%C3%9F_Drei%C3%9Figacker_Riesner.pdf [11.03.2023].
- Kleffner, Heike (2018):** Die Reform der PMK-Definition und die anhaltenden Erfassungslücken zum Ausmaß rechter Gewalt. Online: www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD4/Text_Kleffner.pdf [11.03.2023].
- Lang, Kati (2014):** Vorurteilskriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte. Nomos: Baden-Baden.

ANFEINDUNGEN GEGEN KOMMUNALPOLITISCHE AMTSTRÄGER*INNEN UND BESCHÄFTIGTE IN DER KOMMUNALVERWALTUNG IN THÜRINGEN

Viktoria Kamuf, Marc Blüml, Janine
Dieckmann und Axel Salheiser⁹

Einleitung

Bedrohungen, Einschüchterungsversuche und Angriffe auf Kommunalpolitiker*innen sind in jüngster Vergangenheit zunehmend ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Das IDZ hat im Sommer 2022 die erste Befragung in Thüringen zu den Erfahrungen mit Anfeindungen in der Kommunalpolitik durchgeführt. Im Fokus standen Art und Häufigkeit erlebter Anfeindungen und die Reaktionen von Betroffenen. In die Befragung wurden nicht nur Kommunalpolitiker*innen, sondern explizit auch Beschäftigte in den Kommunalverwaltungen mit einbezogen. Die Ergebnisse zeigen: Vor allem verbale und schriftliche Beleidigungen und Bedrohungen gehören für viele Amtsträger*innen und Verwaltungsangestellte zum Arbeitsalltag. Seit Beginn der Corona-Pandemie wird zudem eine Erhöhung der Häufigkeit bei Anfeindungen beobachtet. Viele Befragte wünschen sich folglich eine effektivere Strafverfolgung und bessere Beratungsangebote.

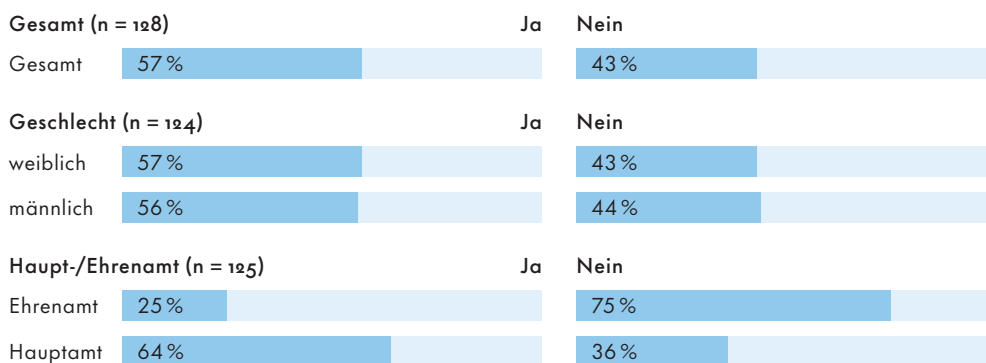
⁹ Dies ist eine Kurzversion des Beitrags Kamuf et al. (2022), der im Band 12 der IDZ-Schriftenreihe »Wissen schafft Demokratie« (Schwerpunkt: Demokratie unter Druck) erschienen ist. Wir danken Julia Dresselhaus und Lukas Wittmann für ihre Unterstützung bei der Durchführung der Studie sowie allen Teilnehmer*innen für das Teilen ihrer Erfahrungen.

Die Studie basiert auf einer standardisierten Onlinebefragung. Der Fragebogen wurde in Anknüpfung an die Ergebnisse der Studien von Bannenberg et al. (2021) und *forsa* (2021) konzipiert, mit einigen Fragen ergänzt und an die Landkreise, Städte und Gemeinden Thüringens versendet. An der anonymen Befragung nahmen 129 Personen teil. Die Mehrheit der Teilnehmenden ist männlich (63 %) und hauptamtlich tätig (78 %). 71 Teilnehmende sind haupt- und ehrenamtliche kommunalpolitische Amtsträger*innen (z. B. Bürgermeister*innen, Landrät*innen; 55 %), 57 Teilnehmende sind Beschäftigte in den Kommunalverwaltungen (z. B. Amtsleiter*innen, Sachbearbeiter*innen; 44 %).¹⁰ Es nahmen Personen aus allen Gemeindegrößen teil, von Orten mit unter 1000 bis hin zu Städten mit über 100 000 Einwohner*innen.

ABBILDUNG 9: Anfeindungs- und Angriffserfahrungen¹¹

(Quelle: IDZ)

Haben Sie persönlich im Zusammenhang mit Ihrer Arbeit in den letzten fünf Jahren Anfeindungen oder Angriffe erlebt? (z. B. Beleidigungen per E-Mail, Bedrohungen, körperliche Gewalt, Sachbeschädigung/Vandalismus, ...)



Werden Anfeindungen erlebt und wenn ja, in welcher Form?

In der Onlinebefragung gaben 73 der 129 Studienteilnehmenden an, in den letzten fünf Jahren Anfeindungen erlebt zu haben (siehe *Abbildung 9*). Über die Hälfte der Befragten (57 %) hat bereits Erfahrungen mit Beleidigungen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen oder sogar körperlicher Gewalt in Zusammenhang mit ihrer Arbeit gemacht.

¹⁰ Eine Person hat keine Funktion angegeben.

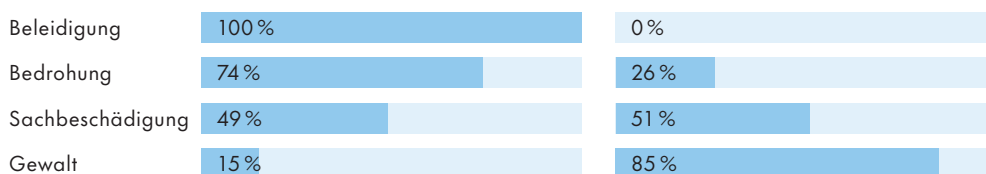
¹¹ Nicht alle Fragen wurden von allen Studienteilnehmenden beantwortet, und es gab immer die Möglichkeit, »Keine Angabe« anzuklicken. Daraus ergeben sich unterschiedliche Gesamtzahlen (n) der Antworten für die verschiedenen Fragen (siehe unterschiedliche n in Abbildungen).

Besonders betroffen sind hauptamtlich Beschäftigte. Zudem gibt es Unterschiede nach Gemeindegröße: So erleben deutlich mehr Befragte aus Groß- und Mittelstädten Anfeindungen als Personen, die in kleineren Städten arbeiten. Kein Unterschied zeigt sich hingegen in Bezug auf das Geschlecht der Befragten.

Die am häufigsten erlebte Form der Anfeindung sind verbale oder schriftliche Beleidigungen (siehe *Abbildung 10*). Alle 73 betroffenen Personen geben an, dass sie schon mindestens einmal über einen der abgefragten Wege (E-Mail, Brief, Telefon, digitale Netzwerke, persönlich) beleidigt wurden. Am zweithäufigsten werden Bedrohungen erlebt, gefolgt von Sachbeschädigungen von Arbeits- oder Privateigentum. 15 Prozent der Betroffenen geben an, körperlich angegriffen worden zu sein.

ABBILDUNG 10: Anfeindungs- oder Angriffserfahrungen unter den Betroffenen nach Art (Quelle: IDZ)

Haben Sie die folgenden Anfeindungen im Zusammenhang mit Ihrer Arbeit in den letzten 5 Jahren erlebt? (Mehrfachnennung möglich; n = 73)



Die Befragten wurden gebeten, konkrete Situationen zu beschreiben, die sie erlebt hatten. Besonders oft werden dabei E-Mails und Briefe mit beleidigenden und/oder bedrohenden Inhalten beschrieben, die von verschiedenen Studienteilnehmenden als »Alltag« wahrgenommen werden. Darüber hinaus berichten einzelne Befragte von Sachbeschädigungen, z. B. »Unterhaltsschuldner, die bei Vorsprachen im Büro Mobiliar umherwerfen«. Weiterhin erleben vor allem Personen, die in der Eingriffsverwaltung arbeiten, also häufig Kontrollen bei Betrieben und Privathaushalten vor Ort durchführen (z. B. Tierschutz, Lebensmittelüberwachung), immer wieder auch (versuchte) Handgreiflichkeiten oder Angriffe mit Gegenständen oder Waffen.

Über die Hälfte der Befragten (61 %, n = 124) berichtet zudem, dass sie in den letzten fünf Jahren mindestens einmal Anfeindungen gegenüber Arbeitskolleg*innen mitbekommen hat. Darunter finden sich alle oben bereits beschriebenen Anfeindungsarten. Deutlich weniger,

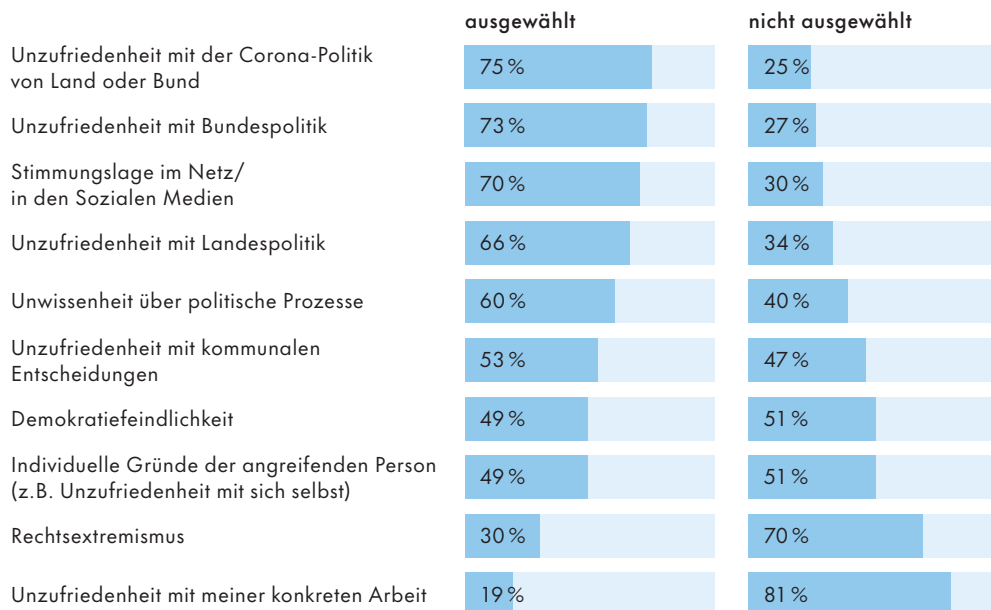
aber immerhin neun Studienteilnehmende schildern, dass sich die Anfeindungen auch auf ihr Privatumfeld ausweiten. So werden beispielsweise Familienmitglieder in der Öffentlichkeit beleidigend auf die Tätigkeit der Befragten angesprochen.

Ungefähr ein Drittel (30 %) aller Befragten benennt persönliche Beleidigungen, Anfeindungen und Angriffe als eine Herausforderung. Dabei nehmen weibliche Befragte Anfeindungen häufiger (36 %) als Problem in der Ausübung ihrer Arbeit wahr als ihre männlichen Kollegen (25 %).

ABBILDUNG 11: Vermutete Motive hinter den Anfeindungen

(Quelle: IDZ)

Welche konkreten Motive lassen sich Ihrer Meinung nach den persönlichen Anfeindungen gegen Sie zuordnen? (Mehrfachnennung möglich; n = 73)



Motive, Anlässe und Verursacher*innen von Anfeindungen

Betroffene nehmen multiple und vielfältige Motive hinter den erlebten Angriffen wahr (siehe *Abbildung 11*). Besonders auffällig ist, dass die Unzufriedenheit mit Entscheidungen und Maßnahmen auf höheren politischen Ebenen (Landes- und Bundesebene), insbesondere im Kon-

text der Corona-Pandemie, am häufigsten als Motiv vermutet wird. Im Gegensatz dazu wird die Unzufriedenheit mit der konkreten Arbeit der angefeindeten Person nur selten von den Befragten angegeben.

In den Situationsbeschreibungen der Teilnehmenden zeigt sich, dass die meisten Anfeindungen (soweit nachvollziehbar) nicht aus organisierten politischen bzw. interessengeleiteten Gruppen kommen. Viele Anfeindungen finden vielmehr im Kontext von alltäglichen Kontrollen und Maßnahmen (z. B. Verkehrsüberwachung, Tierschutz) statt. In Bezug auf organisierte politische bzw. interessengeleitete Gruppen werden insbesondere die sogenannten »Reichsbürger*innen« (vgl. Rathje 2021), die auch der Kommunalpolitik und -verwaltung ihre Legitimität absprechen, neunmal explizit genannt. Die Befragten berichten von gezielten und in großer Häufung verschickten schriftlichen und verbalen Drohungen und Nötigungen.

In einem weiteren Fall beschreibt eine Person, wie sie und ein Mitarbeiter »[im] Rahmen der persönlichen Zustellung einer Nutzungsuntersagung für ein beabsichtigtes Rechtsrockkonzert [...] verbal bedroht [wurden] mit Konsequenzen angesichts des behördlichen Tuns«. Eine andere Person berichtet von einem antisemitischen Vorfall während einer Demonstration: »Als kurz nach Beginn des russisch/ukrainischen Krieges das Rathaus in ukrainischen Farben angeleuchtet wurde, wurde ich von Demonstranten vorm Rathaus als ›Zionistenschwein‹ beschimpft.« Auch wenn diese zwei Beispiele in unserer Befragung Einzelfälle darstellen, zeigen sie doch die Bedrohungslage, der Verwaltungsangestellte und Kommunalpolitiker*innen bei Positionierungen gegen antidemokratische Kräfte ausgesetzt sind.

In unserer Befragung berichtet über die Hälfte der Befragten, die Anfeindungen erlebt haben, von einer Zunahme an Anfeindungen seit Beginn der Corona-Pandemie. Vor allem diejenigen beobachten eine Zunahme, die »Unzufriedenheit mit der Corona-Politik« als Motiv hinter den Anfeindungen vermuten.

Auswirkungen von und Umgang mit Anfeindungen

Die beschriebenen Anfeindungen wirken sich bei vielen Studienteilnehmenden negativ auf ihr Arbeits- und Privatleben aus. Von den 73 Befragten, die selbst Anfeindungen erlebt haben, geben 41 Prozent an, dass sie diese Erfahrung im Kontext ihrer Arbeit »eher belastend« bis »sehr belastend« empfinden. Auch auf das Privatleben wirken sich die Anfeindungen bei fast einem Drittel der Betroffenen belastend aus. Viele ergreifen deswegen nicht nur Maßnahmen wie polizeiliche Anzeigen, sondern schränken z. B. ihre Social-Media-Aktivitäten ein.

13 Prozent der Betroffenen fühlen sich infolge der Anfeindungen in der Weiterführung ihres Amtes eingeschränkt. Eine Person schreibt konkret von der »Überlegung zur Beendigung der Tätigkeit nach Ablauf der Amt- bzw. Wahlperiode [sic!]«. Andererseits sieht sich ein Viertel der von Anfeindungen Betroffenen durch ihre Erfahrungen bestärkt darin, ihre Arbeit weiterzuführen.

Allgemein schätzen fast zwei Drittel aller Befragten die Sicherheitslage in ihrem Arbeitsumfeld als »sicher« bis »sehr sicher« ein, doch 30 Prozent nehmen die Sicherheitslage als nur »teils sicher/teils unsicher« wahr. Dabei fällt auf, dass weibliche Befragte ihr Arbeitsumfeld seltener als sicher einschätzen als männliche Befragte.

Fazit

Die hier dargestellten Ergebnisse zu Anfeindungen und Angriffen auf Kommunalpolitiker*innen und Angestellte der Kommunalverwaltung in Thüringen zeigen: Diese Anfeindungen finden auch in Thüringen statt und können eine reale Herausforderung und Gefahr für Personen in diesen Ämtern darstellen. Ein zentraler Befund ist, dass Anfeindungen überwiegend in Form von verbalen und schriftlichen Beleidigungen stattfinden. Gleichwohl kommt es auch in Thüringen zu gewaltvollen körperlichen Angriffen und anderen Straftaten gegenüber den befragten Zielgruppen im Kontext ihrer Arbeit.

Auffällig ist: Nur sehr wenige der Betroffenen haben professionelle Melde- oder Beratungsstellen kontaktiert. Zudem gibt über die Hälfte aller Befragten an, keine Unterstützungsangebote im eigenen Arbeitsumfeld zu kennen. Dies zeigt, dass bestehende Angebote noch stärker in Kommunalpolitik und -verwaltung beworben werden müssten. Entsprechend wünschen sich die Befragten zur Unterstützung für sich selbst und Kolleg*innen vor allem Beratungsangebote und Ansprechpersonen zum juristischen Beistand (59 %) und innerhalb der eigenen Behörde (48 %). Weiterhin werden präventive Maßnahmen befürwortet, etwa Weiterbildungsangebote (40 %) und Sicherheitsschulungen (29 %). Auch die persönliche Unterstützung unter Kolleg*innen ist für viele Befragte wichtig: Sie wünschen sich Austausch mit anderen betroffenen Kolleg*innen (24 %) und mehr Rückhalt durch Vorgesetzte (22 %).

Über den direkten Arbeitskontext hinaus werden zur Verbesserung der Sicherheit am häufigsten Maßnahmen im Bereich der Strafverfolgung genannt: eine konsequentere Strafverfolgung von Beleidigungen

und Bedrohungen im Internet (84 %), die Meldepflicht solcher Inhalte für Betreiber*innen Sozialer Netzwerke (59 %) sowie eine bessere personelle Ausstattung der staatlichen Ermittlungsbehörden zur Verfolgung jener Straftaten (57 %). Jede*r Zweite (52 %) befürwortet die »Erweiterung des strafrechtlichen Schutzes vor Verleumdung von Personen des politischen Lebens«, 47 Prozent eine Verschärfung des Strafrechts – Forderungen, die von der Politik auf Bundes- und Landesebene ernst genommen werden müssen. 42 Prozent der Befragungsteilnehmer*innen wünschen sich mehr politische Aufmerksamkeit für das Problem.

Angesichts der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung ist davon auszugehen, dass das Problem der Anfeindungen in Kommunalpolitik und -verwaltung in Thüringen und anderswo auch in Zukunft virulent bleibt. Betroffene und gefährdete Amtsträger*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen sollten Ermutigung und Unterstützung finden, die über bereits existente Kampagnen wie »Stark im Amt« hinausgehen: Neben Kommunalpolitiker*innen sollten Verwaltungsmitarbeiter*innen, die bei der Umsetzung von politischen Maßnahmen ebenfalls direkt im Kontakt mit Bürger*innen in der Kommune stehen, stärker in den Fokus genommen werden. Nicht zuletzt braucht es demokratische Räume und Formate für Partizipation und Austausch, um den Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Politik zu stärken.

LITERATUR

- Bannenberg, Britta/Pfeiffer, Tim/Erb, Dominik (2021):** Gewalt gegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Hessen. Online: www.uni-giessen.de/fbz/fb01/professuren-forschung/professuren/bannenberg/forschung/Amtstraeger/Bannenberg-PfeifferErbGewaltgegenBrgermeisterinnenundBrgermeisterinHessen.pdf [08.03.2023].
- forsa (2021):** Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen. Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister/innen in Deutschland. Online: www.stark-im-amt.de/fileadmin/user_upload/Startseite/Umfrage_Hass_und_Gewalt_gegen_Kommunalpolitiker.pdf [08.03.2023].
- Kamuf, Viktoria/Blüml, Marc/Dieckmann, Janine/Salheiser, Axel (2022):** Anfeindungen gegen kommunalpolitische Amtsträger*innen und Beschäftigte in der Kommunalverwaltung: Ergebnisse einer Befragung in Thüringen. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck, Band 12. Jena, S. 18–33.
- Rathje, Jan (2021):** »Reichsbürger« und Souveränismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 71, Heft 35–36, S. 34–40.

DIE SITUATION VON SINTIZZE* UND ROMNJA* IN THÜRINGEN

Toni Rachholz

ROMNOKHER THÜRINGEN E.V.: *Der Landesverband der Sinti und Roma ist ein gemeinnütziger Verein, der sich im Juni 2017 aus mehreren Initiativen gegründet hat und sich als Vertretung der Sinti und Roma in Thüringen versteht. RomnoKher will Vorurteile und Ressentiments bei Thüringerinnen* abbauen und Sintizze*¹² und Romnja* einen Ort der Selbstorganisation bieten. Dem Verein wurde der Thüringer Integrationspreis 2018 sowie der Leuchtturm 2022 verliehen.*

Einleitung

Dass das »von der Bürgerrechtsbewegung der deutschen Sinti und Roma eingeführte Wortpaar »Sinti und Roma« als politische Selbstbezeichnung [...] im hegemonialen Diskurs in das erfahrungslose Klischeewort »Sintiundroma« verkehrt worden« (Stender 2016: 2) ist, wird unmittelbar einsichtig anhand empirischer Forschungen. In einer Pressemitteilung der KPI Märkischer Kreis liest man folgende:

.....
»TÄTERBESCHREIBUNG [...]: *Beide Frauen sahen aus wie Sinti. 1.: blonde glatte Haare, war etwa 20 bis 30 Jahre alt, trug eine Hose. [...] Sie war etwa 165 cm groß. Das Gesicht war eher länglich. 2.: schwarze lockige schulterlange Haare, sie war etwa zwischen 35–40 Jahre, dunkeler [sic!] Hauttyp, breites Gesicht.« (End 2017: 32)*
.....

Bemerkenswert ist hieran nicht nur die Verwendung der politisch korrekten Selbstbezeichnung, sondern auch die gegensätzliche Zuschreibung dessen, was als »typisches« Aussehen von Sintizze* bezeichnet wird. So verbindet ein Bewusstsein, das sein Urteil über die Realität

¹² Aus Gründen der Bequemlichkeit und besseren Lesbarkeit verwende ich das generische Femininum mit Kennzeichnung möglicher anderer Geschlechtlichkeit durch das Sternchen.

vor der Erfahrung gefällt hat, die Selbstbezeichnung mit rassistischer Zuschreibung und zieht sie damit ins Feld der Fremdbezeichnung. Wer Antiziganismus entgegenzutreten möchte, sollte daher nicht bloß politisch korrekte Worte wiederholen, sondern stereotypisierende Denkweisen hinterfragen, an der Realität messen und aufklären.

Rassistische Diskriminierung von Sintizze* und Romnja*

Antiziganistische Diskriminierung existiert in Thüringen auf allen Ebenen: Sie reicht von individuellen Anfeindungen bis hin zu institutioneller Diskriminierung. Um deren Ausdrucksformen angemessen wiedergeben zu können, muss differenziert werden, wer genau diskriminiert wird: Grob kann unterschieden werden zwischen der Diskriminierung (deutscher) Sintizze* und Romnja*; Romnja*, die im Zuge der EU-Ost-Erweiterung in die BRD migrieren; geflüchteter Romnja* aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten und geflüchteter Romnja* aus anderen Staaten. Aus Platzgründen beschränke ich mich auf rassistische Vorfälle von aus der EU migrierenden und geflüchteten Romnja* aus der Ukraine:

Romnja* aus EU-Mitgliedsstaaten

Romnja* aus der EU sind im Rahmen der EU-Freizügigkeitsgesetzgebung nach Artikel 18 der AEUV den Staatsbürger*innen des Migrationsstaates gleichgestellt. Dass diese gute Absicht den sprichwörtlichen Weg zur Hölle pflastert, wird an institutioneller Diskriminierung sowie der Benachteiligung durch privatwirtschaftliche Unternehmen augenscheinlich.

So wurde im Jahr 2019 gesetzlich geregelt, dass EU-Bürger*innen beim Bezug von Kindergeld einer Sperrfrist von drei Monaten unterliegen. Das Gesetz trägt den Titel »Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch« und bedient damit die aus der Alltagssprache stammende rassistische Vorstellung, Romnja* migrierten in die BRD, um unrechtmäßig am hiesigen Wohlstand teilzuhaben. Das Finanzgericht Bremen hat mittlerweile in Abstimmung mit dem EuGH die Rechtswidrigkeit der Regelung festgestellt, da diese gegen o.g. Gleichstellungsartikel verstoße. Die Praxis der Familienkasse hat sich bisher nicht zugunsten der Migrant*innen entwickelt.

Ähnlich verfährt das Jobcenter: Wer unfreiwillig seine Erwerbsarbeit verloren und keinen Anspruch auf ALG I hat, erhält nach §2 Abs. 1a

FreizügG/EU für ein halbes Jahr Hartz IV¹³ zur Arbeitssuche, aber »darüber hinaus nur, solange sie nachweisen können, dass sie weiterhin Arbeit suchen und begründete Aussicht haben, eingestellt zu werden«. Die AVV zum FreizügG/EU zählt unter 2.2.1.1 eine große Breite an Möglichkeiten auf, die Arbeitnehmer*innen-Eigenschaft durch die »begründete Aussicht, eingestellt zu werden« nachzuweisen. Faktisch entziehen Jobcenter jedoch die Leistungen mit dem Ablauf der Sechsmonatsfrist. Eine Gesamtschau der Umstände findet i. d. R. nicht statt. Daneben werden (unqualifizierte) Arbeitnehmer*innen von Arbeitgeber*innen schlichtweg betrogen. So scheint es Usus insbesondere von Leiharbeitsfirmen zu sein, Beschäftigten bei schlechter Auftragslage einen Aufhebungsvertrag vorzulegen. Durch sprachliches Unverständnis und in der Drucksituation am Schreibtisch der Personalleiter*in wird dieser oftmals unterschrieben. Damit aber verfällt der Anspruch auf jedwedes ALG für bis zu zwölf Wochen. Zwar ist es nach dem Gebot des fairen Verhandeln¹⁴ nicht erlaubt, unter o.g. Bedingungen Aufhebungsverträge zu schließen. Die Praxis ist aber bereits Gewohnheit und kann nicht nur durch wirtschaftlichen Vorteil, sondern muss z.T. auch als Ausdruck rassistischer Motive erklärt werden.

Geflüchtete Romnja aus anderen Staaten*

Die Erfahrung zeigt, dass geflüchtete Romnja* in der Regel schlechter behandelt werden als geflüchtete Nicht-Romnja* (aus demselben Staat). Sie haben den Nachteil, aufgrund ihrer sozial produzierten Depravierung in vielerlei Hinsichten mit Hindernissen konfrontiert zu sein, die andere Geflüchtete nicht überwinden müssen. So sind beispielsweise kaum Übersetzer*innen für die Dialekte der Sprache Romanes¹⁵ verfügbar, die teilweise als einzige Sprache gesprochen wird.

Drei Fallbeispiele

Im Alltag begegnet migrierten Romnja* regelmäßig Antiziganismus. So muss sich eine Familie, die *RomnoKher* begleitet, ständig antiziganistischen Angriffen ihrer Mitmieter*innen erwehren. *RomnoKher* hat die Korrespondenz mit der Hausverwaltung, die die Belange der Wohnungseigentümer*innen an die Familie vermittelt, dokumentiert.

¹³ Ich habe mich dazu entschieden, die Begrifflichkeit beizubehalten, um anzuzeigen, dass mit Wechsel des Wortes zum Namen »Bürgergeld« eine rein ornamentale Veränderung eingetreten ist.

¹⁴ BAG, Urteil vom 07.02.2019, 6 AZR 75/18.

¹⁵ Romanes bezeichnet überordnend die Sprachfamilie der Sintizze* und Romnja*. Das Goethe-Institut spricht von mehr als 100 Dialekten (www.goethe.de/ins/gb/de/kul/mag/20890063.html), die Universität zu Graz zählt 27 Dialekte auf (<http://romani.uni-graz.at/romlex/dialects.xml>).

In einer E-Mail ist die Rede davon, dass »Müll«¹⁶ durch die Familie vom Balkon geworfen werde. Ein angehängenes Foto zeigte ein leeres Netz, das zur Verpackung von Zwiebeln o. ä. genutzt wird und von jedem anderen Balkon, Mülleimer etc. dorthin geweht worden sein könnte. Der Familie wurde außerdem vorgeworfen, ein »Aufnahmелager« zu betreiben, weil sie in ihrem Wohnraum Besuch empfang hatte. Offenbar steht hier die Realität in einer kaum begreifbaren Diskrepanz zur Wahrnehmung. Bei den Anfeindungen kam es auch zu Gewalttätigkeiten: Ein angetrunkenener Anwohner, der sich als Hausmeister ausgab, zog die Bewohnerin aus ihrer Wohnung und zertrte sie durch den Flur. Eine Anzeige bei der Polizei mit Nachweis von Blessuren zeitigte bisher keine Ergebnisse.

Romnja* aus der EU werden besonders in der Erwerbsarbeit benachteiligt. Hierbei ist nicht unerheblich, welche Einstellung die Arbeitgeber*in gegenüber der Arbeitnehmer*in hat. So ist *RomnoKher* ein Fall bekannt, in dem eine bekannte Leiharbeitsfirma aus rassistischen Motiven gegen das Gebot des fairen Verhandeln verstoßen hat. Dementsprechend ist es unerlaubt durch »Ausnutzung [...] unzureichender Sprachkenntnisse« die Zustimmung zum Aufhebungsvertrag zu erschleichen. Neben ökonomischen Erwägungen von Unternehmen können rassistische Motive bei der Ausstellung eines Aufhebungsvertrags eine Rolle spielen. Die zuständige Personalverantwortliche* hat nach Verweis auf o.g. Gebot durch *RomnoKher* deutlich gemacht, dass die ehemalige Arbeitnehmer*in aufgrund »mangelnder Arbeitsmoral« keine Sozialleistungen verdient habe.

Geflüchtete Romnja* aus der Ukraine werden auf institutioneller Ebene in verschiedenen Hinsichten diskriminiert, u. a. durch Politiker*innen in Parlamenten, die hierbei bekanntlich zur Meinungsbildung beitragen, sowie bei der Unterbringung in Sammelunterkünften. Besonders erschreckend ist im Falle der etablierten Politik, wie rasch Alltagsrassismus und entsprechende Phraseologie wie »Roma-Großfamilie« (Andreas Bühl/CDU)¹⁷, »Sozialleistungsmissbrauch« (Matthias Jendricke/SPD)¹⁸ von Mitgliedern demokratischer Parteien sagbar werden. Manifest zeigt sich dabei die Verknüpfung von Alltagsrassismus mit organisiertem Antiziganismus dadurch, dass beispielsweise Thomas Brauner – sogenannter Querdenker – in einem Video geflüchtete Romnja* aus der Ukraine bezichtigte, sich in der BRD als solche bloß

¹⁶ Man beachte die Unbestimmtheit des Wortes, die den Eindruck einer großen Menge an Unrat vermitteln soll.

¹⁷ Vgl. www.belltower.news/soemmerda-antiziganistische-stimmung-gegen-gefluechtete-roma-in-thueringen-141001/ [27.02.2023].

¹⁸ Vgl. <https://web.de/magazine/politik/experte-warnt-passiert-eskaliert-rassistische-gewalt-37430580> [27.02.2023].

auszugeben, um Asylleistungen abzugreifen. Roger Beckamp (MdB/AfD) hat es sich nicht nehmen lassen, nach Sömmerda zu reisen, um angeblichen Problemen mit Romnja* nachzugehen, weil er vermutete, die Anzahl der Romnja* in Sömmerda sei seit der letzten Zählung(?) immens angestiegen und »die Geburtenrate tut wohl ihr Übriges«. ¹⁹

Auch in Sammelunterkünften ist Antiziganismus augenfällig. So wurde *RomnoKher* berichtet, dass kurzfristig angestellte Sozialarbeiter*innen aus der Ukraine Romnja* immer wieder gedrängt hätten, weiterzuziehen, da sie in Deutschland unerwünscht seien und keine Leistungen erhielten. In einer anderen Unterkunft wurde eine Romni* von einer Angestellten der Essensversorger*in brutal zusammengeschlagen – mit der Begründung, die besagte Romni* hätte ihren Hund verspeist. Insgesamt lässt sich sagen, dass Romnja* erst später in Wohnungen vermittelt werden. Hier werden oftmals Gründe angegeben, die sich einer Registratur antiziganistischer Vorurteile entnehmen ließen: Alle Romnja* lebten in Großfamilien und der Mangel an bedarfsgerechten Wohnungen verhindere den Übergang in die Privatwohnung, außerdem fände man keine Vermieter*in, da sich Romnja* nicht an Hygienevorschriften hielten.

Fazit

Antiziganismus ist in Thüringen ein virulentes und jederzeit aktivierbares Ressentiment. Dabei sind nicht nur gesetzliche Regelungen diskriminierend. Oft stehen Wertvorstellungen in einem merkwürdigen inneren Widerspruch, sobald sie auf Sintizze* und Romnja* angewandt werden: Man möchte einem westlichen Wertekanon entsprechen, aber bei Romnja* endet der Kosmopolitismus, wie die geistige Verbrüderung mit Neo-Nazis zeigt. Während Staatsangehörige der BRD berechtigterweise über Inhumanitäten von Jobcenter, Arbeitgeber*in u. a. klagen, sollen Romnja* unter restriktiven gesetzlichen Regelungen Erwerbsarbeit im Billiglohnsektor als Leiharbeiter*innen leisten.

In Thüringen muss Antiziganismus auf allen Ebenen entgegengetreten werden: Ein Land, das zu mehr als 20 Prozent eine Partei wählt, die sich nicht einmal im Landtag bemüßigt, die Eigenbezeichnung der Minderheit der Sintizze* und Romnja* zu verwenden²⁰ und sich im Alltag antiziganistischer Narrative bedient, hat offenbar ein nicht wegzudiskutierendes Antiziganismusproblem.

¹⁹ Vgl. www.youtube.com/watch?v=xSubnGaNQ9M&t, Sekunde 32 [27.02.2023].

²⁰ Siehe die Aktuelle Stunde vom 09.11.2022 im Thüringer Landtag.



LITERATUR

End, Markus (2016): Die Dialektik der Aufklärung als Antiziganismuskritik. Thesen zu einer Kritischen Theorie des Antiziganismus. In: Wolfram Stender [Hrsg.]: Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis. Springer VS: Wiesbaden.

End, Markus (2017): Antiziganistische Ermittlungsansätze in Polizei- und Sicherheitsbehörden. Kurzexpertise von Markus End im Auftrag des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Heidelberg.

Stender, Wolfram (2016): Die Wandlungen des Antiziganismus nach 1945. Zur Einleitung. In: Wolfram Stender [Hrsg.]: Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis. Springer VS: Wiesbaden.

WAS AUF EINMAL ALLES MÖGLICH IST: DIE AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN AUS DER UKRAINE UND DIE MÖGLICH- KEITEN DER DEZENTRALEN UNTERBRINGUNG FÜR ALLE SCHUTZSUCHENDEN

Juliane Kemnitz

2022 kamen mehr als eine Million Schutzsuchende nach Deutschland, vor allem aufgrund des Krieges in der Ukraine. Die Bundesländer sind in der Verantwortung, den schutzsuchenden Menschen eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Das Bundesamt für Migration ist für die Klärung der asylrechtlichen Fragen zuständig. Im Februar/März 2022 erfolgte dabei ein grundlegender Paradigmenwechsel. Zum besseren Verständnis soll im ersten Teil das herkömmliche Verfahren der Aufnahme für Schutzsuchende erläutert und im zweiten Teil die Veränderungen bei der Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine dargestellt werden.

Der Verlust der Selbstbestimmung – das Asylverfahren in Deutschland

Wenn Asylsuchende in Deutschland ankommen, werden sie zunächst nach dem EASY-System²¹ auf die Bundesländer verteilt. Die erste Zeit verbringen sie in den Landesaufnahmestellen eines Bundeslandes. Nach dem Asylgesetz kann diese Verweildauer bis zu 18 Monate betragen und in gesetzlich definierten Fällen auch länger. In Thürin-

²¹ EASY-System: computergestütztes System beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Erstverteilung Asylbegehrender. Für jedes Bundesland bestehen Aufnahmequoten und teilweise Zuständigkeit für bestimmte Herkunftsländer.

gen befinden sich die Landesaufnahmestellen in Suhl und Eisenberg (Außenstelle). Die Aufenthaltsdauer beträgt hier mehrere Wochen und in einigen Fällen auch mehrere Monate. Danach werden die Asylsuchenden den Landkreisen und kreisfreien Städten zugewiesen. Bei der Verteilung und Zuweisung auf die Bundesländer und Landkreise gibt es keinen Rechtsanspruch darauf, dass Wünsche und Bedarfe (Kontakte zu Freund*innen oder Bekannten in Deutschland) der Asylsuchenden berücksichtigt werden. Der Schutz der Kernfamilie muss aber gewährleistet werden.

Nach den gesetzlichen Vorgaben (§ 53 AsylG und § 2 Abs. 4 ThürFlüAG) werden die Geflüchteten in den Landkreisen/kreisfreien Städten in Sammelunterkünften oder Wohnungen untergebracht. Dies ist abhängig vom jeweiligen Landkreis oder der kreisfreien Stadt. Die Sozialämter sind zuständig für die Unterbringung und damit auch für die Anmietung von Wohnraum. Dabei handelt es sich um öffentlich-rechtliche Unterbringung, d. h. die Geflüchteten sind keine Mieter*innen der jeweiligen Wohnungen, sondern »Nutzer*innen«.

Nach der Thüringer Kostenerstattungsverordnung (ThürFlüKEVO) erhalten die Landkreise/kreisfreien Städte vom Land pro aufgenommener geflüchteter Person und Monat Pauschalen für die Unterbringung, für soziale Leistungen und Sozialbetreuung sowie Gelder für den Wachschatz. Kosten für die medizinischen Leistungen werden im Rahmen der Gesundheitskarte finanziert. Laut der Thüringer Gusvo gelten als Mindestwohnfläche für Flüchtlinge sechs Quadratmeter pro Person. Das heißt, in einem 24 Quadratmeter großen Zimmer in einer Gemeinschaftsunterkunft dürften vier Personen auch über lange Zeit untergebracht werden. Toiletten, Duschen und Küche werden zumeist von vielen geteilt. Für je acht Personen sollten ein Herd und eine Dusche vorhanden sein. Wie viele Herde und Duschen sich in einem Raum befinden, ist nicht geregelt.

Inwieweit bei Sammelunterkünften und anderen Unterbringungen die Privatheit gewährt ist und entsprechend der grundrechtliche Schutz der Wohnung (Art. 13 GG) greift, beleuchtet eine Analyse des *Deutschen Instituts für Menschenrechte* vom Oktober 2018.²²

Der Wohnort und die Art der Unterbringung werden Geflüchteten im Asylverfahren oder mit Duldung ohne eigenes Mitspracherecht zugewiesen. In Sammelunterkünften sind Privatsphäre oder Rückzugs-

²² Cremer, Hendrik/Engelmann, Claudia (2018): Analyse Hausordnungen menschenrechtskonform gestalten. Das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Deutsches Institut für Menschenrechte: Berlin.

möglichkeiten selten bzw. ausgeschlossen. Es befinden sich mehrere der Sammelunterkünfte Thüringens in Stadtrandlage oder kleineren Orten mit unzureichender Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr oder Versorgungsstrukturen. Einige Geflüchtete müssen abgeschottet von der Gesellschaft, räumlich sehr beengt und ohne eine Möglichkeit zur Betätigung einen tristen Alltag leben. Solche Bedingungen fördern psychische und physische Erkrankungen oder führen dazu, dass Erkrankte nicht genesen können. Zudem bieten Sammelunterkünfte einen Angriffspunkt für rassistische Stimmungsmache und Übergriffe (siehe den Beitrag von *RomnoKher*).

Viele dieser Probleme können mit einer Unterbringung in Wohnungen in Orten mit guter Erreichbarkeit und Infrastruktur (Ärzt*innen, Einkaufs-, Freizeit-, Bildungsmöglichkeiten, Beratungsangebote) gelöst werden oder entstehen in dem Fall erst gar nicht.

Was passierte im Februar/März 2022 mit der Ankunft der ersten Geflüchteten aus der Ukraine?

Am 24. Februar 2022 löste der Überfall der russischen Armee auf die Ukraine eine massenhafte Fluchtbewegung aus. Innerhalb kürzester Zeit verließen Millionen Menschen die Ukraine und fanden Zuflucht in zahlreichen europäischen Staaten. Der in Fragen des Asylrechts sonst so zerstrittene *Europäische Rat* konnte sich innerhalb von zwei Wochen entschließen, den »EU-Massenzustrom-Mechanismus« nach Richtlinie 2001/55/EG in Kraft treten zu lassen. Der aufenthaltsrechtliche Status von geflüchteten Menschen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft bzw. das Recht zur dauerhaften Niederlassung in der Ukraine wurden somit unmittelbar geklärt. Infolge der gewaltsamen Niederschlagung des Arabischen Frühlings und der Ausbreitung des is kam es 2015 bereits zu einer massiven Fluchtbewegung. Die Möglichkeit der Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie wurde auch damals erwogen, scheiterte aber am Veto einzelner EU-Mitgliedsländer. Der herkömmliche Aufnahme- und Verteilprozess in Deutschland (wie im ersten Teil beschrieben) wurde damals beibehalten.

Zunächst konnten sich die flüchtenden Menschen aus der Ukraine frei bewegen und niederlassen, privater Wohnraum wurde zur Verfügung gestellt und es entstand eine deutschlandweite Vermittlungsplattform für Wohnmöglichkeiten. Im Verlauf der Fluchtbewegung nutzten die staatlichen Stellen die Möglichkeit der Zuweisung in bestimmte Bundesländer und Kommunen, um bestehende Kapazitäten deutschlandweit zu nutzen. In Thüringen konnten sich Geflüchtete aus der

Ukraine in den Kommunen bei der jeweiligen Ausländerbehörde oder Sozialleistungsbehörde anmelden und wurden so registriert. Die Landkreise richteten Unterkunftsvermittlungen und Spendenannahmestellen ein – explizit nur für Geflüchtete aus der Ukraine. Die Solidarität war überwältigend. Schnell war klar, dass die private Wohnsitznahme bei Freund*innen und Bekannten möglich ist, und die Kommunen beabsichtigten, dies mit einer Pauschale zu unterstützen. Während Erfurt noch an der Umsetzung arbeitete, stellte etwa das Weimarer Land bereits Antragsvorlagen zur Geltendmachung von Unterkunftsstellen für Unterkunftsgeber*innen zur Verfügung. Berechtigterweise fragten sich Geflüchtete aus Syrien, Irak und Afghanistan, warum die Nutzung von eigenen Ressourcen und Netzwerken für sie nicht möglich gemacht wurde. Die private Wohnsitznahme bei Bekannten, Familie oder Freund*innen ist eine absolute Ausnahme während des herkömmlichen Asylverfahrens und wenn überhaupt nur beim Vorliegen bestimmter Gründe möglich.

Doch auch bei Geflüchteten aus der Ukraine wurden Unterschiede gemacht. Im April 2022 erreichten den *Flüchtlingsrat* zahlreiche Problemanzeigen, dass sich Ausländerbehörden weigerten, bei Geflüchteten aus der Ukraine, die dort über einen temporären Aufenthalt verfügen, Anträge auf Aufenthalt in Deutschland entgegenzunehmen. Schutzsuchende berichteten, dass ihnen mündlich mitgeteilt wurde, dass sie aufgrund ihres temporären Aufenthaltsstatus in der Ukraine nicht unter die Massenzustromsrichtlinie fallen würden. Eine ausführliche Prüfung mit schriftlicher Entscheidung und der Möglichkeit zur Nutzung des Rechtsweges erfolgte nicht. In der Beratung konnte die Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen bei den entsprechenden Behörden geklärt werden. Die aufenthaltsrechtliche Unsicherheit blieb. Seit Anfang 2023 erreichen den Flüchtlingsrat wieder Beratungsanfragen, wie es für Drittstaatsangehörige aus der Ukraine nach Ablehnung der Anträge auf Schutz nach der EU-Aufnahmerichtlinie weitergehen kann.

Was ist möglich? Handlungsoptionen für die Thüringer Landesregierung

Die rot-rot-grüne Koalition in Thüringen schrieb sich als Hausaufgabe seit 2014 in den Koalitionsvertrag, für eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Migrationspolitik zu stehen. Die Erfahrungen aus der Aufnahme Schutzsuchender aus der Ukraine sollten Maßstab für die Umsetzung dieses Zieles sein: schnelle Klärung der aufenthaltsrechtlichen Perspektive, Zugang zu gleichberechtigten Sozialleistungen,

eigenständige Wohnsitznahme und zügige Anerkennung von Qualifikationen.

Geflüchtete sind auf Unterkunftsbedingungen angewiesen, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Im bestehenden System von Sammelunterkünften ist es das Mindeste, dass Gewaltschutzkonzepte strukturell bedingten Konflikten und individuellen Gefährdungen entgegenwirken. Für Geflüchtete müssen genügend Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Wohnungssuche eingerichtet werden. Zudem bedarf es der Schaffung von ausreichendem Wohnraum für alle Menschen mit geringem Einkommen. Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Geflüchtete muss durch die kommunalen und privaten Wohnungsbaugenossenschaften und Vermieter*innen sichergestellt werden.

Der *Flüchtlingsrat Thüringen e.V.* fordert das dezentrale und selbstbestimmte Wohnen für alle Geflüchtete unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Es muss ermöglicht werden, dass alle Geflüchteten auch privaten Wohnraum nutzen können, z. B. bei Freund*innen und Verwandten, und es bedarf Konzepten alternativen Zusammenwohnens. Das Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz und die entsprechende Kostenverordnung müssen modernisiert und der Vorrang der dezentralen Unterbringung gesetzlich garantiert und finanziell unterlegt werden.



POST-SHOAH-ANTISEMITISMUS: SCHLAGLICHT AUF EIN THÜRINGER SPEZIFIKUM

Susanne Zielinski und
Lisa Johanne Jacobs

Das Jahr 2022 war für die noch junge *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* (RIAS) Thüringen das zweite Tätigkeitsjahr, und die Zahl der gemeldeten antisemitischen Vorfälle nahm leicht zu. Dabei war die von RIAS in Thüringen am häufigsten registrierte antisemitische Erscheinungsform wie schon im Jahr zuvor der Post-Shoah-Antisemitismus. Er wird vom Bundesverband RIAS unter Verwendung der IHRA-Arbeitsdefinition wie folgt beschrieben:

.....
POST-SCHOA-ANTISEMITISMUS *bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden.* (Bundesverband RIAS 2022b: 55 ff.)
.....

War der Post-Shoah-Antisemitismus 2021 mit 75 Prozent der gemeldeten Vorfälle bereits die häufigste Erscheinungsform, konnte für 2022 eine leichte Steigerung beobachtet werden: Mit 212 der insgesamt 243 gemeldeten Fälle machte der Post-Shoah-Antisemitismus 2022 rund 87 Prozent aller Meldungen an RIAS Thüringen aus.

Dass in Thüringen eine Form des Antisemitismus besonders zutage tritt, die in enger Verbindung mit rechten und rechtsextremen Weltanschauungen steht, ist nicht überraschend. Im Vergleich zu anderen deutschen Bundesländern ist der Rechtsextremismus in Thüringen besonders präsent und blickt auf eine lange Geschichte rechtsextremer Strukturen zurück (Bundesverband RIAS 2022 a: 67)

So wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch in der DDR, abseits deren staatlich verordneter antifaschistischer Ideologie,

Antisemitismus und nationalsozialistisches Gedankengut nicht ausgelöscht. Beides konnte überleben, »weil der Staat rechtsextreme und antisemitische Umtriebe aufgrund des eigenen Selbstverständnisses offiziell verleugnete. In den 1980er-Jahren erstarkten in der ganzen DDR, so auch in Thüringen, rechtsextreme und neonazistische Jugend- szenen, die sich im Kontext der Wende und den Transformationsjah- ren, auch durch rechtsextreme Kader aus Westdeutschland, organi- sierten und radikalisierten«. (Bundesverband RIAS 2022 a: 68)

Die in dieser Zeit entstandenen rechtsextremen Strukturen wirken in Thüringen bis heute fort und beeinflussen die politische Kultur des Bundeslandes. Post-Shoah-Antisemitismus findet nicht nur in der militanten neonazistischen Szene statt, sondern auch in bürgerlichen Milieus und auf politischer Ebene, wo beispielsweise durch die AfD Thüringen mit ihrem rechtsextremen Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke Geschichtsrevisionismus und Post-Shoah-Antisemitismus ver- breitet und legitimiert wird. Exemplarisch dafür steht ein Zitat Höckes während der Sitzung des Thüringer Landtags am 2. Februar 2022 zur Corona-Schutzimpfung: »Dieser Eingriff in die körperliche Unversehrt- heit ist – und das möchte ich betonen – nicht zuletzt vor dem Hinter- grund der verbrecherischen Menschenversuche im Dritten Reich ein historischer Tabubruch.« (Thüringer Landtag 2022: 20)

In diesem historischen und aktuellen Kontext sind die zahlreichen gemeldeten Vorfälle von Post-Shoah-Antisemitismus zu sehen. Dabei ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer noch höher ausfällt. Im Folgenden werden einige der zahlreichen Beispiele von gemeldeten Vorfällen aus dem Bereich Post-Shoah-Antisemitismus beschrieben, die das Spektrum dieser Form von Antisemitismus in Thüringen ver- deutlichen.

Post-Shoah-Antisemitismus in Thüringen im Jahr 2022

Die im Jahr 2022 von RIAS als Post-Shoah-Antisemitismus klassifizier- ten Fälle zeigen, dass die Formen, in denen diesem Antisemitismus Ausdruck verliehen wird, vielfältig sind. Sie haben unterschiedliche Dimensionen und reichen von Demonstrationsplakaten über Gesänge bis hin zu gezielter Sachbeschädigung. Die Shoah wird dabei alternie- rend verherrlicht, geleugnet oder verharmlost.

Letztere Spielart zeigt sich wohl am deutlichsten in Vorfällen, die im Kontext der Corona-Pandemie stattfanden. Im Januar 2022 wurde in Schmalkalden an eine Bushaltestelle geschmiert: »Ungeimpfte

werden behandelt wie Juden bei Hitler.« Die explizite Gleichsetzung der Corona-Schutz-Maßnahmen bzw. von ungeimpften Personen mit der Verfolgung und systematischen Ermordung von Jüdinnen*Juden während der NS-Zeit ist kein Einzelfall. Sie zeigte sich ebenso bei Protesten gegen die Schutzmaßnahmen in Thüringen, wo u. a. in Saalfeld eine Person einen aufgenähten gelben Davidstern mit der Aufschrift »ungeimpft« trug. »Durch direkte oder indirekte Gleichsetzung mit Juden in der NS-Zeit kreieren sie [die Impfgegner] eine irreale Opfer-Pose und imaginieren einen totalitären Staat, als dessen diskriminierte Leidtragende sie sich sehen.« (Schwarz-Friesel 2022: 167) Derart wurde die Situation 2022 exorbitant dramatisiert, während das Leid der Jüdinnen*Juden massiv verharmlost wurde. Gleichzeitig ist an diesen Vorfällen auch eine Schuldabwehr zu erkennen, die sich in der Infragestellung der Präzedenzlosigkeit der Shoah manifestiert.

Schuldabwehr oder Erinnerungsabwehr zeigte sich wiederholt auch in Angriffen auf das Gedenken an ermordete Jüdinnen*Juden. So wurden in Weimar beispielsweise Stolpersteine mit Farbe beschmiert. Unkenntlichmachungen und Beschädigungen von Stolpersteinen, die als das größte dezentrale Mahnmal der Welt gelten, finden immer wieder statt und sind eine verbreitete Form von Angriffen auf die deutsche Erinnerungskultur. Die Opfer der Shoah werden durch solche Vorfälle erneut gedemütigt. Dies gilt auch für einen weiteren Vorfall in Weimar, wo im April 2022 ein Plakat an einer Litfaßsäule antisemitisch beschmiert wurde. Das Plakat kündigte ein Zeitzeug*innen-Gepräch anlässlich des 77. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald an und wurde von den Täter*innen mit »JUDEN LÜGEN!!« überschrieben. Hier wird eine Überschneidung von antisemitischen Ausdrucksformen deutlich: Die Jahrhunderte alte Unterstellung, dass »Juden lügen« würden, wird mit der Leugnung der Shoah verschränkt, indem Shoah-Überlebende des Lügens beschuldigt werden.

Die hier betriebene Täter-Opfer-Umkehr steht in der Tradition des Geschichtsrevisionismus, der Bestandteil rechtsextremer Ideologien ist. Dem Geschichtsrevisionismus sind mehrere weitere Vorfälle aus dem Jahr 2022 zuzuordnen: Etwa als im März bei einer Kundgebung der neonazistischen *Neue Stärke Partei* in Gera vom »Schuldkult« in den Geschichtsbüchern und »systemkonformen Lügen« gesprochen wurde und ein Redner die Shoah-Leugnerin Ursula Haverbeck als Vorbild bezeichnete. Im September dann wurde in einer Straßenbahn in Erfurt das »U-Bahn-Lied« der Rechtsrockband *Landser* gesungen. Der Vorfall ereignete sich im Nachgang zu einem Konzert der umstrittenen Band *Böhse Onkelz*. Das Lied ist eindeutig antisemitisch, indem es die Vernichtung von Jüdinnen*Juden verherrlicht und gleichzeitig den

Aufruf zur Wiederholung der Shoah impliziert. Der Gesang ist auch aus Fußballstadien deutschlandweit bekannt und führt immer wieder zu Gerichtsprozessen.

Ebenfalls in den Bereich des Rechtsextremismus fällt ein Vorfall aus der Gedenkstätte Buchenwald, wo im Sommer Besucher*innen mit rechtsextremen Tätowierungen des Geländes verwiesen wurden. Tätowiert waren eine sogenannte »Schwarze Sonne« und »Sigrunen«, beides nationalsozialistische Symbole, die heute sowohl in neonazistischen wie auch rechts-esoterischen Kreisen verwendet werden. Gerade die Thüringer Gedenkstätten sind immer wieder Ziel derartiger antisemitischer Attacken.

Antisemitische Angriffe auf die Thüringer Gedenkstätten

Mit den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora befinden sich in Thüringen zwei Orte von überregional zentraler Bedeutung für die deutsche Erinnerungskultur. Gerade dort und an weiteren Thüringer Erinnerungsorten kommt es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen, die sich dem Post-Shoah-Antisemitismus zuordnen lassen. Dabei hat sich die Art der Vorfälle im Laufe der Zeit gewandelt. »In den 1990er-Jahren gab es vor allem öffentlichkeitswirksame Provokationen aus dem rechtsextremen bzw. neonazistischen Milieu auf dem Gelände der Gedenkstätten – unter anderem auch vom sogenannten *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU). Heute sind es hingegen eher niedrigschwellige Vorfälle mit eingeschränkter Außenwirkung, wie beispielsweise Aufkleber, Schmierereien oder Ritzereien mit Hakenkreuzen oder antisemitischen Parolen.« (RIAS Thüringen 2022: 42)

Bereits 2021 war es vor dem Hintergrund der Corona-Politik zu einer »von Rechtsextremen orchestrierten Welle von Anfeindungen« (RIAS Thüringen 2022: 44) gekommen, im Zuge derer die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora über 400 Hassmails bekamen, von denen gut ein Fünftel antisemitisch waren. 2022 nun kam es neben Vorfällen niedrigschwelliger Art zu einer Reihe besonders schwerer Fälle von gezielter Sachbeschädigung, die deutschlandweit große Bestürzung hervorriefen. Im Juli wurden sieben Erinnerungsbäume, die für die Opfer des Konzentrationslagers gepflanzt worden waren, zerstört. Wenige Tage darauf wurden in Weimar-Schöndorf und am Poseckschen Garten weitere Bäume zerstört, die Teil des Gedenkprojekts sind. Darüber hinaus wurde auf dem Wegweiser der Gedenkstätte Buchenwald der Hinweis auf die Aschegräber zerkratzt. Das Projekt »1000 Buchen« soll an die Todesmärsche aus Buchenwald und

die Opfer des Euthanasie-Programms erinnern. Nur knapp zwei Wochen später wurde im August in Nordhausen an der Frauenberger Stiege im Gedenkhain der Gedenkstätte Mittelbau-Dora eine abgesägte Birke entdeckt, die Teil eines Projektes mit 53 Birken zur Erinnerung an die im Konzentrationslager internierten Menschen war. Die Überlebenden der deutschen Vernichtungs- und Konzentrationslager ordneten die Vorfälle prägnant »als direkten Angriff gegen alle in den Lagern ermordeten Menschen und als Angriff gegen die deutsche Erinnerungskultur« (Heubner 2022) ein.

Auch im Oktober 2022 kam es zu einem Vorfall schwerwiegender Art: Schilder und Tafeln der Gedenkstätte Buchenwald wurden mit Hakenkreuzen, ss-Runen, dem Zahlencode 88 und der Abkürzung THS (*Thüringer Heimatschutz*²³) beschmiert.

Fazit

Die geschilderten Vorfallbeispiele zeigen eine breit gefächerte Präsenz von Post-Shoah-Antisemitismus in Thüringen. Fälle dieser Art finden sich im ganzen Bundesland und lassen sich vermehrt im rechtsextremen Milieu verorten. Gedenkstätten und -orte sind dabei besonders häufig Angriffsziele. Die Vorfälle um die Gedenkbäume im Sommer 2022 werfen die Frage auf, ob sich hier eine Rückkehr zu schwerwiegenderen Angriffen auf die Thüringer Gedenkstätten und damit die Erinnerungskultur – wie sie in den 1990er-Jahren stattfanden – abzeichnet.

Dabei darf nicht vernachlässigt werden, dass auch Post-Shoah-Antisemitismus keinesfalls nur von Rechtsextremen geäußert wird. Er mag zwar sowohl historisch als auch aktuell im Kontext rechtsextremer Ideologien und Strukturen stehen, ist aber für alle politischen Lager besonders anschlussfähig. Dies zeigt sich vor allem in den Debatten um die Erinnerungskultur und die Vergleichbarkeit der Shoah. Vorfälle wie das Absägen der Gedenkbäume sollten daher nicht nur bedenklich stimmen. Sie machen aktives Handeln dringend erforderlich.

²³ Ein Mitte der 1990er-Jahre gegründeter Zusammenschluss rechtsextremer Gruppen in Thüringen und Unterstützernumfeld des rechtsterroristischen *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU).

LITERATUR

- Bundesverband RIAS e.V. (2022 a):** Problembeschreibung. Antisemitismus in Thüringen. Bundesverband RIAS e.V.: Berlin.
- Bundesverband RIAS e.V. (2022 b):** Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021. Bundesverband RIAS e.V.: Berlin.
- Heubner, Christoph (2022):** Angriffe auf die KZ-Gedenkstätte Buchenwald. Online: www.auschwitz.info/de/aktuelles/uebersicht/rss-details/lesen/angriff-auf-die-kz-gedenkstaette-buchenwald-2640.html [04.04.2023].
- RIAS Thüringen (2022):** Gedenkstätten als Zielscheibe Antisemitischer Vorfälle in Thüringen. In: Bundesverband RIAS e.V. [Hrsg.]: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021. Bundesverband RIAS e.V.: Berlin.
- Schwarz-Friesel, Monika (2022):** Toxische Sprache und geistige Gewalt. Wie judenfeindliche Denk- und Gefühlsmuster seit Jahrhunderten unsere Kommunikation prägen. Narr Francke Attempto: Tübingen.
- Thüringer Landtag (2022):** 70. Sitzung des Thüringer Landtags. Online: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/85265/70_plenarsitzung_sondersitzung_arbeitsfassung.pdf [04.04.2023].



DEMOKRATIEARBEIT IN THÜRINGEN DURCH ANTI-DISKRIMINIERUNGSARBEIT UND -BERATUNG STÄRKEN

Janine Dieckmann und
Jacqueline Muthumbi

Darüber, dass in Thüringen der Rechtsextremismus eine große Herausforderung für das demokratische Zusammenleben darstellt, besteht wenig Zweifel. Zahlreiche Institutionen, Vereine, Initiativen, Projekte und Einzelpersonen engagieren sich gegen radikal rechte Mobilisierungen, Gruppierungen und Strukturen. Das Erstarken der AfD, die Schritt für Schritt versucht, radikal rechte Positionen im Thüringer Landtag zu etablieren, ist Ausdruck einer jahrzehntelangen Normalisierung menschenverachtender Einstellungen in Teilen der Bevölkerung Thüringens bzw. einer jahrzehntelangen Verharmlosung dieser Demokratiegefahr. Der vorliegende Beitrag unterstreicht die Bedeutung von Antidiskriminierungsarbeit als essenziellen Bereich der Demokratiearbeit und fokussiert dabei auf die generelle Entwicklung der Antidiskriminierungsberatungsarbeit in Thüringen. Gerade für Thüringen stellt der Ausbau der Strukturen für Antidiskriminierungsberatung eine Herausforderung dar, so das Ergebnis einer bundeslandvergleichenden Studie (Bartel/Kalpaka 2022).

Die Arbeit gegen Rechtsextremismus, gegen radikal rechte Akteur*innen, gegen ihren Einfluss und ihre Einstellungen stellt einen unerlässlichen und wichtigen Fokus der zivilgesellschaftlichen und politischen Demokratiearbeit in Thüringen dar. Neben diesem Teil der Demokratiearbeit gilt es jedoch, gleichzeitig die Antidiskriminierungsarbeit als demokratiestärkend zu verstehen und zu fördern. Für Antidiskriminierungsarbeit ist die Eindämmung des Rechtsextremismus eine Voraussetzung, kann aber auch einschränkend wirken. Wenn das Verständnis von Demokratiearbeit und -stärkung nur auf den Kampf gegen Rechtsextremismus verengt wird, kann dies die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Diskriminierung hemmen. Mit Dis-

kriminierung sind hierbei die Auswirkungen von Ungleichwertigkeitsideologien wie Rassismus, Heterosexismus, Ableismus, Antisemitismus gemeint, welche Betroffene bzw. ganze gesellschaftliche Teilgruppen in Form von Ungleichbehandlungen im Alltag erleben aufgrund der Zuschreibung von Merkmalen, die u. a. im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) § 1 benannt sind. Teilweise mangelt es in öffentlichen und politischen Diskursen an einem präzisen Verständnis des Konzepts »Diskriminierung«. Oftmals wird es in Aufzählungen stellvertretend für »und alle anderen gruppenbezogen menschenfeindlichen Phänomene« verwendet. Aus diesem unklaren Verständnis heraus folgt, dass die Demokratiegefahr von diskriminierenden Denkmustern, institutionellen Abläufen und Strukturen nicht wahrgenommen wird. Dabei ist gerade die diskriminierungskritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Denken, Handeln und den eigenen Institutionen Grundlage für eine vielfältige, entwicklungsfähige und starke demokratische Gesellschaft. Antidiskriminierungsarbeit bedeutet also – auf gesellschaftlicher, institutioneller und individueller Ebene –, selbstkritisch Überzeugungen, Traditionen, Selbstverständlichkeiten und (Be-)Handlungen infrage zu stellen. Ein wichtiger Teil der Antidiskriminierungsarbeit ist die Beratung und Unterstützung von Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Sie brauchen nicht nur soziale Beratung und Begleitung, sondern auch Empowerment und Unterstützung, um gegen ihre erlebte Diskriminierung vorzugehen (z. B. rassistische Entscheidungen auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt). Durch das Sichtbarmachen und Entgegentreten (z. B. durch Beschwerden, Öffentlichkeitsarbeit oder Klagen) unterstützt Antidiskriminierungsberatungsarbeit Betroffene selbst und wirkt auf institutioneller Ebene, indem illegitime Ungleichbehandlungen sichtbar gemacht werden bzw. nicht unwidersprochen stehen gelassen werden (Bartel/Kalpaka 2022: 23). Im Folgenden wird der Ausbau der Antidiskriminierungsberatungsarbeit in Thüringen bis 2022 beschrieben.

Antidiskriminierungsberatung in Thüringen

In Thüringen legte die Politik bereits vor zehn Jahren den Fokus auch auf Antidiskriminierungsarbeit und einen wichtigen Grundstein auf diesen Teil von Demokratiearbeit: Unter Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) trat Thüringen der »Koalition gegen Diskriminierung« bei.²⁴ Mit dieser Offensive der Antidiskriminierungsstelle des

²⁴ [www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/projekte/absichtserklaerung_thueringen_20130508.pdf;jsessionid=FC2253B26C8DABBF43Do64444409Co5A.intranet232?__blob=publicationFile&v=2 \[21.01.2023\]](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/projekte/absichtserklaerung_thueringen_20130508.pdf;jsessionid=FC2253B26C8DABBF43Do64444409Co5A.intranet232?__blob=publicationFile&v=2 [21.01.2023]).

Bundes erklärten sich die unterschreibenden Bundesländer bereit, dass u. a. »jeder Weg genutzt wird, um von Diskriminierung betroffenen Menschen – gerade auch vor Ort – die bestmögliche Beratung zu bieten«, dass konkrete Ansprechpersonen zum Thema Diskriminierung auf Landes- und kommunaler Ebene eingesetzt und dass Diskriminierung als politische Querschnittsaufgabe verankert werden. Infolgedessen richtete Thüringen 2013 eine *Landesantidiskriminierungsstelle* (LADS) ein. Diese arbeitet momentan vor allem im Bereich der strukturellen Antidiskriminierungsarbeit (60 % 20 %) sowie in der Erarbeitung von Antidiskriminierungsmaßnahmen und Bildungsmaßnahmen (20 %; Bartel/Kalpaka 2022: 83). Die LADS erarbeitete gemeinsam mit Vertreter*innen der LGBTTIQ*-Communitys, der Zivilgesellschaft und Wissenschaft das Landesprogramm »Akzeptanz und Vielfalt«²⁵, dessen Umsetzung sie seit 2018 koordiniert. Durch die Anbindung der LADS an die Thüringer Staatskanzlei seit 2013 ist die Antidiskriminierungsarbeit als ein wichtiges Arbeitsfeld auf politischer Landesebene etabliert. Auf kommunaler Ebene existiert in Thüringen seit 2021 (nur) eine weitere Antidiskriminierungsstelle in der Stadt Jena (zur Einbindung dieser Stelle in die Antidiskriminierungsarbeit in Jena siehe Dieckmann et al. 2022).

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene gründete sich 2018 das Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk *thadine*.²⁶ Infolge der Empfehlungen der Enquetekommission des Thüringer Landtages »Ursachen und Formen von Rassismus und Diskriminierungen in Thüringen sowie ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die freiheitliche Demokratie« (Thüringer Landtag 2019) wird *thadine* seit 2019 als Antidiskriminierungsstruktur in Thüringen durch die LADS unterstützt und projektförmig finanziert (siehe Dieckmann 2021).

Des Weiteren empfahl die Enquetekommission die Etablierung einer communitybasierten unabhängigen Antidiskriminierungsberatungsstelle. Diese wird seit 2021 finanziell durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) gefördert. Die AD-Beratungsstelle *EmpowerMensch* startete ihre Arbeit mit einem Team bestehend aus zwei Berater*innen, einer Verwaltungskraft und einer Projektleitung. Mitten in der Pandemie waren die Startbedingungen erschwert, trotz dessen zeigen sich erste Erfolge. Das Team entwickelte das Konzept – welches im *thadine*-Netzwerk entstand – zum *Beratungszentrum EmpowerMensch* für Thüringen weiter. Schon bevor die Öffentlichkeitsarbeit startete, kamen erste Beratungsanfragen. Zwischen April

²⁵ www.staatskanzlei-thueringen.de/arbeitsfelder/akzeptanz-und-vielfalt [Letzter Zugriff 21.01.2023].

²⁶ www.thadine.de

2022 und März 2023 gingen 61 Beratungsanfragen ein, die mit einem vom AGG geschützten Merkmal zusammenhängen. Ein großer Teil der Beratungsanfragen (68%) bezog sich auf rassistische Diskriminierung. Außerdem gab es Beratungen zu Diskriminierungsvorfällen aufgrund von Behinderungen bzw. chronischer Krankheiten sowie aufgrund des Geschlechts bzw. der Geschlechtsidentität. Das Beratungsaufkommen des ersten Arbeitsjahres unterstreicht, dass rassistische Diskriminierung eine große Herausforderung in Thüringen darstellt und bezogen auf die Lebensbereiche, in denen Diskriminierung vorkommt, Schwerpunkte generell in den Bereichen Schule und Arbeit verstärkt werden müssen.

Mit *EmpowerMensch* hat Thüringen seine erste zivilgesellschaftlich angebundene und unabhängige Antidiskriminierungsberatungsstruktur. Sie ist deutschlandweit im Netzwerk weiterer Antidiskriminierungsberatungsstrukturen eingebunden und arbeitet nach den professionellen Standards des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (*advd* 2015). Antidiskriminierungsberatung wurde vorher und wird parallel vor allem in ehrenamtlicher Arbeit in Selbstorganisationen geleistet. Die 2022 veröffentlichte Studie »Gut beraten« der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Bartel/Kalpaka 2022) stellt fest, dass momentan in Deutschland sowohl in großen und kleinen Flächenländern wie Thüringen (ebd. S. 65), die aktuellen Strukturen der Antidiskriminierungsberatung nur »Ausdruck eines Kompromisses« seien zwischen dem Auftrag, Mandat bzw. Anspruch, flächendeckend im gesamten Bundesland zu arbeiten, und streng begrenzter Ressourcen (Kalpaka/Bartel 2022: 66). Auch im Ursprungskonzept für die Beratungsstelle *EmpowerMensch* in Thüringen wird dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch, »Beratung und Unterstützung nach den Standards des *advd* für ganz Thüringen anbieten zu können, [und] den dafür zur Verfügung gestellten und notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen«²⁷ zu begegnen, deutlich. Derzeit kommen in Thüringen auf zwei qualifizierte AD-Beratungspersonen bis zu 1,5 Millionen Einwohner*innen (Bartel/Kalpaka 2022). In der Studie fällt Thüringen im Vergleich aller Bundesländer in die Kategorie der Bundesländer, dessen »Strukturen aktuell nicht geeignet [sind, um] die nächste Stufe einer Versorgung zu erreichen« (ebd.: 166).

Umso wichtiger ist es, die Bedeutung von Antidiskriminierungsarbeit als essenziellen Teil von Demokratietarbeit in Thüringen hervorzuhe-

²⁷ Siehe Seite 8 sowie für weitere Informationen zum *EmpowerMensch*-Konzept: www.thadine.de/images/2020/Konzept-Antidiskriminierungsberatungsstelle-Thuringen_2020-02_web.pdf [Letzter Zugriff: 21.01.2023].

ben. Der öffentliche und politische Fokus sollte nicht nur durch die kontinuierliche Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen bzw. Interessenvertretungen in Thüringen, des Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerks sowie engagierter Einzelpersonen in Verwaltungen, Institutionen und Politik betont werden müssen. Die Grundrechte, Würde und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in Thüringen und spezifisch der Menschen und gesellschaftlichen Teilgruppen, die durch Diskriminierung mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind, sollten durch Demokratiearbeit mitgedacht und gestärkt werden. In Thüringen nehmen im Feld der Antidiskriminierungsberatung unterschiedliche Projekte 2023 ihre Arbeit auf. So hat beispielsweise das Kooperationsprojekt »Raus aufs Land – Antidiskriminierungsberatung in Thüringen« von *Migra-Netz e.V.* und *thadine* zum Ziel, Konzepte für Antidiskriminierungsberatung zu entwickeln, um auch in ländlichen Regionen Unterstützung und Empowerment für Betroffene anzubieten und durchzuführen. Um in Thüringen eine flächendeckende Antidiskriminierungsberatungsstruktur mit ausreichenden, niedrigschwellig zugänglichen Beratungsangeboten aufzubauen, braucht es noch viel Demokratiearbeit, die auch beinhaltet, sich mit eigenen diskriminierenden Denkmustern und Institutionen zu beschäftigen.

LITERATUR

- Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd, Hrsg.) (2015):** Antidiskriminierungsberatung in der Praxis. Online: www.antidiskriminierung.org/materialien/antidiskriminierungsberatung-in-der-praxis [27.04.2023].
- Bartel, Daniel/Kalpaka, Annita (2022):** Gut beraten! Auf dem Weg zu einer flächendeckenden Antidiskriminierungsberatung in Deutschland. Online: www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/gut_beraten_flaechendeckende_antidiskrimberatung.html [27.04.2023].
- Dieckmann, Janine (2021):** Antidiskriminierungsarbeit und Diskriminierungsthemen in Thüringen. Online: www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Thueringer_Zustaende_2021_-_1.pdf [27.04.2023].
- Dieckmann, Janine/Knospe, Markus/Kaiser, Marie (2022):** Situations- und Ressourcenanalyse als Grundlage für die Überarbeitung des Jenaer »Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz«. Online: www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/SR_JENA_aF_120722.pdf [27.04.2023].
- Thüringer Landtag (2019):** Bericht der Enquetekommission 6/1. Drucksache 6/7709. Online: www.thueringer-landtag.de/fileadmin/Redaktion/1-Hauptmuenue/6-Service_und_Kontakt/3-Presse/1-Pressemitteilungen/Dokumente/bericht_der_enquete-kommission_6_1_ursachen_und_formen_von_rassismus_und_diskriminierungen_in_thueringen_sowie_ihre_auswirkungen_auf_das_gesellschaftli.pdf [27.04.2023].

THÜRINGER LANDESANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE

→ www.staatskanzlei-thueringen.de/arbeitsfelder/lads



ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE JENA

→ <https://antidiskriminierung.jena.de>



EMPOWERMENSCH Unabhängige Antidiskriminierungs-
beratungs- und -fachstelle Thüringen
→ www.empowermensch.org



**ANLAUFSTELLE FÜR MENSCHEN
AFRIKANISCHER HERKUNFT (AMAH)**

→ www.ansole.org



QUEERES ZENTRUM ERFURT

→ www.queeres-zentrum-erfurt.de/beratung



ELLY – BERATUNG BEI HATE SPEECH

→ www.elly-beratung.de



»DA, WENN'S BRENNT«: SELBSTVERSTÄNDNIS UND HERAUSFORDERUNGEN VON ZIVILGESELLSCHAFT- LICHEN ORGANISATIONEN IN THÜRINGEN

Johannes Streitberger

Eine lebendige und plurale Zivilgesellschaft, die den Menschenrechten verpflichtet ist, bildet das Fundament einer funktionierenden Demokratie. Doch was ist unter Zivilgesellschaft zu verstehen und vor welchen Herausforderungen steht sie in Thüringen? Höchste Zeit, zivilgesellschaftlich Engagierte aus dem Freistaat in diesen Fragen selbst zu Wort kommen zu lassen. Interviewt wurden deshalb Sprecher*innen oder Einzelpersonen von *Move e.V. (Migranten Omid Verein)*, vom Landesverband der Sinti und Roma *RomnoKher Thüringen e.V.*, von der *LIGA der politischen Interessen- und Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Thüringen e.V.*, vom *Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimar*, vom *Bündnis für Demokratie und Welt-offenheit Kloster Veßra*, von *Jena solidarisch* und *AIS (antifaschistisch – initiativ – solidarisch) Saale-Holzland-Kreis*.

Diese Stichprobe spiegelt die Vielgestaltigkeit der organisierten Zivilgesellschaft wider. Die Vereine und Bündnisse unterscheiden sich danach, wie formalisiert und professionalisiert sie sind. Sie treten als Anwält*innen unterschiedlicher, selbst gewählter Themen wie Demokratie, Integration von Migrant*innen oder der UN-Behindertenrechtskonvention auf, beobachten die damit in Beziehung stehenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen und mischen sich in die politische Willensbildung ein. *RomnoKher*, *Move* und *LIGA* ist gemein, dass sie auch Selbsthilfe für marginalisierte und diskriminierte soziale Gruppen leisten und für diese Dienstleistungen (z.B. Beratungen) übernehmen. Abseits rationaler Zweckoptimierung tragen alle zur



»DA, WENN'S BRENNT.«

RATS- POTHEKE



ABBILDUNG 12: Kundgebung
von Jena solidarisch zum
Gedenken an die Verstorbenen
der Corona-Pandemie
am 7. Februar 2022 in Jena
(Quelle: Jena solidarisch/Tina Peißker)

Gemeinschaftsbildung bei. Das macht einen zentralen Mehrwert der zivilgesellschaftlichen Organisationen aus (vgl. Strachwitz et al. 2020: 174–182). Die Äußerungen der Interviewten geben wertvolle Einblicke, sind aber im statistischen Sinne nicht repräsentativ für die Thüringer Zivilgesellschaft.

Verständnis von Zivilgesellschaft

»Zivilgesellschaft ist ein demokratisches Gemeinwesen, in das sich jeder Mensch frei einbringen« könne und wo Interessen mit anderen frei verhandelt würden, beschreibt der Vorsitzende von *RomnoKher* ein weites Verständnis von Zivilgesellschaft. Der Sprecher von *Move* unterstreicht, wie entscheidend Pluralität für die Zivilgesellschaft sei: Migrant*innen gehörten ausdrücklich dazu. Zivilgesellschaftliches Engagement dürfe nicht an die Staatsbürgerschaft gekoppelt sein. Das Weimarer Bürgerbündnis versteht sich als »Seismograf für gesellschaftliche Verhältnisse«. Die Zivilgesellschaft fungiere als »Ideengeberin« für die Politik und zugleich als »kritische Begleiterin und Hinterfragerin von gesellschaftlichen Prozessen und Veränderungen«. Dieses Potenzial als »wirksames Korrektiv zu staatlichen und marktwirtschaftlichen Interessen« werde aber zu selten genutzt, merkt AIS kritisch an. Zivilgesellschaft ist also stark auf eine funktionierende demokratische Öffentlichkeit angewiesen und damit auch auf einen Staat, der diese gewährleistet (Evers 2020: 19). Dabei ist Kommunikation zentral, doch diese bedarf einer gemeinsamen Sprache – entsprechend schwer ist es beispielsweise für Migrant*innen, sich daran zu beteiligen.

Mit ihrem Engagement wirken die Vereine und Bündnisse der Interviewpartner*innen auch in der Zivilgesellschaft selbst. Gegen den Antisemitismus und die NS-Verharmlosung auf den Montagsdemonstrationen im Kontext der Corona-Pandemie sei die Jenaer Zivilgesellschaft »nicht von allein in Bewegung gekommen«. Es habe des Impulses von *Jena solidarisch* bedurft. Außerdem beschränke sich zivilgesellschaftliches Engagement nicht auf die Interessenvertretung von Partikulargruppen, sondern zielen auf ein gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben, an dem alle gleichermaßen teilhaben können. »Reibungslose Migration«, wie es der Sprecher von *RomnoKher* formuliert, bedeute nicht nur, Zugewanderte bei der Wohnungs- und Arbeitssuche zu unterstützen, sondern auch das »Aufeinanderprallen zweier Welten« zu moderieren.

Allen Interviewten ist gemein, dass sie ein normatives Verständnis von Zivilgesellschaft haben. Sie sei per se demokratisch und wirke Ausgrenzung und Diskriminierung aktiv entgegen. Zivilgesellschaft verkörpere einen »Gegenpol zum Rechtsextremismus« und bedeute, »Haltung zu zeigen«. Offensichtlich wird darum gerungen, was Zivilgesellschaft ist – ihre »dunkle Seite« (Roth 2003), zum Beispiel *Freies Thüringen* (vgl. die Beiträge von MOBIT sowie Arnold und Salheiser), solle laut den Interviewten nicht dazu gehören. Es geht aber nicht nur um die Deutungshoheit eines Begriffs, sondern vor allem um das praktische Engagement gegen (extrem) rechte Politik, Verhaltensweisen und Einstellungen. Die Aktivitäten der interviewten Bündnisse gegen Rechtsextremismus umfassen weitaus mehr, als sich rechtsextremen Aufmärschen »im wahrsten Sinne des Wortes entgegen zu setzen«, wie es aus Weimar heißt. Mit reaktiven und mitunter spontanen Aktivitäten sei die demokratische Zivilgesellschaft »da, wenn's brennt«, so AIS. Gleichzeitig sehen die Bündnisse es als eine kontinuierliche Aufgabe an, für die von der (extrem) Rechten ausgehenden Gefahren zu sensibilisieren und das demokratische Miteinander ohne Diskriminierung zu stärken.

Hindernisse zivilgesellschaftlichen Engagements

Aus den Interviews lassen sich drei zentrale Hürden für das Engagement der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Thüringen herausdestillieren: Erstens wird auf den umkämpften Handlungsraum der Zivilgesellschaft (Hummel 2020) verwiesen. Wenn die Genehmigung für eine Veranstaltung verweigert werden soll oder die Polizei bestimmte Protestformen verhindern möchte, brauche es Hartnäckigkeit, schildert der Sprecher des Bündnisses aus Kloster Veßra. Es sei ein Lernprozess gewesen, die Versammlungsfreiheit im Zweifel einzuklagen. Grundsätzlich fordert er, dass »der Verwaltungsapparat umdenken« müsse: Zivilgesellschaft dürfe nicht als störend begriffen werden, sondern als wichtiger Teil unserer Demokratie.

Ein »ermöglichender Staat« (Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« 2002: 25) muss Gelegenheiten für zivilgesellschaftliche Partizipation schaffen, statt sie zu beschränken. Dafür sei es nötig, dass in allen Behörden eine demokratische Kultur gelebt werde, die zivilgesellschaftliches Engagement unterstütze. Nur so könne die Zivilgesellschaft »Prozesse maßgeblich und proaktiv mitgestalten«, unterstreicht das Weimarer Bürgerbündnis. Institutionelle Diskriminierung (u. a. aufgrund von Rassismus oder Ableismus) führe aber dazu, dass staatliche Gremien ohne Menschen mit Migra-

tionshintergrund oder Behinderung besetzt seien. Der Engagierte von *LIGA* betont hierbei den Leitspruch der Behindertenrechtsbewegung: »Nichts über uns ohne uns.« Menschen mit Behinderungen seien in behördliche Planungsprozesse einzubinden, ansonsten würden sie nicht bedacht. Wenn der Staat von Migrant*innen fordere, sich zu integrieren, dürfe er nicht gleichzeitig Mauern bauen, die dies verhinderten, kritisiert der Sprecher von *Move*.

Der staatliche »Bürokratiedschungel« stellt zivilgesellschaftliche Organisationen vor enorme Herausforderungen. Ihre Arbeit fußt auf Freiwilligkeit und ist nicht auf Profit angelegt, sodass sie auf staatliche Finanzierung angewiesen sind. Aber um aus den Fördertöpfen zu schöpfen, die in der Regel Projekte nur befristet unterstützen, sei ein bestimmter Grad an Formalisierung und Professionalisierung nötig. Hier brauche es einen vereinfachten Zugang zu langfristigeren Finanzierungsmöglichkeiten. Schließlich erfordere es einen langen Atem, die seit Jahren laufende Normalisierung rechtsextremer Positionen in den Thüringer Parlamenten zurückzudrängen. Dieses Vorhaben werde aber torpediert, wenn menschenverachtende und demokratiefeindliche Äußerungen unkommentiert stehengelassen und demokratische Parteien mit extrem Rechten »in der Sache« zusammenarbeiten würden.

Zweitens stehen die zivilgesellschaftlichen Organisationen vor dem »Problem der Beständigkeit« (Grande 2021: 172). Freiwilliges Engagement erfolgt immer häufiger spontan und abseits etablierter Strukturen (Simonson et al. 2022: 185). Das dauerhafte zivilgesellschaftliche Engagement in formalisierten Kontexten lastet auf den Schultern weniger besonders motivierter Schlüsselpersonen (Ebert et al. 2013). Die Zahl der Mitstreiter*innen fluktuiert. Insbesondere im ländlichen Raum sind die Unsicherheiten groß: Wie sieht der Rückhalt vor Ort tatsächlich aus? Wie lassen sich neue Mitstreiter*innen gewinnen? Obwohl Menschen im ländlichen Raum sogar häufiger freiwillig engagiert sind als in Städten (Simonson et al. 2022: 90), leiden die Bündnisse im ländlichen Raum unter Nachwuchsmangel. Offenbar zieht es dort weniger Menschen in zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich lautstark für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Ein Grund dafür ist die Bedrohung durch die extreme Rechte: Gerade in kleineren Orten stünden zivilgesellschaftlich Engagierte im Rampenlicht und somit »viel schneller im Fokus von Nazis«, so AIS. Aber selbst in Städten wie Jena würden die Anfeindungen von rechts außen Menschen daran hindern, »auf die Straße zu gehen«, berichten zwei Einzelpersonen von *Jena solidarisch*. Auch an dieser Stelle ist der Staat in seiner schützenden Funktion gefordert.

Der soziale Wandel des Engagements entfaltet im Bereich Integration noch einmal besondere Durchschlagskraft: Die als »Sternstunde der Zivilgesellschaft« (vgl. Schiffauer et al. 2017) beschriebene Hilfe für Geflüchtete um das Jahr 2015 ist vorbei. Schon vor der Corona-Pandemie schrumpfte die Zahl der Engagierten auf einen harten Kern (van den Berg et al. 2021). Entsprechend fordert der Sprecher von *Move* mehr Engagement in der Gesellschaft. Gerade migrantische Selbstorganisationen stehen vor dem Problem, dass die Zugangschancen und Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft sozial ungleich verteilt sind (Simonson et al. 2022: 83).

Eine dritte Herausforderung, mit der sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen konfrontiert sehen, ist die mangelnde Anerkennung. Sie ist von zentraler Bedeutung, um Menschen zu motivieren, sich in der Zivilgesellschaft einzubringen, also freiwillig ihre Zeit zu schenken. »Wenn die Ehrenamtlichen sich fragen, wozu sie sich abmühen, ohne wertgeschätzt zu werden, lässt ihre Begeisterung schnell nach«, stellt das Weimarer Bürgerbündnis fest. *AIS* fordert deshalb »eine stärkere Anerkennung von antifaschistischer Arbeit (Recherche, Demonstration etc.)«. Für *LIGA*, *RomnoKher* und *Move* geht es in der Frage nach Anerkennung nicht nur um die eigenen Mitstreiter*innen. Vielmehr ist Anerkennung eines ihrer zentralen Themen. Der *Move*-Sprecher wünscht sich von der Politik Aufmerksamkeit, Wertschätzung und Akzeptanz für Migrant*innen und ihre Anliegen, ohne zugleich instrumentalisiert zu werden. Aufgrund der mitunter ausbleibenden Wertschätzung von außen gewinnt die innere Dynamik der zivilgesellschaftlichen Organisationen an Bedeutung, schildert der Sprecher vom Bündnis aus Kloster Veßra. »Abnutzungstendenzen« ließen sich beispielsweise verhindern, wenn Formen des Engagements, die erfolgreich seien und an denen alle Beteiligten Spaß hätten, selbstbestimmt gefunden werden würden.

Die Zivilgesellschaft in Thüringen ist lebendig und stark, aber keine Selbstverständlichkeit. Sie ist Quelle und Lernort von Demokratie zugleich. Damit sie gedeihen kann, bedarf es Anerkennung und Wertschätzung, Möglichkeiten der Beteiligung und einer demokratischen und diskriminierungsfreien Förderkultur des Staates. Dies wird aber torpediert, wenn ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt wird, der zivilgesellschaftliches Engagement unter Generalverdacht stellt.

LITERATUR

- Ebert, Olaf/Leseberg, Nina/Pautzke, Andreas/Stuth, Ana-Maria/Quednau, Tobias (2013):** Kümmerer – Motoren der Bürgergesellschaft. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26, Heft 4, S. 88–92.
- Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (2002):** Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Berlin.
- Evers, Adalbert (2020):** Die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen. Ein Vergleich verschiedener Ansätze. In: Schröer, Andreas (Hrsg.): *Organisation und Zivilgesellschaft. Beiträge der Kommission Organisationspädagogik*. Springer VS: Wiesbaden, S. 9–32.
- Grande, Edgar (2021):** Entwicklungen und Herausforderungen der Zivilgesellschaft in Deutschland. In: Grande, Brigitte/Grande, Edgar/Hahn, Udo (Hrsg.): *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke*. transcript: Bielefeld, S. 165–181.
- Hummel, Siri (2020):** Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33, Heft 3, S. 649–670.
- Roth, Roland (2003):** Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 16, Heft 2, S. 59–73.
- Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hrsg.) (2017):** So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. transcript: Bielefeld.
- Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2022):** Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019: Springer VS: Wiesbaden.
- Strachwitz, Rupert/Priller, Eckhard/Triebe, Benjamin (2020):** *Handbuch Zivilgesellschaft*. De Gruyter: Oldenbourg/Berlin.
- van den Berg, Clara/Grande, Edgar/Hutter, Swen (2021):** Was wird aus dem harten Kern? Auswirkungen der Corona-Krise auf das Engagement für Geflüchtete. In: Grande, Brigitte/Grande, Edgar/Hahn, Udo (Hrsg.): *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke*. transcript Bielefeld, S. 121–140.

AUTOR*INNENINFORMATIONEN

Arnold, Romy — studierte Politikwissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist seit 2019 Projektleiterin und Beraterin bei der *Mobilien Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus* (MOBIT e.V.).

Blüml, Marc — studierte Politikwissenschaft und Sozialwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover und studiert seit 2022 Soziologie im Master an der Goethe-Universität Frankfurt. Am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* arbeitete er von 2022 bis Mai 2023 im Projekt »Gut vernetzt« bzw. in der wissenschaftlichen Redaktion.

Dieckmann, Janine, Dr. phil. — ist Sozialpsychologin mit dem Schwerpunkt der interdisziplinären Diskriminierungsforschung. Seit 2016 arbeitet sie am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* und leitet seit 2019 den Forschungsbereich »Diversität, Engagement und Diskriminierung«. Seit November 2022 ist sie im ehrenamtlichen Vorstand des *thadine* e.V. tätig.

Freund-Möller, Cynthia, Dr. phil. — ist Kulturhistorikerin und seit 2021 Geschäftsführerin des *Zentrums für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration* (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Geschke, Daniel, Dr. phil. — ist Sozialpsychologe und seit September 2016 wissenschaftlicher Referent am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft*. Seine Forschungsschwerpunkte sind Hasskriminalität, Hasssprache und sekundäre Viktimisierung.

Jacobs, Lisa Johanne – ist Germanistin und seit Oktober 2021 wissenschaftliche Referentin für die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen* (RIAS Thüringen) am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft*. Sie forscht zum Thema Antisemitismus und Erinnerungskultur.

Kamuf, Viktoria — studierte Politische Soziologie und Politische Theorie in Maastricht und London. Seit 2021 ist sie die wissenschaftliche Assistenz der Leitung am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* und seit Januar 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin im *Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung* (WiRex).



Kemnitz, Juliane — ist Diplom-Sozialarbeiterin (FH) und seit 2011 Beraterin für Geflüchtete mit prekärem Aufenthalt zu aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragestellungen. Seit Oktober 2022 ist sie im Netzwerkverbund *BLEIBdran+ Berufliche Perspektiven für Geflüchtete in Thüringen* im Programm »WIR-Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt« aktiv.

Lammert, Christoph — studierte Gesellschaftstheorie, Soziologie und Erziehungswissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist seit 2015 Berater bei der *Mobilen Beratung in Thüringen – Für Demokratie gegen Rechtsextremismus* (MOBIT e.V.).

Muthumbi, Jacqueline — studierte International Business Consulting und ist seit April 2022 Projektkoordinatorin von *EmpowerMensch – Unabhängige Antidiskriminierungsberatungs- und -fachstelle gegen Diskriminierung Thüringen*. Seit Dezember 2022 ist sie im ehrenamtlichen Vorstand von *MigraFem* tätig.

Rachholz, Toni — studierte Philosophie und Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Universität Erfurt. Er ist Projektleiter für demokratische Verbandsentwicklung beim Landesverband der Sinti und Roma *RomnoKher Thüringen e.V.* und außerdem Gastdozent an der Fachhochschule Erfurt im Bereich Soziale Arbeit (Ausgrenzung und Partizipation).

Salheiser, Axel, Dr. phil. — ist Soziologe und arbeitet seit 2019 als wissenschaftlicher Referent am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft*. Er ist Bereichsleiter für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung und seit 2022 kommissarischer wissenschaftlicher Leiter des *IDZ*.

Streitberger, Johannes — ist Historiker und arbeitet seit 2022 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am *Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)* an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Wistuba, Frederike — studierte Internationale Beziehungen und Sicherheitsstudien in Leiden und London. Seit 2021 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)* an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Zielinski, Susanne — ist Historikerin und Literaturwissenschaftlerin. Seit Sommer 2022 ist sie wissenschaftliche Referentin am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft*. Sie leitet die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Thüringen (RIAS Thüringen)*. Daneben ist sie Lehrbeauftragte an der Universität Erfurt.

Zobel, Franz – studierte Politikwissenschaften, Rechtswissenschaften und Neuere Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Er ist Projektkoordinator von *ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen*.

NOTIZEN

A series of 20 horizontal dotted lines for writing notes.









IMPRESSUM

Herausgeber*innen: ezra,
MOBIT e.V., KomRex, IDZ Jena
Redaktion: Dr. Axel Salheiser
Gestaltung und Satz: Uwe Adler
Redaktionsschluss: 1. Mai 2023
Abbildungen: Wenn nicht anders
angegeben, liegen die Bildrechte
bei den jeweiligen Autor*innen.

ISSN Print: 2751-1847
ISSN Online: 2940-8679

© 2023

Gefördert vom Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend im Rahmen des Bundes-
programms »Demokratie leben!«
sowie vom Thüringer Ministerium
für Bildung, Jugend und Sport
im Rahmen des Thüringer Landes-
programms für Demokratie, Toleranz
und Weltoffenheit »Denk Bunt«.

*Diese Veröffentlichung stellt
keine Meinungsäußerung
des TMJBS dar. Für inhaltliche
Aussagen tragen die Autor*innen
die Verantwortung.*



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

DENK **BUNT**

Freistaat  Thüringen  Ministerium
für Bildung,
Jugend und Sport

MOBIT – Mobile Beratung
in Thüringen – für Demokratie,
gegen Rechtsextremismus e.V.
Schillerstraße 44, 99096 Erfurt
E-Mail: mail@mobit.org
WWW.MOBIT.ORG

ezra – Beratung für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt in Thüringen
Juri-Gagarin-Ring 96/98, 99084 Erfurt
E-Mail: info@ezra.de
WWW.EZRA.DE

KomRex – Zentrum für
Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und
gesellschaftliche Integration
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Humboldtstraße 11, 07743 Jena
E-Mail: komrex@uni-jena.de
WWW.KOMREX.UNI-JENA.DE

Institut für Demokratie
und Zivilgesellschaft (IDZ)
Tatzendpromenade 2a, 07745 Jena
E-Mail: mail@idz-jena.de
WWW.IDZ-JENA.DE

*Das IDZ ist eine Einrichtung
in Trägerschaft der
Amadeu Antonio Stiftung.*

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
WWW.AMADEU-ANTONIO-STIFTUNG.DE

DIE »THÜRINGER ZUSTÄNDE« BIETEN EINE KOMPAKTE, FAKTENBASIERTE DARSTELLUNG UND KRITISCHE EINORDNUNG

der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen. Dazu werden in elf Einzelbeiträgen wissenschaftliche Analysen sowie Einschätzungen auf Grundlage zivilgesellschaftlicher Expertise und aus der Perspektive von Betroffenen vorgelegt.

WWW.THUERINGER-ZUSTAENDE.DE

AUS DEM INHALT: » Höchststand rechter und rassistischer Gewalt in Thüringen 2022 » Die extreme Rechte in Thüringen 2022: Bedeutungsverlust der Neonazi-Szene und erstarkende »Reichsbürger«-Strukturen » Die Thüringer AfD als »Friedenspartei« im Kriegs- und Krisenjahr 2022 » Wem gehört der Montag? Eine Studie zu Teilnehmenden der Montagsdemonstrationen in Thüringen im Herbst 2022 » Polizeilich erfasste Hasskriminalität in Thüringen » Anfeindungen gegen kommunalpolitische Amtsträger*innen und Beschäftigte in der Kommunalverwaltung in Thüringen » Die Situation von Sintizze* und Romnja* in Thüringen » Was auf einmal alles möglich ist: die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine und die Möglichkeiten der dezentralen Unterbringung für *alle* Schutzsuchenden » Post-Shoah-Antisemitismus: Schlaglicht auf ein Thüringer Spezifikum » Demokratiearbeit in Thüringen durch Antidiskriminierungsarbeit und -beratung stärken » »Da, wenn's brennt«: Selbstverständnis und Herausforderungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Thüringen

